

**BRANDENBURGISCHE  
HISTORISCHE HEFTE**

**6**

Hubert Faensen

# Geheimnisträger Hakeburg



Brandenburgische  
Landeszentrale für  
politische Bildung

Der Autor:

**Prof. Dr. sc. phil. Hubert Faensen**, Jahrgang 1928, wuchs in Aachen und Chemnitz auf. 1943-1945 wurde er zu den Luftwaffen Helfern eingezogen. Er studierte in Rostock und an der Humboldt-Universität Berlin Sozialwissenschaften, Philosophie und Kunstgeschichte (u.a. bei Richard Hamann) und fand zwischenzeitlich eine Anstellung an der Redaktion einer Schweriner Tageszeitung. Nach seiner Promotion A arbeitete er im Union Verlag Berlin und im Verlag Koehler & Amelang Leipzig, 1961-1982 als deren Direktor. Zugleich nahm er zahlreiche Lehraufträge wahr, absolvierte die Promotion B und verfaßte gemeinsam mit dem russischen Architekturhistoriker W. Iwanow das Buch „Altrussische Baukunst“ (1972), das in mehrere Sprachen übersetzt wurde und als Standardwerk gilt. 1982 erhielt er einen Ruf als Ordinarius für Kunstgeschichte an die Humboldt-Universität zu Berlin und war hier bis Herbst 1992 tätig, zuletzt auch als Dekan. Er ist Mitherausgeber der 2. Ausgabe des Lexikons der Kunst, Leipzig, Ehrenmitglied der Archäologischen Gesellschaft Athen und Konsulent der Enciclopedia Italiana Rom. Aus seiner Feder stammen über 60 deutsche und fremdsprachige Veröffentlichungen zur frühchristlichen, byzantinischen, osteuropäischen und kaukasischen Architektur und Malerei und zur Geschichte und Methodologie der Kunstgeschichtsschreibung. Mit dem Habekburg-Gelände in seinem Wohnort Kleinmachnow beschäftigte er sich im Ruhestand.

Eine Publikation der  
Brandenburgischen  
Landeszentrale für  
politische Bildung



Hubert Faensen

# Geheimnisträger Hakeburg

Beispiel eines Funktionswandels:  
Herrensitz, Ministerresidenz, Forschungsanstalt,  
SED-Parteischule

Copyright  
Brandenburgische Landeszentrale  
für politische Bildung 1997

Herausgeber:  
Brandenburgische Landeszentrale  
für politische Bildung  
PF 60 10 51, 14410 Potsdam

ISBN 3-932502-00-0

Gestaltung und Realisierung:  
LINIE DREI, Berlin  
Druck: Druckerei W. Greschow, Welzow

Diese Veröffentlichung stellt keine  
Meinungsäußerung der  
Brandenburgischen Landeszentrale  
für politische Bildung dar.  
Für inhaltliche Aussagen trägt  
der Autor die Verantwortung.

Foto Seite 2:  
Reichspostminister Dr. Ohnesorge  
bei seinem Besuch in Italien  
im Oktober 1941 mit dem „Duce“ Benito Mussolini,  
Bildarchiv des Museums für Post und Kommunikation,  
Frankfurt am Main.

Gedruckt auf Recyclingpapier

# Inhalt

1. Auftrag des Rittergutsbesitzers von Hake	9
2. Glanz der wilhelminischen Gründerzeit	11
3. Intentionen des Postministers Ohnesorge	15
4. Umbau im Stil der dreißiger Jahre	20
5. In der Gunst von Hitler	27
6. Entscheidungen des neuen Schloßherrn	30
7. Die Angst vor den Luftangriffen	34
8. Aufgabenkreis der Forschungsanstalt	37
9. Einsprüche gegen den Bebauungsplan	41
10. Kriegsforschung und Bauarbeiten	44
11. Denkmalwert des Architektur-Ensembles	51

12. Die Idee mit dem Spielkasino	58
13. Die Tricks des Bürgermeisters	62
14. Vergeblicher Kampf der Postverwaltung	67
15. Übereignung an die SED und Umbau	71
16. Politisch-ideologisches Zentrum der DDR	74
17. Streng kontrollierter Lehrbetrieb	79
18. Der Joliot-Curie-Klub in der Hakeburg	84
19. Widersprüche zwischen Ideologie und Realität	87
20. Was nun?	90
Quellen, Literatur und Anmerkungen	93



## Vorwort

Der Titel hat etwas Sensationelles. Aber er ist nicht aus der Luft gegriffen. Architektur als „Bedeutungsträger“ ist in der Kunstgeschichtsschreibung ein geläufiger Begriff. Die Bedeutung der Gebäude auf dem Kleinmachnower Seeberg während der Zeit des Nationalsozialismus und der DDR war geheimnisumwittert. Viele, die hier arbeiteten, waren wirklich „Geheimnisträger“. Und das riesige Gelände war abgesperrt und der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Noch heute betreten es die meisten Kleinmachnower wie eine unbekannte, ferne Insel. Wir wollen versuchen, das Geheimnis zu lüften.

Dabei zeigt sich: Das Schicksal der Hakeburg und des Hakeburg-Geländes geht über die lokale Bedeutung hinaus. An ihm wird das Große und Ganze deutscher Geschichte deutlich. Das gründerzeitliche Schloß des märkischen Rittergutsbesitzers verweist auf die Herrschaftsstrategie von Kaiser Wilhelm II., der Ankauf und die Umgestaltung durch Reichspostminister Ohnesorge auf die Repräsentation und das Selbstverständnis der Nazi-Hierarchie, der Neubau des Ensembles der Forschungsanstalt auf die Monumental- und Industriearchitektur des „III. Reichs“, auf die Aufrüstungspolitik Hitlers und die Krisen des Zweiten Weltkriegs, die Nutzung als Parteischule auf die Herausbildung der DDR als totalitärer Staat und die Position der Staatspartei SED.



# 1. Auftrag des Rittergutsbesitzers von Hake

Als Theodor Fontane sein Feuilleton „Kleinmachnow oder Machenow auf dem Sande“ schrieb, hatte er das „reizend gelegene“ Gutsdorf der Familie von Hake im Südwesten Berlins vor Augen. Ihn entzückten die Kastanienalleen, die spätgotische Dorfkirche, die Wassermühle, das Herrenhaus von David Gilly und die Alte Hakeburg<sup>1</sup>. Die Neue Hakeburg gab es damals noch nicht. Sie entstand erst am Anfang unseres Jahrhunderts. Wer heute im Bäketal über die alte Dorfallée am Teltowkanal entlang spaziert, entdeckt jenseits des Sees ihren quadratischen Turm mit Zelt-dach. Mächtig überragt er den Wald des 62 Meter hohen Seebergs, der noch im 17./18. Jahrhundert als Weinberg genutzt und dann aufgeforstet wurde.

Die seit den Fehden der Quitzowzeit mächtige, märkische Adelsfamilie von Hake erwarb um 1400 die Güter Machnow und Stahnsdorf. Ihre Ländereien reichten nördlich bis zum Wannsee. Die Burg in der Wasser- und Sumpfniederung der Bäke, später nach den neuen Besitzern benannt, soll schon Mitte des 14. Jahrhunderts an Stelle einer Askanier-Festung aus der Zeit um 1200 entstanden sein. Sie diente der Kontrolle des Verkehrs und dem Eintreiben von Schutzzöllen an den Handelsstraßen von Spandau nach Sachsen und von Magdeburg über Potsdam zur Oder und weiter nach Polen. Gleichzeitig mit dem Bau der spätgotischen Kirche wurde sie am Ende des 16. Jahrhunderts im Stil der Renaissance rekonstruiert, aber nach dem Zweiten Weltkrieg wegen Kriegsschäden mit dem ganz in der Nähe gelegenen Gutshaus Gillys leider abgetragen.

Zur Jahrhundertwende stand im Wald des Seebergs ein Holzhaus, das der Romanschriftsteller Rudolf Stratz (1864-1948) bewohnte. Es wurde abgerissen, als Dietloff von Hake die Neue Hakeburg in Auftrag gab. Sie hat ihre eigene Geschichte, in der sich die Ideen und Pläne des Baumeisters und des Bauherrn manifestierten. Ausgangspunkt war die Absicht Dietloffs, sich von seinem Vetter, mit dem er das Familienerbe teilte, zu trennen, das Gutshaus zu verlassen und einen neuen Herrnsitz zu bauen. Das Geld, das ihm aus dem Verkauf von Land für den Bau des Teltowkanals und neuer Siedlungen der sich ausdehnenden Reichshauptstadt zur Verfügung stand, erlaubte ein kühnes Projekt. Er beauftragte einen der prominentesten Bau



*Luftaufnahme der  
Neuen Hakeburg,  
Foto:  
Bernd Blumrich,  
Kleinmachnow.*

meister Deutschlands, Bodo Ehardt (1865-1945), der seit 1890 am Grunewald ein eigenes Atelier unterhielt und sich als Burgenrestaurator, Villen-Architekt und Fachschriftsteller hervorgetan hatte<sup>2</sup>.

Der neue Herrensitz sollte Bedeutungsträger des alten Herrenstandpunkts sein und zugleich modernen, großbürgerlichen Wohnbedürfnissen genügen. Er weist alle Gebäude und Stilmerkmale auf, die Ehardt in seiner 1914 unter dem Titel „Der Schloßbau“ publizierten „Betrachtung über Neubau und Wiederherstellung von Schlössern“ empfahl: die Lage „fern vom Lärm der Automobile und der Eisenbahn innerhalb eines großen Parks“, das „Wohnschloß“ mit Innenhof und Terrassen, den abgesonderten Komplex Stallungen, Garagen und Wohnungen für Angestellte, einen Torbau, „dessen Bewohner den Verkehr bewachen“, eine Gärtnerei, Sportplätze, Bootshaus und Wildgatter. Man tue gut daran, so schreibt Ehardt, bei der Planung von „der heuchlerischen Einfachheit abzusehen, die sich augenblicklich breit macht in einer Zeit des großzügigsten und prachtliebendsten Lebens“. Ein Standesherr, Industrieller oder Bankier dürfe durch „absichtliche Kärglichkeit“ und falsche Rücksicht auf „kleinbürgerlichen Geist“ die Freude an der Schönheit seines Besitzes nicht beeinträchtigen<sup>3</sup>.

## 2. Glanz der wilhelminischen Gründerzeit

Ebhardt begann den Bau auf dem Seeberg 1906. Zur gleichen Zeit errichtete er mehrere andere Villen, restaurierte er sechs Burgen und Schlösser und unternahm er Studienreisen durch Frankreich, Holland, Italien und England, die in Büchern ihren Niederschlag fanden. Eigentlich hätte ihn schon der persönliche Auftrag von Kaiser Wilhelm II. ausfüllen müssen: die Wiederherstellung der Hohkönigsburg im Elsaß, die er seit 1899 leitete. 1908 schloß er die Arbeit ab, im selben Jahr, in dem er im Herbst die Hakeburg fertigstellte. Ein Mann wie er, der wilhelminische Repräsentation inszenierte, dürfte Dietloff von Hake kaum die Möglichkeit zur Einsparungen gelassen haben<sup>4</sup>. Wir wissen auch nichts über Bedenken des Bauherren. Was wir wissen, ist, daß der Architekturstil seinen Lebensstil überforderte.

Das aus preußischen Ziegeln errichtete „Wohnschloß“ entspricht ganz den Vorstellungen des Architekten. Zwei Baumotive dominieren: die „große Halle als Schloßmittelpunkt“ und der Wohnturm. Von der Halle aus öffneten sich Türen zum Speisesaal, zur Bibliothek und zu Empfangsräumen. An der Ostseite führte eine mehrraumige Treppe auf eine offene Galerie an der Südseite, die sich an der Westseite fortsetzte. Ebhardt bevorzugte - nach dem Vorbild des mittelalterlichen Palas, der Tenne des niedersächsischen Bauernhauses und des englischen Landhauses - offene Deckenbalken, Tafelungen und splendide Holzarbeiten. Freilich hat sich das ursprüngliche Aussehen infolge späterer Umbauten nicht erhalten. Die Wirtschaftsräume befanden sich im Souterrain, Schlaf-, Wohn-, Arbeits- und Personalräume in den beiden Obergeschossen, insgesamt etwa 30. Der Schloßturm an der Ostseite ist ein mehrgeschossiger Wohnturm. Aus den kleinen Rechteckfenstern des früher stilvoll eingerichteten Turmzimmers schaut man weit über das Havelland bis nach Potsdam und Berlin. Hake hatte hier ein Fernrohr installiert.

Die äußere Erscheinung wird beherrscht vom Wechsel vor- und zurücktretender Bauteile, vom Spiel unterschiedlich hoher Dachflächen und vom Gegensatz der Fensterformen. Überall stößt man auf Zitate des mittelalterlichen Burgenbaues. Buckelquader verkleiden unregel-

mäßig die untere Wandzone oder erscheinen als dekorative Elemente. Das oberste Geschoß kragt über einem Rund- und Maschikulifries hervor und wird durch Erker und Zinnen betont. Mehrfach kontrastieren gekuppelte Zwillingsfenster mit modernen Bogenfenstern. Die Buckelquader korrespondieren mit der neo-romanischen Bauplastik, mit Säulchen und Archivolten an Türen, Fenstern und Mauerblenden, mit Reliefs von Fabeltieren, mit Bogen-, Konsolen- und Zickzack-Ornamenten. An der Nordostecke steht eine allegorische oder legendäre Frauenfigur im Jugendstil, vielleicht Genoveva, an ihrer rechten Seite eine Hirschkuh, in der linken Hand eine halbkugelförmige Schale, die rechte Hand nach oben geöffnet, zu Füßen ein Paar Tauben. Das breite, abgestufte Säulenportal öffnet sich über einer Freitreppe zum Innenhof. In Wappenform und Runenschrift hat sich hier auch der Architekt verewigt. Historische Formen wurden eklektisch zusammengefügt und erhielten als Rangwerte der Geburts- und Geldaristokratie wilhelminischer Gründerzeit neuen Glanz.

An der Südseite diente die Landschaft als Kulisse. Durch eine breite Schneise fiel der Blick über den Kleinmachnower See auf die Dorfkirche und das alte Herrenhaus und konnte dem regen Schiffsverkehr auf dem Teltowkanal folgen. Malerische, mit Burgmüerchen, Treppen und Gärten versehene Terrassen vereinten Natur und Architektur. Inmitten von Rosenbosketten stand ein Marmorbrunnen, der über dem Löwenkopf des Wasserspeiers eine Christusallegorie aufwies. Auch Balkone und an der Westseite ein Wintergarten mit gläsernem Zeltdach stellten die Verbindung zur Umwelt her.

Schon am Haupteingang zur Hakeburg, am Zehlendorfer Damm imponiert die Imitation einer mittelalterlichen Toranlage im Fachwerkbau. Bogendurchfahrt und Schlupfporte zwischen „Wehrturm“ und „Wächterhaus“ bzw. Pförtnerhaus sind von einem Wehrgang mit Schießscharten und Pechnasen überzogen. Über dem Tor befand sich einst das Hakesche Wappen mit den drei „Kruken“. Schnurgerade führt eine Auffahrt in Länge von etwa 300 Metern durch den Park direkt in den eingefriedeten Schloßhof. An dessen Rückseite befinden sich Nebengebäude, in denen Bediensteten- und Kutscherwohnungen, Stallungen und Garagen untergebracht waren. Ebhardt gab eigens eine Sicherheitsgarantie für die „Horizontaldecke“ im Stallgebäude. Im Westen schlossen sich direkt an die Hofmauer von Hecken eingegrenzte Blumenrabatten und Sportanlagen an. Im Nordosten des Geländes lagen ein großer Obst- und Gemüsegarten, eine Baumschule und das Treibhaus.



*Fassade der Süd- und Parkseite der Neuen Hakeburg,  
Foto: Hubert Faensen, Kleinmachnow.*

Das Gärtnerhaus im märkischen Stil steht heute noch. Im Südwesten befindet sich ein großer Eiskeller, in dem lange Eisstangen sogar zum Verkauf im Ort produziert worden sein sollen<sup>5</sup>.

Ebhardt war ein viel beschäftigter, gerühmter, aber auch umstrittener Mann. Seine Restaurierung der Hohkönigsburg löste eine Auseinandersetzung aus, die nicht nur Fachleute bewegte. Wilhelm II. hatte zur Aufbesserung des Eigentums der Hohenzollern den Fiskus in Anspruch genommen. Otto Piper bemerkte deshalb in seiner „Burgenkunde“ (1906) süffisant, daß „da eine im Privatbesitz des Kaisers befindliche Ruine ganz ausnahmsweise auf Staatskosten wieder aufgebaut werde“. Er bezweifelte den Anspruch Ebhardts auf „vorbildliche“ historische Treue. Statt sich an originale Vorgaben zu halten, habe dieser sei-

ne Phantasie spielen lassen, Gebäude frei ersonnen und „durch über-splendid ausgeführte Zutaten“ entstellt<sup>6</sup>. In den heftigen Entgegnungen Ebhardts und seiner Freunde tauchte hinter den denkmalpflegerischen Problemen immer wieder der Geist der Hohenzollern und die preußische Hofästhetik auf. Selbst der Kleinmachnower Bauherr legte in dem Streit ein Bekenntnis ab. Er ließ an der Ostseite der Hakeburg einen Stein vom Fels der Hohkönigsburg mit einer Inschrift anbringen, die sich auf zwei Burgenfahrten durch das Elsaß - unter der Leitung Ebhardts - bezieht. Zum Einweihungsfest am 21. Oktober 1908 wurde der Kaiser erwartet, ließ sich aber zur Enttäuschung des Bauherrn und des Architekten in letzter Minute entschuldigen.

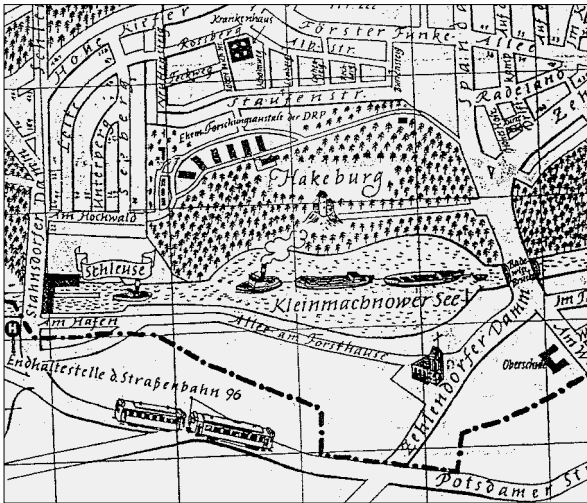
Der kostspielige Unterhalt überforderte die Möglichkeiten des Bauherrn. Dietloff von Hake geriet nach dem Ersten Weltkrieg in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Er mußte zeitweilig ausziehen und das ganze Gelände an reich gewordene Fabrikanten verpachten. Der Direktor der Teltower Porzellanfabrik Pfannenstiel soll auf der Hakeburg rauschende Feste gefeiert haben, mit der Pacht aber häufig im Rückstand geblieben sein. Durch neue Landverkäufe kam Dietloff wieder zu Geld. Er kehrte in die Burg zurück und schrieb hier die Familiengeschichte. Vom Mai 1927 haben sich im Gemeindearchiv der Antrag des Bauunternehmers Kuhlmege aus Gütergotz und der Bauschein des Amtsvorstehers zum Neubau eines Bootshauses erhalten. Auf die Dauer konnte sich Hake den weiträumigen, repräsentativen Herrnsitz aber nicht leisten. Er verkaufte ihn schließlich an die Deutsche Reichspost.



### 3. Intentionen des Postministers Ohnesorge

Die Reichspostdirektion (RPD) Berlin-Charlottenburg suchte im Auftrag des Reichspostzentralamtes (RPZ) und des Reichspostministerium (RPM) seit September 1936 nach einem großen Grundstück für die neu geplante Forschungsanstalt der Deutschen Reichspost (RPF). Das Ministerium wählte die Hakeburg aus vier Angeboten im Südwesten Berlins aus und beauftragte Anfang Januar 1937 die RPD, „einen Kaufvertrag nach Maßgabe des anliegenden Entwurfs abzuschließen“, die Eintragung in das Grundbuch zu veranlassen und das Grundstück zunächst zu verwalten<sup>7</sup>. Hake forderte drei Millionen Reichsmark. Der vom Ministerium ausgehandelte Preis betrug 2.400.000 RM und bezog alle Baulichkeiten sowie eine Wald- und Seefläche von mehr als 500.000 qm ein. Der Pflörtner und der Gärtner sollten in den Postdienst übernommen, die Wohnungen im Torbau und Gärtnerhaus als Werkdienstwohnungen zugewiesen und der Wildbestand - sieben bis acht Rehe - sollte erhalten werden. Am 18. Januar 1937 wurde der Kaufvertrag unterzeichnet, am 27. Februar erfolgte die Eintragung im Grundbuch des Amtsgerichts Potsdam<sup>8</sup>.

Das dicht bewaldete Gelände am See eignete sich bestens für den großzügigen und zugleich verborgenen Bau moderner Institute, die „top secret“ arbeiten mußten. Schon die Ankündigung des Erwerbs beim Landrat des Kreises Teltow war geheimnisvoll: Die Forschungsanstalt werde „mit besonderen Aufgaben“ betraut, „über die nähere Angaben nicht gemacht werden können“<sup>9</sup>. Einige Parzellen im Nordosten des Seebergs verblieben im Besitz der Familie von Hake/Zimmermann und wurden erst später hinzugekauft. Die im Frühjahr 1937 geplante Erweiterung im Norden um 200.00 qm der Robert-Bosch (jetzt August-Bebel-) Siedlung scheiterte am Einspruch von Minister Hermann Göring. Das Reichsministerium für Luftfahrt wollte den für „rüstungspolitische Aufgaben“ tätigen Arbeitern des Bosch-Werks Dreilinden unverzüglich Wohnraum verschaffen, und die Post konnte kein Ersatzgelände zur Verfügung stellen. Ohnesorge gab das Vorhaben auf, räsionierte aber in einem Brief an Göring: Die Forschungsanstalt werde durch die Besiedlung bei ihren „wichtigen Sonderaufgaben“ in „unerwünschten Maß beschränkt“<sup>10</sup>.



Ausschnitt  
aus dem  
Plan von Klein-  
machnow,  
Zeichnung:  
Rudolf Sternberg,  
Ausgabe 1946.

Der Kaufpreis führte zu einer kuriosen Eingabe. Im April 1937 wandte sich Dr. Eckert - Vorsitzender des Staatlichen Ehrengerichts des Reichsbunds Deutsche Jägerschaft - aus dem Nachbarort Stahnsdorf an den „Stellvertreter des Führers“ Rudolf Heß in München. Er habe die Hakeburg „mittels Spenden der Großindustrie“ erwerben und als „nationale Ehrengabe“ dem „Führer“ 1936 zum Geburtstag schenken wollen. Dietloff von Hake habe ihm damals als Kaufsumme 1,5 Millionen RM genannt. Wenn dieser nun seinen Besitz dem Postministerium für 2,4 Millionen RM verkaufe, würden die „Reichsfinanzen“ betrogen. „Die 900.000 M könnten wohl besser für Heereszwecke verwendet werden“. Heß überließ die Beantwortung dem Reichspostminister. Dieser ließ Dr. Eckert mitteilen, Hake habe die niedrigere Summe sicherlich in Anbetracht des besonderen Zwecks genannt, im übrigen ja aber die Kaufverhandlungen abgebrochen<sup>11</sup>.

Der Initiator des Ankaufs war Wilhelm Ohnesorge (1872-1962), seit Hitlers „Machtübernahme“ 1933 Staatssekretär und bald politischer Kopf des Reichspostministeriums. Auf Grund seiner erfolgreichen Laufbahn seit 1897 im höheren technischen Postdienst und seiner Verdienste während des ersten Weltkriegs als Chef der Telegraphenbaudirektion des Großen Hauptquartiers galt er als Fachmann. Zugleich war er „alter Kämpfer“, rückwirkend mit der Mitgliedsnummer 42, und Träger des Goldenen Parteiabzeichens. Er hatte 1920 in Dortmund den ersten Stützpunkt der NSDAP gegründet und in die Auseinanderset-

zung mit der französischen Besetzung und der Regierung im Rheinland eingegriffen. Die Kaufverhandlungen fallen in die Zeit, in der Hitler seine Ernennung zum Reichspostminister - am 2. Februar 1937 - vorbereitete und er dem „Führer“ für den Abdruck von dessen Konterfei auf Sonder- und Serien-Briefmarken Honorare auf dessen Privatkonto anzuweisen begann<sup>12</sup>.

Der offizielle Anlaß für den Ankauf des Geländes waren die Neubauten für die Forschungsanstalt, die Ohnesorge am 1. Januar 1937 in Berlin-Tempelhof gründete. Seine Intention reichte allerdings weiter. Wie andere Nazi-Größen liebte er persönliche Repräsentation und attraktive Immobilien. Er beabsichtigte von Anfang an, die Hakeburg als private Residenz auszubauen. Die in seinem Auftrag März bis November 1937 entstandenen ersten Lage- und Bebauungspläne grenzen die RPF an der Nordseite durch einen Zaun bzw. eine Mauer von dem „Wohnschloß“ und dem größten Teil des Parks mit Torbau und Gärtnerhaus an der Südseite ab. Während die „Bauleitung Hakeburg“ schon im April 1937 ihre Arbeit aufnahm, begann die „Neubauleitung Forschungsanstalt“ erst im Januar 1939 ihre Tätigkeit. In einem Aktenvermerk vom Juli 1937 ließ Ohnesorge ausdrücklich fixieren, daß die RPF keinen Zugang zum See erhalten und unverzüglich der Grenz-zaun gesetzt werden müsse. Noch im April 1940 veranlaßte er an der östlichen Einfahrt eine „Grenzberichtigung“ zugunsten seines Wohnsitzes.

Aufschlußreich ist der Vorwurf, den der Rechnungshof des Reichs wiederholt seit Frühjahr 1939 erhob: Ohnesorge habe die Kosten für den Umbau der Hakeburg von der für den Neubau der RPF geplanten Summe abgezweigt und damit die Vorschrift des § 30 Abs. 1 RHO verletzt. Bewilligte Mittel dürften nur zu dem im Haushaltsplan bezeichneten Zweck verwendet werden. Im Jahr 1937 seien aber 198.600 RM und im Jahr 1938 126.400 RM für den Einbau von Repräsentations- und Wohnräumen in der Hakeburg verausgabt worden, ohne daß eine Bewilligung vorliege. Die aufgewendeten Mittel hätten außerplanmäßig nachgewiesen werden müssen. Für die „außerplanmäßige Einplanung“ im Staatshaushalt liege jedoch kein „unabweisbares Bedürfnis“ vor, weil der Minister bereits eine Wohnung besitze. Die Privatwohnung Ohnesorges befand sich in Berlin-Charlottenburg, zusätzlich nutzte er vermutlich einige, ihm verbliebene Räume der ehemaligen Dienstwohnung im Postministerium an der Leipziger Straße. Noch im Dezember 1939 wollte Ohnesorge dem Rechnungshof weismachen,

erst nach dem Ankauf festgestellt zu haben, daß sich die Hakeburg nicht zur Unterbringung von Büroräumen und üblichen Dienstwohnungen eigne. Nur deshalb sei für ihn eine Amtswohnung eingerichtet worden<sup>13</sup>. Verfolgen wir anhand der Akten, wie sich die Sache wirklich zutrug:

Dietloff von Hake wurde im Vertrag vom Januar 1937 gestattet, seine Möbel und Treibhauspflanzen bis Ende April 1937 in der Hakeburg zu belassen, um die Fertigstellung seiner neuen Villa in Babelsberg/Griebnitzsee abzuwarten. Da sich der Neubau durch die Materialbewirtschaftungsprobleme des Vierjahresplans verzögerte und der Umzugstermin nicht einzuhalten war, begann die RPD zu drängen: „Zwingende dienstliche Gründe“ würden die „sofortige Freimachung“ erfordern. Als „Dienstgebäude“ der RPF galt die Hakeburg nur ganz kurze Zeit. So wie Herr von Hake seine Möbel alle ausgeräumt hatte, nahm die „Bauleitung Hakeburg“ ihre Arbeit auf. Vom 3. April 1937 hat sich der Antrag des Reichspostzentramts (RPZ) an den Amtsvorsteher der Gemeinde Kleinmachnow erhalten, zwei Dienstwohnungen auszubauen. Sie sollten am 1. Juni bezugsfertig sein. Die vom Kreis Teltow geforderte baupolizeiliche Abnahme lehnte das Postministerium ab, weil die Leitung des Umbaues einem Postbaurat, d. h. „Beamten des höheren bautechnischen Verwaltungsdienstes“ anvertraut sei. Offensichtlich wollte man sich nicht von örtlichen Instanzen in die Karten sehen lassen<sup>14</sup>.

Am 3. Mai forderte Ohnesorge die RPF auf, die in ihrem Dienstgebäude eingerichtete „Reichsmietwohnung“ ab 1. Juni „erstmalig“ Ministerialdirektor Dipl.-Ing. Otto Fleischmann zu überlassen, der als Leiter der Allgemeinen Verwaltung des Ministeriums in seiner unmittelbarer Nähe arbeitete. Fleischmann hatte den Minister gleich nach dem Ankauf gebeten, in die Hakeburg einziehen zu dürfen, bis sein Kleinmachnower Eigenheim fertiggestellt sei. Ohnesorge verliert in seiner Notiz für die RPF kein Wort darüber, daß er selbst die andere „Reichsmietwohnung“ beanspruchte, freilich, ohne vorerst einziehen zu wollen. Fleischmann wurde als Mieter sogar ins „Grundblatt des posteigenen Grundstücks“ eingetragen, der Reichspostminister nicht. Die Angabe für die zweite „Reichsmietwohnung“ lautet: „Mieter unbestimmt“<sup>15</sup>.

Der Umbau des 1. Obergeschosses muß im Juni 1937 abgeschlossen gewesen sein. Fleischmann zog mit seiner Familie sogleich ein. Ihm standen sechs Zimmer, zwei Kammern, ein Korridor, zwei Bäder mit Toilet-

ten, Küche, Balkon, eine Mädchenstube sowie eine Dachkammer zur Verfügung. Die Festlegung des Mietpreises bereitete Probleme. Die RPD Berlin-Charlottenburg beauftragte das Postamt Zehlendorf mit der Ermittlung. Der gesetzlich vorgeschriebene Vergleich mit Wohnungen am Ort scheiterte. Schließlich wurde für die insgesamt 390 qm umfassende Wohnfläche ein monatlicher Mietpreis von 200 RM ohne Heizkosten vorgeschlagen. Fleischmann war das zu viel. Er protestierte, auch gegen die Garagenmiete von 20 RM für das Dienstauto. Ein kurioses Feilschen begann. Im Ergebnis mußte die RPD - wohl unter dem Druck des Ministers - 20 Prozent nachlassen, trotz ihres Hinweises auf die Nutzung des Parks und des Gemüsegartens. Sie begründete ihre Niederlage am 4. Juni mit „der ungünstigen Lage der Hakeburg zu den öffentlichen Verkehrsmitteln und zu den Kaufgeschäften“. Am 6. September 1937 unterzeichnete Fleischmann den Mietvertrag über monatlich 160 RM, und zwar befristet für die Dauer von 13 Monaten<sup>16</sup>.

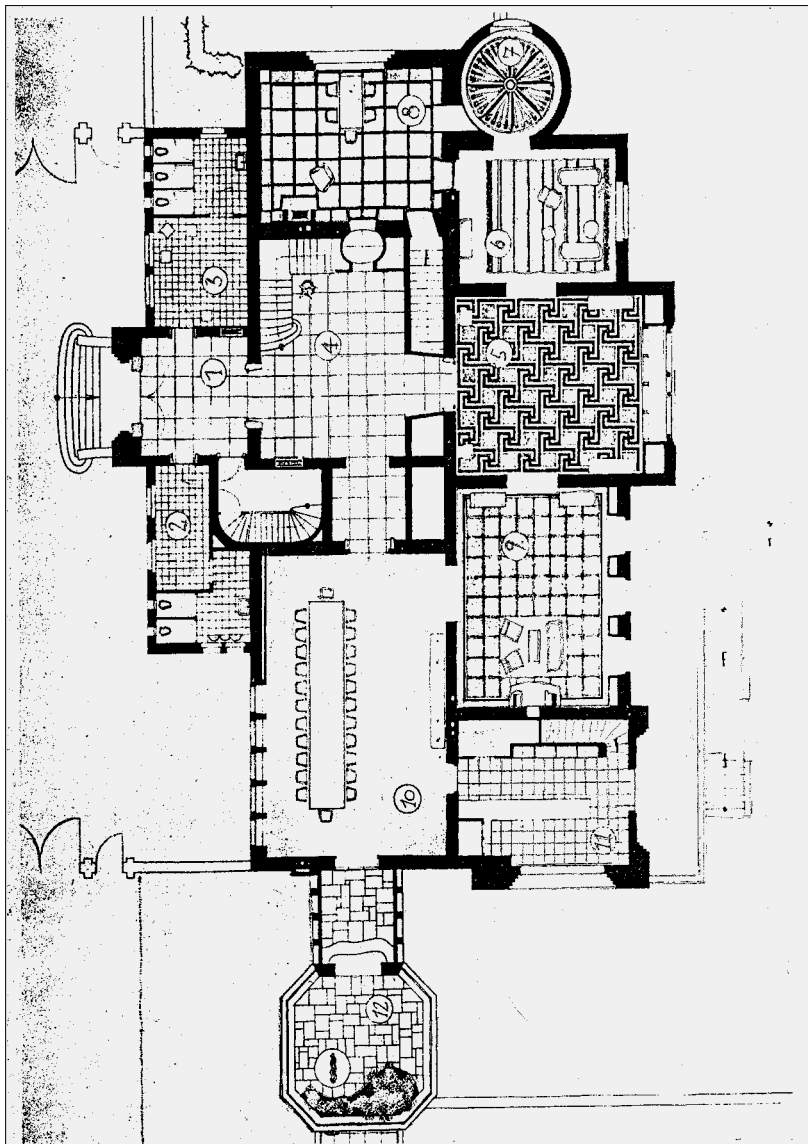
Um die „Reichsmietwohnung“ des Ministers im 1. Obergeschoß des Wohnturms begann ein geheimnisvolles Spiel. In den Akten wird sie oft als „Sommerwohnung“ bezeichnet. Sie umfaßte ein Appartement von 107 qm Nutzfläche. Schon die geringe Größe zeigt, daß es sich um ein Provisorium handelte. Ohnesorge standen außer einem großen Wohn- und einem Schlafzimmer ein Teerraum, Bad, Küche, Diele und Vorraum zur Verfügung. Mit seinem Verwaltungschef wohnte er sozusagen Wand an Wand, besaß aber über die Treppe der großen Halle einen separaten Eingang und eine unmittelbare Verbindung zu den Repräsentationsräumen im Erdgeschoß. Fleischmann mußte das benachbarte Treppenhaus benutzen, das zu Hakes Zeit für das Personal und die Dienstboten bestimmt war. Die Kaltmiete für den Minister wurde bereits im Juli 1937 nach dem herabgeminderten Mietwert der Wohnung des Ministerialdirektors bemessen und dadurch sehr preiswert auf 600 RM jährlich festgelegt. Ohnesorge bezog seine „Sommerwohnung“ aber offiziell erst Ende 1938. Er wollte sich die Hakeburg als private Residenz reservieren, bevorzugte zunächst aber, aus welchen Gründen auch immer, eine Übergangslösung.

## 4. Umbau im Stil der dreißiger Jahre

Die Konzeption für den Umbau der Erdgeschoßräume stand bereits im Frühjahr 1937 fest. Mit der technischen Bauleitung wurde zunächst das Reichspostzentralamt (RPZ) beauftragt. Im April 1937 wandte es sich an den noch lebenden Bodo Ehardt mit der Bitte um kostenlose Überlassung der alten Bauzeichnungen. Dabei kam es zum Konflikt. Der Architekt war empört, daß man ihn wegen der geplanten Eingriffe in sein Werk nicht um Zustimmung bat und berief sich auf das Urheberrecht. Oberpostbaurat Georg Werner im Postministerium, ein Intimus des Ministers, arbeitete eine Stellungnahme aus. Hier heißt es, die Hakeburg sei „kein baukünstlerisch wertvolles Werk, sondern ein nach heutigen Begriffen recht belangloser Bau“. Die Empfehlung zur „Bereinigung von mißverstandenen Stilreminiszenzen“ minimierte Ohnesorge freilich, was die Fassaden anbelangt. Die „Schauseite“ sollte völlig erhalten bleiben. Wegen der Honorarforderung Ehardts über 1000 RM ging der Streit bis zum Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste. Er entschied salomonisch, man solle den Zeitlohn errechnen, der für die Post bei der Erarbeitung neuer Bauzeichnungen angefallen wäre. Der errechnete Monatslohn von 300 RM wurde freilich auf 240 RM reduziert, weil Werner feststellte, daß die Maße Ehardts nicht gestimmt hätten<sup>17</sup>.

Im August 1937 plante das Reichspostministerium 400.000 RM ein, „um die Hakeburg zu Repräsentationszwecken einer Reichsbehörde würdig gestalten zu können“. Die große Halle war etwa um die gleiche Zeit fertiggestellt. Der Stil erinnert an das Reichsluftfahrtministerium, später Haus der Ministerien der DDR und dann Zentrale der Treuhand: rechteckige Türeinfassungen aus Marmor, der Fußboden aus großen Solnhofener Travertinplatten, die Treppenstufen aus rötlichen Rochlitzer Porphyr, weiße Wände. Die Treppe wurde zweiläufig völlig neu angeordnet und hat sich mit ihrem schmiedeeisernen Geländer bis heute erhalten. Vor dem Speisesaal wurde ein Durchgangsraum und am Haupteingang ein Windfang mit Toiletten angelegt.

Wie die anderen, vom April bis August 1938 entstandenen und bei Kriegsende zerstörten und geplünderten Gesellschaftsräume im Erdgeschoß ausgesehen haben, geht aus einem illustrierten Beitrag der Zeit-



*Der Grundriß des Erdgeschosses der Hakeburg nach dem Umbau zu einem Empfangshaus des Reichspostministeriums*

Es bedeuten: 1 Windfang, 2 Kleiderablage für Herren, 3 Kleiderablage für Damen, 4 Halle, 5 Empfangsraum, 6 Damenzimmer, 7 Teeraum, 8 Bibliothek, 9 Gesellschaftsraum, 10 Speisesaal, 11 Anrichte, 12 Wintergarten. Mst. 1:200

*Grundriß des Erdgeschosses der Neuen Hakeburg nach dem Umbau 1937/38, Zeitschrift: „Der Baumeister“.*



*Große Halle,  
heute  
Hotel-Empfang,  
Foto:  
Hubert Faensen.*

schrift „Der Baumeister“ (Oktober 1938) hervor. Im Text versuchte der Herausgeber Guido Habers, das Beispiel der Hakeburg für die Nazizeit zu verallgemeinern und einen modernen, „unkonventionellen“ Stilbegriff zu erläutern: als Einheit aus „verpflichtender Haltung“, „gestaltende Kraft“ und „psychologischen Verständnis für Bauherrn, Aufgabe und Umwelt“<sup>18</sup>.

Die Repräsentationsräume wirkten stattlich, aber durchaus nicht großmannssüchtig oder unbehaglich. Formen und Farben waren geschmackvoll aufeinander abgestimmt. An der Parkseite wurden einige Fensterformen behutsam verändert. Als verantwortliche Architekten zeichneten Postbaubeamte, an der Spitze Oberpostbaurat, dann Ministerialrat Georg Werner (RPM), der gleichzeitig im alten Park von Zeesen bei Königswusterhausen das Schulungsheim der Reichspost errichtete. Postbaurat Rudolf Nieß (RPM) war für die künstlerische Ausgestaltung





*Empfangsraum des Reichspostministers, Zeitschrift: „Der Baumeister“.*

zuständig, Postbaurat Adolf Maier, (zuerst Reichspostzentralamt, dann Reichspostbaudirektion) mit den Bauzeichnungen und der Bauausführung beauftragt. Die Korrespondenz mit den Künstlern lief über das Ministerium, oft direkt über die Adresse des Ministers. Bevorzugt wurde die Stilrichtung der sogenannten Neuen Sachlichkeit.

Die künstlerische Gestaltung läßt sich durch eine kurze Beschreibung rekonstruieren. Im zentralen Empfangsraum, den man geradewegs aus der Halle betrat, waren die Wände holzgetäfelt, lichtgrau matt lackiert und mit vergoldeten Holzstäben in drei horizontalen Zonen rechteckig gerahmt. Die mittlere Zone bestand aus Holztafeln mit deutschen Landschaftsbildern „vom Gebirge bis zum Meer“ von Wilhelm Heise (München). Auf einer eigenen Tafel eingefügt war ein Spruch Hitlers aus „Mein Kampf“: „Vergeßt nie, daß das heiligste Recht auf dieser Welt das Recht auf Erde ist, die man selber bebauen will, und das heiligste Opfer das Blut, das man für diese Erde vergießt“. Das Parkett aus verschiedenfarbigen Hölzern wurde beherrscht vom Motiv des Hakenkreuzes. In der Mitte erhob sich über einem hohen Marmorpostament die bronzene „Führerbüste“ von Friedrich Liebermann, die als Serienstück für 480 RM beim Kunstverlag Heinrich Hoffmann erworben worden war. Der Ver-



*Bibliothek des  
Reichspostministers,  
Zeitschrift:  
„Der Baumeister“.*

leger, Leibfotograf Hitlers, war ein guter Freund des Ministers. An den Wänden aneinandergereiht standen Stühle aus poliertem Ahorn, ohne Armlehnen, mit überhöhten Rückenlehnen und weißen Schweinslederbezügen. Noch im Kriegsjahr 1942 ließ Ohnesorge einen neuen Steinway-Flügel in Nußbaum für 3.525 RM anfertigen und hier aufstellen. Die bewirtschafteten Buntmetalle mußte das Reichspostzentralamt beschaffen.

An den Empfangsraum grenzte an der östlichen Seite ein Damenzimmer mit einem anschließenden, runden Teeraum und an der westlichen Seite ein Kaminzimmer an. Im Damenzimmer waren die Wände mit sandfarbenen, in sich gemusterten Stoff bespannt. Glasschliffbilder von Paul Mariel (Trier) zeigten im Wechsel allegorische Figuren und Blumen-Stilleben. Auf dem Parkett lag ein naturfarbener, ungemusterter Schafwollteppich. Um den Tisch aus poliertem, rötlichen Kirschbaum standen Polstermöbel mit Bezügen aus zitronengelber Seide und Velvet.

In dem noch heute gut erhaltenen Teerraum rundet sich eine Wand, damals aus versilberten und vergoldeten Holzstäben, mit der das strahlen- und blattförmig angelegte, bunte Parkett, der runde Teetisch in der Mitte und Stühle mit blauen Lederbezügen korrespondierten.

Kostbar ausgestattet war im Ostteil die Bibliothek, das Privatissimum des Ministers: An den Wänden zogen sich hoch bis zur Decke Bücherschränke entlang, in Ruster mattgrau mit Metallsprossen, Glastüren und Glasböden, das Innere mit schwarzem Wachtuch bespannt. Der Fußboden bestand aus Kiefer mit Streifen aus Räuchereiche, das Möblement aus Nußbaum. Die Tapetentüren zeigten auf Pergament Landkartenmotive. In der Nordecke erhob sich ein Kamin aus schwarzgrauen Schiefer, darüber waren in zwei vertikalen Zonen acht Bilder mit einem Nibelungenzyklus von Karl Manninger (Würzburg) angeordnet. Der Kamin im eigentlichen Kaminzimmer im Westteil zeichnete sich durch ornamentale Stuckarbeiten von Gudrun Baudisch aus, eine österreichische, 1936-1942 in Berlin ansässige Keramikerin, die auch für die Türnischen der Halle florale und heraldische Mörtelschnitte anfertigte. Das Schmuckstück bildete eine antikisierende Sitzbank aus vergoldeten Schmiedeeisen. Der Fußboden besteht noch heute aus olivgrünen, geschliffenen Marmorplatten. Die Anfertigung der Türen, Wandver-

kleidung, Möbel und Vorhänge erfolgte durch die „Vereinigten Werkstätten für Kunst im Handwerk AG“ München.

Hubert Netzer (München) wurde beauftragt, das im Haus der Kunst ausgestellte, ursprünglich für einen Brunnen bestimmte Gipsmodell „Rheintochter“ in Muschelkalkstein auszuführen, einen niedrigen Sockel vorzusehen, aber, damit die Figur vor der Baumkulisse und „in der großen Rasenfläche nicht zu klein wirkt“, auf 2,20 m Höhe zu vergrößern. Die Statue steht noch heute am ursprünglichen Aufstellungsort im Park vor dem östlichen Eingang zum Innenhof.



*Rheintochter, Skulptur  
von Hubert Netzer  
vor der östlichen Einfahrt  
zum Schloßhof,  
Foto: Hubert Faensen.*



*Sgraffiti von Carl Crodel zum Thema der Windgötter und Gestirne im Durchgangsraum zwischen großer Halle und Speisesaal, Foto: Hubert Faensen.*

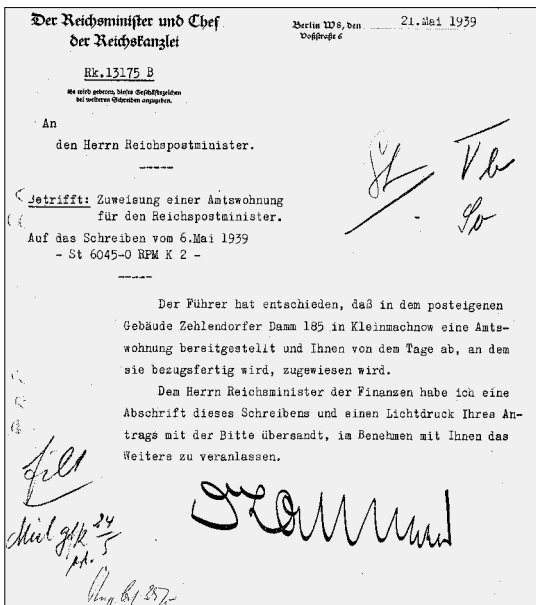
Von dem als „entartet“ verfemten und aus dem Lehramt in Burg Giebichenstein/Halle vertriebenen Carl Crodel stammten im Kaminzimmer acht Hinterglasmalereien und im Speisesaal Aufnäharbeiten auf einem Wandteppich. Im Durchgangsraum zwischen Speisesaal und Halle befinden sich noch heute Wandplatten aus Majolika mit zarten, verspielten Sgraffito-Malereien der antiken Windgötter und Gestirne. Die Keramik wurde in den Werkstätten von Hedwig Bollhagen in Marwitz ausgeführt. Die Aufträge durften für die Bauleitung nicht ohne Risiko gewesen sein. Jedenfalls wurde Baurat Nieß gerügt, weil er sie nicht dem Minister zur Unterschrift vorgelegt habe. Immerhin unterschrieb Ohnesorge im Juli 1938 einen Dankesbrief an Crodel „für vielseitige künstlerische Schöpfungen, die von einer reifen Meisterschaft zeugen und mit denen Sie zum Gelingen des Werks wesentlich beigetragen haben“<sup>19</sup>.

## 5. In der Gunst von Hitler

Am 3. Juni 1938 erfolgte eine Umtragung im Grundbuch: Als Eigentümervermerk der Hakeburg erscheint nicht mehr „Deutsche Reichspost“, sondern „Deutsches Reich (Deutsche Reichspost)“. Der Rechtsakt war ein Vorspiel: Im August 1938 wurde die Grundstücksverwaltung der RPD Berlin-Charlottenburg entzogen und direkt dem Bauverwaltungsbüro des Postministeriums unterstellt. Ob nun die „Reichsmietwohnung“ im Wohnturm erst Ende 1938 endgültig bezugsfertig war oder die Bauarbeiten im Erdgeschoß störten, jedenfalls zog Ohnesorge erst ein, als er über die neuen Repräsentationsräume verfügen konnte, im Oktober/November, wenn auch zunächst nur provisorisch. Am 18. November 1938 unterschrieb er den Mietvertrag. Die Monatsmiete von 600,- RM samt Kosten für Heizung und Warmwasserversorgung wurde von jetzt an durch die Generalpostkasse von seinen Dienstbezügen abgebucht<sup>20</sup>.

Nachbar und Parteigenosse Fleischmann, der beim Bau seines Eigenheims auf dem Kleinmachnower Grundstück mit den Hürden des Vierjahresplans kämpfte, hatte keine guten Karten mehr. Sein Mietvertrag war ohnedies bis zum 30. Juni 1938 befristet. Ohnesorge machte ihm noch Beine. Vom 1. September 1938 bis zum 10. Januar 1939 beorderte er ihn zur „Abwicklung“ der österreichischen Post, d. h., zur Eingliederung in die Reichspost nach Wien. Am 19. Januar 1939 ließ er ihm mit Ablauf des Monats April kündigen. Der Ministerialdirektor mußte um Aufschub bitten. Am 12. April teilte er seinem Minister mit, er könne dessen Wunsch „trotz aller erdenklichen Anstrengungen“ nicht Rechnung tragen. Sein Eigenheim sei erst in etwa vier Monaten fertiggestellt. Ohnesorge genügte das nicht. Fleischmann mußte die Hakeburg Ende Mai 1939 räumen und für mehrere Monate eine „Notwohnung“ von 3 1/2 Zimmern in Berlin-Steglitz beziehen. Die Mehrkosten für Miete und Umzug übernahm die Generalpostkasse<sup>21</sup>.

In der Nazi-Hierarchie besaß Ohnesorge einen sicheren, wenn auch nicht unumstrittenen Platz. Wegen einiger hoher Gegner, aber auch wegen privater Affären mußte er vorsichtig taktieren. Ihn bewegte, obwohl er auf die Siebzig zuzuging und in zweiter Ehe verheiratet war, sein Hang zum weiblichen Geschlecht. Hitler bewunderte seine Vitalität. Vermutlich wollte Ohnesorge die „Sommerwohnung“ in der Hakeburg zunächst als „Chambre separee“



*Schreiben des Chefs der  
Reichskanzlei  
Dr. Lammers  
vom 21. Mai 1939  
an Minister Ohnesorge,  
Akten PD Potsdam.*

nutzen. Nach dem „Anschluß“ Österreichs ans Reich 1938 lernte er eine wesentlich jüngere, steiermärkische Postangestellte kennen. Das Verhältnis hatte Folgen. Ohnesorge erhielt die Erlaubnis, die zweite, kinderlos gebliebene Ehe scheiden zu lassen und ein drittes Mal zu heiraten<sup>22</sup>.

Gedrängt von der privaten Krisensituation und von dem Vorwurf des Rechnungshofs gegen die vorschriftswidrige Inanspruchnahme finanzieller Mittel, beantragte Ohnesorge am 6. Mai 1939 beim Reichsminister und Chef der Reichskanzlei Dr. Lammers, ihm die ganze Hakeburg „von dem Tage an als Amtswohnung zuzuweisen, an dem sie bezugsfertig wird“. Kurz zuvor hatte er die Bibliothek und den Wintergarten den „repräsentativen“ Zwecken entzogen, um sie persönlich zu nutzen, und eine Gesamt-Jahresmiete von 1.680 RM vereinbart. Am 21. Mai 1939 teilte Dr. Lammers dem Reichspostminister im gleichen Wortlaut mit: „Der Führer hat entschieden, daß in dem posteigenen Gebäude Zehlendorfer Damm 185 in Kleinmachnow eine Amtswohnung bereitgestellt und Ihnen von dem Tage ab, an dem sie bezugsfertig wird, zugewiesen wird“. Der Finanzminister erhielt eine Kopie<sup>23</sup>.

Am 7. Juni ordnete Ohnesorge an, die von Fleischmann geräumte Wohnung im 1. Obergeschoß „nach meinen Angaben baulich herzurichten“. Die Kosten seien „aus den bei dem Umbau erzielten Ersparnissen zu bestreiten“. Schon im März 1939 hatte er sich von Postbaurat Maier den Bauplan vorle-

gen lassen, der seine Wohnung im Turm zu Gästezimmern mit eigenen Küchen- und Baderäumen umwandelte. Während der Umbauarbeiten, etwa bis Ende Oktober, stand die Hakeburg leer. Die neue Minister-Amtswohnung bestand aus Bibliothek und Wintergarten im Erdgeschoß sowie aus Wohn-, Eß-, Herren- und Schlafzimmer, Diele, Küche und Bad im 1. Obergeschoß und war hier sowohl über die Treppe der großen Halle als auch über das separate Treppenhaus zu erreichen. Für die Benutzung behielt das Postministerium eine „Wohnungsentschädigung“ von jährlich 2.600 RM ein. Ohnesorge beanspruchte freilich bald auch den größten Teil des 2. Obergeschosses, so daß er über insgesamt 13 Räume verfügte. Im Winter 1939/1940 ließ er sich scheiden und im März 1940 ging er die Ehe mit seiner dritten Frau ein, der ein Sohn und zwei Töchter entstammen.

Die Herkunft der Frau mag beigetragen haben, sich auch in der „Ostmark“ zwei neue Domizile zu schaffen. Schon 1938/39 kaufte Ohnesorge für hohe Summen in Graz eine „Sommerdienststelle“ sowie in der Gemeinde Altmünster - günstig zum Berghof des „Führers“ auf dem Obersalzberg gelegen - das „Haus Traunblick“, anfangs zum Schein als Erholungsheim für weibliche Postangehörige deklariert. Der kostspielige Ausbau dieser Villa im Salzkammergut wurde sogar nach Kriegsausbruch 1939 fortgeführt. Er gab Anlaß zu mancherlei Gerede. Mit etwa 168.000 RM erreichte er die Höhe des Kaufpreises - zum Vergleich: ein Postinspektor bezog damals ein monatliches Anfangsgehalt von 233 RM. Der Beauftragte des Rüstungsministers Dr. Todt verfügte im Frühjahr 1940 einen Baustop, weil es sich nicht um ein kriegswichtiges Vorhaben handele. Um die gleiche Zeit schaltete sich erneut der Rechnungshof ein: Der Postminister habe im Ministerium und in der Hakeburg genügend Repräsentationsmöglichkeiten.

Ohnesorge reagierte prompt: Die Räume in der Leipziger Straße würden nicht mehr als Wohnung, sondern für Gemeinschaftszwecke genutzt, und die Hakeburg besitze im Erdgeschoß keine geeigneten Räume für größere Veranstaltungen, die im übrigen auch den Privatcharakter dieser Dienstwohnung stören würden. Er wolle in der „Ostmark“ außerhalb von Berlin in würdiger Form hochgestellte ausländische Persönlichkeiten empfangen. Wenig später erklärte er sich freilich bereit, „für seinen und seiner Familie zeitweiligen Aufenthalt im posteigenen Haus Traunblick als Abgeltung einen Jahresbeitrag von 1000 RM zu zahlen“, den die Generalpostkasse in monatlichen Teilbeträgen von seinen Amtsbezügen einbehalten werde. Die Familie hat sich vermutlich öfters in Altmünster aufgehalten. Im Anschriftenverzeichnis der Reichsbehörden erscheint jedoch als eigentlicher Wohnsitz ab 1940 stets die Hakeburg<sup>24</sup>.

## 6. Entscheidungen des neuen Schloßherrn

Ohnesorge wollte seine Residenz von der Öffentlichkeit total abschirmen. Dazu gehörte die vollständige Einzäunung und Bewachung, selbst am Seeufer. Schon im Juni 1937 schrieb er Reichsminister Kerrl „Reichsstelle für Raumordnung“, als Ersatz für den von der Gemeinde geplanten Uferweg im Norden des Kleinmachnower Sees, der durch sein Grundstück geführt hätte, werde auf Kosten der Post eine „Wanderverbindung“ längs des Südufers angelegt. Am nördlichen Seeufer ließ er einen Stacheldrahtzaun entlangziehen, der noch im Kriegsjahr 1940 erneuert und verstärkt wurde, um „Unbefugte und Wassersportler“ fernzuhalten.

Am östlichen Eingangstor und Kontrollpunkt duldete Ohnesorge nur Postpersonal. Zu einer harten Auseinandersetzung kam es mit Kanalmeister Gröber, der an der Kleinmachnower Schleuse arbeitete. Er wohnte im Obergeschoß des Torhauses in einer mietergeschützten 2-Zimmer-Wohnung, während das von der Post übernommene Pförtner-Ehepaar Gericke im Erdgeschoß über eine 3-Zimmer-Wohnung verfügte. Gröber wurde sofort gekündigt. Allerdings ignorierte dieser mit Hilfe der NSDAP-Ortsgruppe immer wieder die Räumungsfristen. Die RPD strengte vor dem Amtsgericht Potsdam eine Räumungsklage an, setzte sich aber nicht durch. Die Frist wurde bis Ende März 1938 verlängert. Schließlich mußte sich die Post sogar noch an den Umzugskosten beteiligen<sup>25</sup>.

Bald darauf stationierte Ohnesorge im Pförtnerhaus eine Postschutzwache von zehn Mann zur Beaufsichtigung des ganzen Geländes. Zusätzlich beauftragte er die Berliner Wach- und Schließgesellschaft mit nächtlichen Kontrollgängen. Sie arbeitete einen Wachplan für zwei, dann für drei ihrer Leute aus. Dabei kam es zu Konflikten. Der zuständige Bezirksführer des Postschutzes schlug in einem Schreiben vom 29. Dezember 1938 Maßnahmen vor, durch die den „irrtümlichen Zusammenstößen zwischen Postschutz und Wächter in stockdunklen Nächten vorgebeugt“ werden sollte.

Ohnesorge kümmerte sich um seinen Sitz wie ein Feudalherr. Als die Grundstücksverwaltung direkt dem Bauverwaltungsbüro seines Mini-



steriums unterstellt worden war, setzte er das Postler-Ehepaar Krause als Hauswart ein, mit Wohnung im Nebengebäude. Das Hauspersonal bestand aus drei weiblichen und sechs männlichen Kräften. Für die Reinigung der Repräsentationsräume beschäftigte und entlohnte das Postamt Zehlendorf zwei „Vollaushilfen“. Auf Anordnung Ohnesorges wurden alle Fenster - im Wintergarten über 6 m hoch - und Glastüren von einer eigens engagierten Reinigungsanstalt geputzt. In einem Aktenvermerk heißt es: Die „außergewöhnlichen Verhältnisse“ führten zur außergewöhnlichen Preisen. „Verteuernd kommen die Entfernung der Hakeburg, der späte Arbeitsbeginn (vor 9 1/2 Uhr dürfen Handwerker auf der Hakeburg nicht arbeiten) und vor allem die Lage und Größe der Fenster in Betracht ...“. Die wertvolle Inneneinrichtung erfordere größte Vorsicht und verursache dadurch wiederum einen größeren Zeit- und Kostenaufwand<sup>26</sup>.

In der zweiten Jahreshälfte 1939 ließ Ohnesorge den Park umgestalten: die Sichtachsen entlang der Straße und von der Hakeburg aus zum See freischlagen, neue Wiesen, Wege und Holzzäune anlegen, Böschungen verändern, Gestrüpp entfernen, unter den Waldbäumen Immergrün, an den Häusern, in den Gärten und am Straßenrand Rhododendron und Blumenrabatten anpflanzen sowie Wasserleitungen und Hydranten einbauen. Die Zufahrtstraße wurde von 7 auf 5 m verschmälert, um zu beiden Seiten breite Grünstreifen zu gewinnen, außerdem mit rötlichen Porphyrgieß bedeckt und mit roten Porphyrganitsteinen eingefaßt. Auch die Gegend um das in Blockbau neu errichtete Badehaus wurde verschönert. In der Nähe entstand ein 15 m langer und 2 m breiter Bootssteg. Der Bildhauer Gottfried Kappen (Falkensee) erhielt den Auftrag für zwei Türdrücker am Zugangstor. Die Straßen- und Bauarbeiten kosteten 44.000 RM. Den Auftrag an eine Gärtnerei im Grunewald über etwa 20.000 RM erteilte Ohnesorge sogar von Graz aus. Die Zahl der „Aushilfskräfte“ zur Pflege des Parks und des Gartens erhöhte er von vier auf acht. Im Gebäude des früheren Pferdestalls ließ er für sie eigene Aufenthaltsräume einbauen.

Die Landschafts- und Gartengestaltung muß den Fachleuten so imponiert haben, daß im Mai 1941 der Präsident der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft an Ohnesorge herantrat, um eigens einen Kulturfilm herzustellen. Freilich lehnte der Minister die Aufnahme in die Landschaftsschutzkarte des Kreises Teltow ab, weil die Unterschutzstellung nach dem Reichsnaturschutzgesetz zu Verpflichtungen geführt hätte, die er nicht eingehen wollte.

Im Frühjahr 1940 gab Ohnesorge den Auftrag, die kleine Insel „nutzbar und zugänglich“ zu machen, die in dem zum Wohnsitz gehörenden „Spandauer Teich“ liegt. Der Auffüllboden sollte aus dem Ausschachtungsmaterial der Forschungsanstalt gewonnen werden. Der Gartenarchitekt entwickelte präzise Vorstellungen, „das Düstere und Wilde der Umgebung aufzulösen“ und „reizvolle Durchblicke und Lichtungen“ zu schaffen, die den Blick von der Insel und zu ihr freigeben. Dabei sollte sich das Schöne mit dem Nützlichen verbinden: „Diese Lichtungsarbeiten tragen zugleich wirksam zur Beseitigung der im Sommer äußerst lästigen Mückenplage bei“. Vielleicht war das die Traumvorstellung des Ministers: auf einer Steinbank inmitten der Insel zu sitzen, umgeben von einem Blütenmeer von Uferstauden, im Frühjahr von Sumpfergößmeinnicht, Trollblumen und Sumpfdotterblumen, im Sommer von rosaroten Weiderich<sup>27</sup>.

Ohnesorge wurde mit noch ganz anderen Problemen konfrontiert. Er überwachte die Anmeldungen des Kohlebedarfs, beschaffte Trafostation und Warmwasserheizanlagen und wehrte immer wieder Planaufgaben der Forstbehörde ab, im Park Bäume zu fällen und das Holz abzuliefern. In den ersten Kriegsmonaten 1939 und 1940 ordnete er routinemäßig „Verdunkelungsmaßnahmen“ und „Verdunkelungsübungen“ an - „möglichst unauffällig, damit die Raumgestaltung nicht darunter leidet“. Aber bald hatte er wirkliche Sorgen: die Angriffe der anglo-amerikanischen Bombergeschwader.

Auf Veranlassung Ohnesorges wurde im Sommer 1940 der noch nicht ausgebaute Teil des 2. Obergeschosses für Gäste hergerichtet. Laut einem Kostenanschlag über 12.000 RM entstanden Schlaf-, Wohn- und Baderäume, auch ein zweites Bad „für das im Haus beschäftigte Personal“. Ein späterer Bericht spricht von insgesamt 40 Wohnräumen in der Hakeburg.

Das besondere Interesse des Ministers galt einem komfortablen Luftschutzbunker mit Klimaanlage, Gasschleusen und Notausgang. Ende 1940 und 1941 ließ er im westlichen Tiefkeller drei, bisher für Lagerzwecke genutzte Räume zu Schlaf- und Wohnräumen umbauen und mit Velour belegen. Neu wurde ein Aufenthaltsraum für die Kraftfahrer geschaffen. Toilette und Badezimmer wurden „verbessert“. Und drei Räume für Mitarbeiter erhielten „je 2 Mitropa-Betten wie in den Schlafwagen der Deutschen Reichsbahn“, so daß „entweder 2 Sofas mit gepolsterter Rückenlehne oder 2 x 2 übereinander liegende Betten zur Verfügung“ standen. Im Souterrain neben dem Luftschutzkeller

verwirklichte Ohnesorge den schon 1937 gehegten Plan einer „Trinkstube“. Damit die „kahlen, glatten Wandflächen“ nicht mehr so „nüchtern und unfreundlich“ wirken, ließ er sie mit Imitationen alter Waffen schmücken, Lanzen, Spießen, Brustpanzern, einer Armbrust. Was die Finanzierung angeht, ist in den Aktenvermerken immer wieder zu lesen: „Die Kosten sind aus den bei dem Umbau erzielten Ersparnissen zu bestreiten“<sup>28</sup>.

Ende 1942 erließ der Minister eine neue Ordnung zur „Wartung und Betreuung der Burg“. Er setzte den zivilen Hauswart, den im Nebengebäude wohnenden Postassistenten ab und übergab die Verantwortung dem Führer der Postschutzwache, einem SS-Untersturmführer. Der lokalen Disposition war eine größere Entscheidung vorausgegangen: Am 1. Mai 1942 war der gesamte Postschutz in die SS überführt und militärisch dem Chef des SS-Hauptamts SS-Gruppenführer Gottlob Berger unterstellt worden - weil dieser Himmler mitgeteilt hatte, der Chef des Heeresnachrichtenwesens General Erich Fellgiebel, später ein Mann der Verschwörung gegen Hitler, wolle Ohnesorge im Amt ablösen. Ohnesorge begrüßte die „nun vollzogene enge Verbindung“ zwischen der Post und der SS als „eine weitere Garantie“ für die „bis aufs letzte durchzuführende Nationalsozialisierung“. Die Postschutzangehörigen trugen von jetzt an feldgraue Uniformen mit Abzeichen der Allgemeinen SS<sup>29</sup>.

Auf dem Hakeburg-Gelände wurde der Aufgabenkreis des Führers der Postschutzwache um mehrere Alltagspflichten erweitert: etwa die „laufende bauliche und sonstige Betreuung des Burggebäudes“, auch eigene Instandsetzungs- und Werkstattarbeiten, die „Überwachung und Anweisung der in der Burg beschäftigten Reinigungsfrauen“ - bis zur „Verwaltung des amtlichen Silbers, des Porzellans und der Wäsche“, die Ver- und Entdunkelungsmaßnahmen, die Arbeiten im Luftschutzbunker und die Streupflicht während der Wintermonate. Im Herbst 1943 übernahm der Postschutz auch noch die der Wach- und Schließgesellschaft verbliebenen Aufgaben.

## 7. Die Angst vor den Luftangriffen

Nachdem im Frühjahr 1943 die ersten Bomben auf Kleinmachnow gefallen waren, traf Ohnesorge eine Entscheidung, die ihn in arge Bedrängnis bringen und die Spitze der Nazi-Hierarchie beschäftigen sollte. Nur mit Hilfe des Reichsführers der SS Heinrich Himmler und des im Juni 1943 zum SS-Obergruppenführer ernannten Gottlob Berger kam er aus der Bredouille heraus.

Am 13. August 1943 schrieb der Chef der Sicherheitspolizei und des SD Dr. Kaltenbrunner an Himmler, der Reichspostminister betreibe „seit längerer Zeit seine Wohnsitzverlegung nach Wien“. Er habe Oktober 1942 - in Wirklichkeit war es Juni 1943 - das von dem Landeshauptmann des Gau Niederdonau Dr. Meyer bewohnte Wiener Haus gekauft, diesen zum Auszug gezwungen und einen Umbau mit einem starken Bunker angeordnet. „Als Reichsminister Goebbels die Evakuierung Berlins verkündete, hat Reichsminister Ohnesorge Fahrer des Reichspostministeriums zur Hakeburg, seinem Berliner Wohnsitz, bestellt und durch sie seine sämtlichen Sachen verpacken lassen. Diese wurden dann am Montag mit zwei Möbelwagen in Richtung Wien abtransportiert.“ Die Wiener Bevölkerung sei über die Wohnsitzverlegung empört. Zugleich müssen massive Vorwürfe aus Kreisen der Post erhoben worden sein, Ohnesorge flüchte aus Berlin, um den Luftangriffen zu entgehen.

Der Reichspostminister geriet in eine schwierige Situation, zumal die Reichsminister Josef Goebbels und Albert Speer und der Reichsleiter der NSDAP Martin Bormann nicht zu seinen Freunden gehörten. Aber der mit ihm verbündete Himmler gab die Anweisung, „umlaufenden Gerüchten mit aller Energie entgegenzutreten“, und ließ von Berger eine Gegendarstellung verfassen. In ihr heißt es: „Von einer Wohnsitzverlegung ... kann gar keine Rede sein. In die freien Räume der Hakeburg sind einige Versuchsingenieure für die neue Hochfrequenz als Gäste des Reichspostministers eingezogen, insgesamt 14 Personen (ohne Personal)“. Vermutlich ist im Sommer 1943 nur Frau Ohnesorge mit den Kindern übersiedelt, auf deren Namen das Wiener Grundstück erworben wurde<sup>30</sup>.



*SS-Gruppenführer  
Gottlob Berger,  
Bildarchiv des Bundesarchivs  
Koblenz.*

Durch die Bombenangriffe überstürzten sich die Ereignisse. Nachdem der Minister im November 1943 in seinem Dienstzimmer in der Leipziger Straße ausgebombt worden war, verlegte er seinen Dienstszitz in den Schulungskomplex der Post nach Zeesen. Bei Luftangriffen soll er sich regelmäßig in eine Dienststelle in Bad Saarow begeben haben. Wenn er sich in der Hakeburg aufhielt, übernachtete er in einem neu eingebauten Schlafzimmer im Souterrain oder gleich im Luftschutzbunker. Ein Teich, Pumpstationen und Druckleitungen für Löschwasser wurden neu angelegt. Auf Anregung von Manfred von Ardenne sollte zunächst der Dachstuhl mit Glaswollmatten ausgelegt werden, Ohnesorge entschied sich aber dann für Eisenblech und Sandaufschüttung. Ab Dezember stellte er aus Zeesen eine Brandschutz-Wache von 10 Mann Waffen-SS ab, für die eigens eine Unterkunftsbaracke errichtet wurde. Auch die beiden noch heute in Burgnähe vorhandenen Einmannbunker standen ihr zur Verfügung. Am 8. Dezember 1943 fand „in Anwesenheit des Herrr Reichspostministers“ eine Feuerlöschübung statt, über die sich ein Bericht erhalten hat: „Angenommene Lage: Brand im Turm“. Der Strahl des B-Rohrs erreichte die Turmspitze bei einem Pumpendruck von 90 m Wassersäule.

Im März/April 1944 kam es durch den Luftkrieg zu einigen Gebäudeschäden. Ein Schreiben an den Präsidenten der RPD Berlin-Charlottenburg erbittet für 25 Arbeitskräfte, die diesem unterstellt und zu Instandsetzungsarbeiten der Hakeburg eingesetzt waren, die Zuteilung von Trinkbrandwein und Zigaretten. Ohnesorge bat bald darauf das Ministerium Speer, zu überprüfen, ob sein Luftschutzbunker „stärker wirkenden Sprengmitteln“ standhalten könne oder verstärkt werden müsse. Die Antwort war kurz und bürokratisch: Der Postminister solle einen offiziellen Antrag stellen. Mit Reichsminister Alfred Rosenberg, der sich das Gutachten eines privaten Bauunternehmers eingeholt hatte, stand Ohnesorge in Erfahrungsaustausch. Am 12. August 1944 notiert ein Mitarbeiter: „Minister hat gestern abend anlässlich des Besuchs des Reichsministers Rosenberg das Thema Nicht-ausreichende Sicherheit des Bunkers Hakeburg neuerlich aufgegriffen.“ Allerdings muß Ohnesorge resigniert haben. Er nahm zwei Zeichnungen zur Verstärkung der Betondecke zur Kenntnis, entschied jedoch, nichts weiteres zu unternehmen. Eine seiner letzten Anordnungen ist, die kostbaren Beleuchtungskörper abzunehmen und dafür einfache Kugelleuchten aufzuhängen<sup>31</sup>.

Minister Ohnesorge flüchtete Anfang April 1945 im Kraftwagen in den Süden des Reichs, wo er sich mit seiner Familie treffen wollte. Am 11. Mai wurde er in Bad Gastein von US-Truppen verhaftet, im Juni 1948 aus der Gefangenschaft entlassen und der Spruchkammer Garmisch-Partenkirchen zugeführt, die ihn in Gruppe II (Belasteter) einstuft. Die Berufungskammer München verschärfte das Urteil auf Gruppe I (Hauptschuldiger). Die Hauptspruchkammer München entschied dann in letzter Instanz im März 1955 die Einstellung des Verfahrens und hob alle Strafbestimmungen auf.

Ende April zog sich am Teltowkanal direkt unterhalb der Hakeburg die Hauptkampflinie entlang. In Dach und Obergeschoß des Pförtner- und des Gärtnerhauses und in den Park schlugen zahlreiche Granaten sowjetischer Artillerie ein. Vor dem Eingangstor kam es zum Schußwechsel einer deutschen Pak-Selbstfahrlafette mit drei sowjetischen Panzern, die über die Badewitzbrücke, die heutige Friedensbrücke, den Kanal überquert hatten. So erklärt sich das Panzerwrack, das noch im November 1945 nicht beseitigt war. Am Teltowkanal blieben die sowjetischen Truppen stehen, drangen aber über die Autobahn und Wannsee nach Kleinmachnow ein. Das obere Turmgeschoß der Hakeburg, in dem sich ein deutscher Beobachtungsstand befand, erhielt mehrere Treffer aus nördlicher Richtung.

## 8. Aufgabenkreis der Forschungsanstalt

Wenden wir uns der Forschungsanstalt der Deutschen Reichspost (RPF) zu, für die im Norden des Hakeburg-Geländes ein etwa 163.000 qm umfassendes Waldgrundstück abgegrenzt wurde. Der Landeskonservator Brandenburg hat für das Ensemble jüngst das Unterschutzstellungsverfahren eingeleitet. Es ist ein typisches Beispiel für Nazi-Architektur. Der Denkmalwert ist unbestreitbar. Er beruht sowohl auf dem historischen als auch auf dem architektonischen Rang, den man mit dem „Luftgaukommando Dresden“, den Heinkel- oder Hermann-Göring-Werken vergleichen könnte. Verantwortlich für die Planung und Leitung zeichneten Postbaurat, dann Oberpostbaurat Walther Schmidt, anfangs Reichspostdirektion (RPD) Berlin-Charlottenburg, dann Hochbaureferent im Ministerium, und Ministerialrat Georg Werner, Reichspostministerium (RPM). Sie versuchten, Form und Funktion in Übereinstimmung zu bringen. Technisch wurden mit dem Vorhaben die Reichspostbaudirektion Berlin am Reichstagsufer (RPBD), besonders Postbaurat Alois Maier, anfangs auch die Bauabteilung des Reichspostzentralamts (RPZ) in Berlin-Tempelhof betraut.

Die Gründung der RPF am 1. Januar 1937 stand in Zusammenhang mit dem Vierjahresplan, der auf Befehl Hitlers die deutsche Wirtschaft und Armee kriegsfähig machen sollte. Den Aufgabenkreis umreißt ein von Ohnesorge unterzeichnetes Dokument: „1. Fernsehen; 2. allgemeine Physik, insbesondere Atomphysik, Optik, Akustik, Elektronik; 3. Chemie; 4. Sonderaufgaben für den Vierjahresplan.“ Dabei wird auch eine Abgrenzung zu den Aufgaben des Reichspostzentralamts - als dessen Präsident Ohnesorge 1929-1933 amtierte - und der Reichspostdirektion vorgenommen. Auf dem Fernsehgebiet behalte sich die RPF „nicht nur die Forschung, sondern auch die technische Entwicklung der Fernsehgeräte und die Erprobung neuartiger Breitbandkabel für die Fernsehbenutzung vor“. Sie habe als „Musteranlagen“ die Fernsehsender Brocken und Feldbeg (Taunus) zu errichten, fahrbare Fernsehsender zu bauen und den Forschungsstand auf der Pariser Weltausstellung und der Großen Deutschen Funkausstellung Berlin vorzuführen. Manfred von Ardenne berichtet in seinen Memoiren, er habe im Auftrag

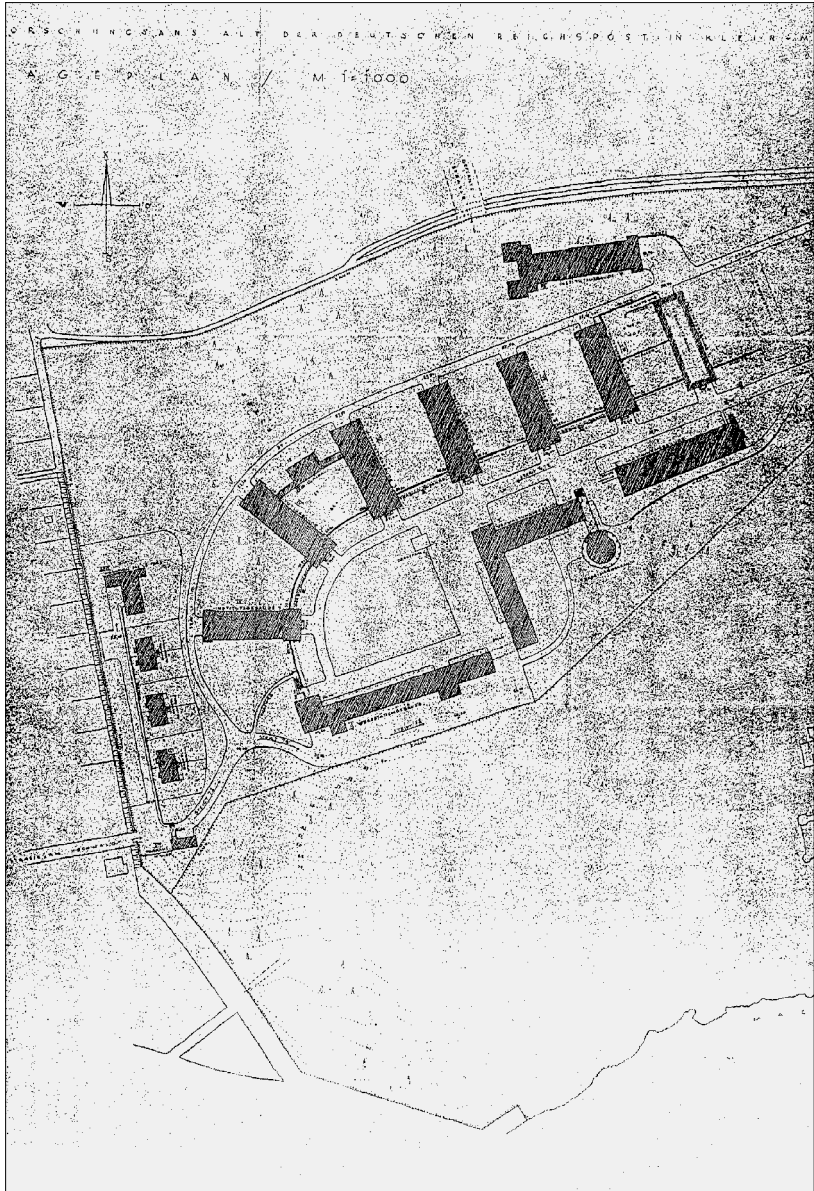
von Ohnesorge und der RPF in seinem Laboratorium in Berlin-Lichterfelde Versuche zur Hochfrequenztechnik unternommen und ein Elektronen-Rastermikroskop entwickelt. In den „Erinnerungen“ von Albert Speer wird er freilich mit der Atomforschung der RPF in Verbindung gebracht.

Die Vormachtstellung gegenüber den anderen Institutionen geht aus der Schlußbemerkung des Dokuments hervor: „Da der RPF für ihre Arbeiten auch eine ständige Fühlungnahme mit der Praxis gegeben werden muß, so kann sie als ständige Beauftragte des RPM sowohl beim RPZ als auch den RPD'n jederzeit über die auf ihrem Arbeitsgebiet basierenden Betriebe Auskünfte einholen und Beobachtungen anstellen, auch nach Zustimmung des RPM sich sowohl an den Aufbauarbeiten als auch an der Betriebsführung beteiligen“<sup>32</sup>.

Die Zentrale mit dem Sitz des Präsidenten der RPF befand sich in Berlin-Tempelhof und blieb dort bis Frühjahr 1944. Die Schwierigkeit bestand darin, die Forschung aufzunehmen und sogar zu erweitern, bevor die neuen Gebäude in Kleinmachnow errichtet waren. Die meisten Räume stellte bis dahin das Reichspostzentralamt in Berlin-Tempelhof zur Verfügung, aus dem mehrere Sachgebiete in die RPF übergingen. Dazu kamen zahlreiche Nebenstellen in Berlin und im Reich, etwa das Institut für kernphysikalische Forschung in Miersdorf bei Zeuthen. Der unmittelbare Raumbedarf wurde erst Ende 1937 für 14 Sachgebiete ermittelt und sah sieben Häuser mit zwei Vollgeschossen und je 1080 qm Arbeitsfläche vor, u.a. für Fernsehen, Elektronik, Elektronenoptik, Empfangs-, Meß-, Geber-, Sende-, Modelungs- und Breitbandkabeltechnik sowie physikalische Sonderaufgaben. Meßräume, Röhrenlaboratorien und Glasbläsereien waren einbezogen. Drei Gebäude sollten eine Klimaanlage erhalten. Schon bei der Anmeldung wurde allerdings betont, daß mit der baldigen Übernahme weiterer Sachgebiete - etwa Akustik und Chemie - zu rechnen sei. Zudem seien ein Wohnhaus für den Präsidenten, zwei Pförtnerhäuser am West- und Osteingang und drei Doppel-Einfamilienhäuser für mittlere Beamte einzuplanen.

„Schon vor der Ermittlung des realen Raumbedarfs, nämlich im März und Oktober 1937 erarbeitete Postbaurat Schmidt den ersten Lage- und Bebauungsplan. Auf ihm breitet sich ein ausgedehnter Komplex von 18 Dienst- und Wohngebäuden aus, davon 12 längsgestreckt und mehrgeschossig für Institute, Labore, Werkstätten, Heizwerk und Garagen. Im Zentrum befindet sich ein riesiges Verwaltungsgebäude, im Winkel angeordnet und mit einer externen „Erfrischungs-Rotunde“.





*Ausschnitt aus dem Vorentwurf des Lage- und Bebauungsplans von Walther Schmidt 1937 zur Forschungsanstalt der Deutschen Reichspost, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde.*

Ihm gegenüber sollte ein Denkmal stehen. Da der wirkliche Bedarf geringer war, da das Bauvorhaben eilte und Ohnesorge „möglichste Schonung vorhandenen wertvollen Baumbestandes“ angeordnet hatte, mußte Schmidt seine Planung abspecken, d.h. die Baumasse reduzieren. Ministerialrat Werner stellt trotz der erwarteten Erweiterung des Aufgabenkreises im Januar 1938 fest: „Es bleibt bei der Planung von 7 Gebäuden“, gemeint waren die Institutsbauten. Der Minister begnügte sich sogar mit weiteren Vorentwürfen, ließ ein „Höhenschichtenmodell“ anfertigen und verfügte „wegen der Dringlichkeit“ die Aufnahme der „Erdarbeiten“ für den Straßenbau und die Fundamentlegung „ausnahmsweise vor Vorlage des Bauentwurfs“ und „unbeschadet späterer Regelungen mit der Baupolizei“. Einem Brief Ohnesorges vom 14. Januar 1938 an den Finanzminister sind die Baukosten zu entnehmen: 14 Millionen RM<sup>33</sup>.

Die Einordnung der Neubauten in die Parklandschaft des Seebergs war vor allem aus Gründen der Geheimhaltung und der Deckung gegen Fliegersicht geboten. Anpassung an die Natur bedeutete hier Verborgenheit. Auch die durch die Lage im Wohngebiet garantierte Freiheit von störenden Einflüssen aus Industriebetrieben bzw. größeren elektrischen Anlagen spielte bei der Standortwahl eine Rolle. Ohnesorge ließ am 27. Februar 1937 dem Präsidenten des Regierungsbezirks Potsdam mitteilen, die Arbeiten würden „für die Umgebung überhaupt nicht bemerkbar werden“ und die Gebäude relativ klein und unauffällig geplant. Am 28. Mai bestätigte ihm dieser, daß gegen „die Errichtung baulicher Anlagen für wissenschaftliche Forschungszwecke auf dem Hakeburg-Gelände keine Einwände“ bestehen.

Heute könnte das Ensemble als gelungenes Beispiel für die Einheit von Architektur und natürlicher Umwelt gelten. Neuerdings ist es in das Landschaftsschutzgebiet „Parforceheide“ einbezogen worden. Der Ende 1937 ausgearbeitete und schon abgespeckte Entwurf des Lage- und Bebauungsplans hat jedoch Anlaß zur Kritik der Baubehörden gegeben, so daß die Längen und teilweise auch die Höhen der Dienstgebäude nochmals reduziert werden mußten. Zur gleichen Zeit entfachte sich eine Auseinandersetzung mit dem Gemeinde- und Landratsamt und dem Regierungspräsidium Potsdam, weil das Bau- und Parkgelände in 360 m Länge mit einem unschönen, dichten und 2,20 m hohen Lattenzaun abgeschirmt worden war<sup>34</sup>.

## 9. Einsprüche gegen den Bebauungsplan

Den ersten Einspruch erhob am 22. Februar 1938 die Kreisbaupolizei Teltow, die - wohl mehr formhalber - die Genehmigung zu erteilen hatte. Ihr Leiter Dr. Börnicke schrieb an Reichspostminister Ohnesorge: „Bei der Anzeige des Erwerbes des Hakeburg-Geländes ist von Ihnen ein Plan vorgelegt worden, nach dem lediglich die Errichtung einiger niedriger, pavillonartiger Gebäude zu Forschungszwecken vorgesehen war. Unter diesen Gesichtspunkten sind von mir als auch von dem Herrn Regierungspräsidenten keine grundsätzlichen Einwendungen gegen den Kauf des Geländes erhoben worden. Die jetzt eingereichten Bauunterlagen lassen jedoch erkennen, daß entgegen der ursprünglich erwähnten Bauabsicht nunmehr einzelne Gebäude des Projekts in einer Höhe und Länge ausgebildet werden sollen, die meine Zustimmung nicht finden können. Eines der Hauptgebäude weist eine Länge von über 130 m, eine Höhe bis zu 16 m und in seinem turmartigen Ausbau, sogar 30 bzw. 34 m auf. Die wesentlichen übrigen Gebäude haben eine Länge bis zu 80 und eine Höhe von 10-12 m. Diese Gestaltung steht in einem vollständigen Widerspruch zu der sonst in der Gemeinde Kleinmachnow als Landhausgemeinde zugelassenen Bauweise und nimmt auf die Eigenart und die beabsichtigte Gestaltung des Ortsbilds keine Rücksicht.“

Der Verfasser wandte sich weiterhin gegen die Ausweitung der Zahl der Arbeitskräfte von ursprünglich 50 auf 600, da die notwendigen Wohnstätten zu einer „unerwünschten Verdichtung“ des Kleinmachnower Siedlungsgeländes führen und „dem Charakter der Gemeinde und den heutigen allgemeinen Bestrebungen auf Auflockerung zuwiderlaufen“ würden. Außerdem sei die ganze Gegend um Machnower Schleuße, Robert Bosch-A. G., Teltower und Lichterfelder Industrie als luftgefährdet anzusehen. Die Anlage müsse entweder auf den ursprünglich vorgesehenen Umfang reduziert oder ihr Standort müsse verlegt werden, z. B. nach Rangsdorf. Hier wäre eine ähnliche - für die besonderen Zwecke der RPF geeignete - Bodenstruktur anzutreffen, nämlich hügliges Gelände, Wasser und starke Waldungen. Die Genehmigung wurde versagt, zunächst aber ohne Effekt.

Für Reichspostminister Ohnesorge waren die Teltower Baupolizei und der Kleinmachnower Bürgermeister, der sich ihren Bedenken anschloß, keine ernsthaften Gegner. Und ihre Einwände waren in der Zeit der Aufrüstung keine zugkräftigen Argumente. Ohnesorge antwortet dem Landrat, „in Rücksicht auf die fortgeschrittene Planung und Eilbedürftigkeit“ könne „eine andere Platzwahl nicht mehr erwogen werden.“ Der Landrat schob das Problem auf eine höhere Ebene. Er wandte sich am 3. Mai 1938 an Albert Speer, der seit Anfang 1937 als Generalbauinspektor der Reichshauptstadt amtierte und in dieser Funktion mit den Kompetenzen eines Ministers ausgestattet und direkt dem „Führer“ unterstellt war. 46 Baupläne waren dem Schreiben beigelegt. Ohnesorge wollte vermutlich Speer umgehen. In einem Aktenvermerk findet sich die Schutzbehauptung, Speer sei für Berlin, nicht aber für Kleinmachnow zuständig<sup>35</sup>. Zugleich ließ Ohnesorge in einem Schreiben an den Potsdamer Regierungspräsidenten das Argument entkräften, in Kleinmachnow werde zusätzlich Wohnraum beansprucht. Das Personal der RPF sei in Berlin hinreichend mit Wohnungen versehen und könne sich zum überwiegenden Teil den Mietpreis von Landhäusern gar nicht leisten<sup>36</sup>.

Speer reagierte vorsichtig, wiederholte aber indirekt die Teltower Bedenken. Er gab dem Postministerium am 3. Juni seine Zustimmung „unter der Voraussetzung, daß die Bebauung in architektonischer und städtebaulicher Hinsicht dem vorhandenen Gelände angepaßt wird“. Trotzdem ging das bürokratische Ränkespiel weiter. Reichspostminister Ohnesorge weigerte sich, der Auflage von Speer nachzukommen. Beim zuständigen Regierungspräsidenten setzte er sich zunächst wieder durch. Im Oktober 1938 erhielt der Landrat des Kreises Teltow aus Potsdam die Anweisung, sich „wegen der Erteilung des Bauscheins“ an die Landesplanungsgemeinschaft Brandenburg zu wenden. Diese schaltete jedoch erneut Speer ein und reichte ihm am 17. November den Vorgang mit Überarbeitungsvorschlägen zurück. Wie aus einem Schreiben an die Landesplanungsgemeinschaft vom 23. November hervorgeht, wurde Speer nunmehr gegenüber Ohnesorge energisch: „Wegen der notwendigen Änderungen habe ich mich direkt mit dem Herrn Reichspostminister in Verbindung gesetzt“.

Am 25. November 1938 informierte Speer den Staatssekretär im Innenministerium Pfundtner, der durch den Staatssekretär im Postministerium Dr. Jakob Nagel eingeschaltet worden war: Er habe den Entwurf abgelehnt, „da er architektonisch keine reife Lösung darstellt. Ich

habe dem Reichspostministerium aufgegeben, einen neuen Entwurf dazu aufzustellen und mir einzureichen. - Ich gebe Ihnen von der dadurch eintretenden Verzögerung von etwa 2 Monaten Kenntnis.“ Pfundtner entschuldigte sich, es habe ihm fern gelegen, in die Zuständigkeit des Generalbauinspektors einzugreifen. Bald muß dann unter dem Druck der Aufrüstung ein Kompromiß ausgehandelt worden sein; denn am 7. Dezember 1938 gab Speer die Neubauten in einem Telefonat mit Staatssekretär Nagel offiziell frei und am 19. Dezember beauftragte er die Landesplanungsgemeinschaft mit der „baldigen Genehmigungserteilung“<sup>37</sup>. Im Ergebnis wurde nochmals eine Reduktion der Baumasse und Baudichte erreicht. Die Längen der Institutsgebäude wurden von 80 m auf 60 m verkürzt, in einem Fall von 130 m auf 80 m, die Höhen vermindert. Auf das große Verwaltungsgebäude mit einem turmartigen Aufbau von 30 m wurde ganz verzichtet.

Nach der Genehmigung durch Speer drang Ohnesorge energisch auf den Beginn der Bauarbeiten. Zuerst sollten das Straßensystem in Beton fertiggestellt und die Ausschachtungsarbeiten aufgenommen werden. Das Konfliktpotential bei der Gemeinde erhöhte sich schon im Februar/März 1939 durch das Problem der Kostenbeteiligung. Die Bauarbeiten erforderten die Befestigung und Verbreiterung des Zehlendorfer Damms. Aber einige Beamte wollten die Anliegerkosten einsparen. Sie ignorierten den Hinweis des Bürgermeisters, die Zufahrt werde nur wegen der guten und direkten Anbindung der Forschungsanstalt an Zehlendorf angelegt. Ihre Argumentation liest sich noch heute als Musterstück für Bürokratie: Die RPF würde nicht am Zehlendorfer Damm, sondern am Spandauer Weg liegen. Das an den Zehlendorfer Damm grenzende Burggelände des Ministers diene ausschließlich repräsentativen Zwecken, und beide Grundstücke seien zwar gemeinsam Eigentum der Post, aber durch einen Zaun getrennt und selbständig wirtschaftende Einheiten mit eigenen Verwaltungen. Vermutlich hat dann Ohnesorge selbst die Blockade aufgehoben, um das ohnedies gestörte Klima zwischen Post und Gemeinde nicht noch mehr zu verschlechtern<sup>38</sup>.

## 10. Kriegsforschung und Bauarbeiten

1939 und in den folgenden Kriegsjahren entstand das jetzige Ensemble. Die Verantwortung für die technische Bauausführung wurde der Reichspostbaudirektion Berlin (RPBD) am Reichstagsufer übertragen, zumeist vertreten durch Postbaurat Alois Maier. Die „Planung und künstlerische Oberleitung“ verblieb in den Händen von Walther Schmidt und Georg Werner vom Postministerium. Oft gab es Kompetenzgerangel, zumal am Ort noch eine eigene „Neubauleitung Forschungsanstalt“ gebildet wurde, an der Spitze der Privatarchitekt Leopold Kriwetz, der sich im Stab von Herbert Rimpl beim Aufbau der „Reichswerke Hermann Göring“ einen Namen gemacht hatte. Als Vergütung wurden ihm bei einer Bauzeit von drei Jahren 13.300 RM angeboten. Das verständliche Ersuchen der RPBD, entweder von Kriwetz Abstand zu nehmen oder ihm die gesamte technische Verantwortung zu übertragen, wurde vom Ministerium zunächst abgelehnt. Erst im Mai 1941 erhielt Kriwetz die technische Oberleitung, als Folge heftiger Vorwürfe des Ministers gegen die RPBD, die Bauarbeiten durch Untätigkeit zu verzögern<sup>39</sup>.

Ein wesentlicher Teil der Bautätigkeit fällt in die Zeit des Kriegsbeginns, in der sich das Forschungsgebiet erheblich erweiterte. Neben einem Amt für Wellenausbreitung (Ionosphärenforschung, Strahlenmessungen) wurde ein Amt für physikalische Sonderfragen (Kernphysik) eingerichtet. Man beschäftigte sich mit Hochfrequenztechnik für Nachrichten und Fernsehen, Fernsehaufnahmen und Funkmeßprogrammen für Luftaufklärung und Nachtjäger, fernsehgestützter Panzer- und Raketensteuerung, Infrarot-Nachtsichtgeräten, Abhörtechnik und Entschlüsselung von Geheimcodes. Am Anfang des Krieges kaufte die RPF sogar ein eigenes Flugzeug an. Bei der Ehrung von Minister Ohnesorge als „Pionier der Arbeit“ am 1. Mai 1941 wurde besonders sein Beitrag zur Schaffung eines modernen Navigationssystems für die Luftwaffe gewürdigt. Im Zusammenhang mit Materialbedarfsmeldungen ist von dem „Nordpolprogramm“ und dem „Adolf-Hitler-Panzerprogramm“ die Rede. Speer meint in seinen „Erinnerungen“, neben der SS sei nur noch die RPF mit der Vorbereitung einer deutschen Atombombe befaßt gewesen. Hitler blieb gegenüber der Erforschung der Kern-



*Blick vom Norden auf ein Institutsgebäude der Forschungsanstalt mit Verbindungsgang, Foto: Hubert Faensen.*

spaltung freilich skeptisch. Er soll geäußert haben: „Soweit kommt es noch, daß der Reichspostminister für mich den Krieg gewinnen muß“<sup>40</sup>.

Die Reichspost arbeitete eng mit der SS zusammen. Minister Ohnesorge bestätigte Himmler in seinem Brief vom 25. Oktober 1941 eine Reihe von Gesprächen mit SS-Führer Gottlob Berger. Sie führten zunächst - gegen den Protest von NSDAP-Reichsleiter Martin Bormann und SA-Chef Viktor Lutze - dazu, Berger militärisch den gesamten Postschutz zu unterstellen, der eine „Friedensstärke“ von 45.000 Mann besaß. Aber Ohnesorge ging es um mehr, nämlich um „eine totale Zusammenarbeit und ein Ineinanderaufgehen“. Er bot Himmler die Ergebnisse der von ihm eingerichteten Post- und Funküberwachung an, überwies dem Etat der SS mehrfach Millionenbeträge und leistete der Waffen-SS aus dem Personal- und Kraftfahrzeugbestand der Post „Fronthilfe“. Im Februar 1943 erwog Berger, ein Nachrichtenregiment „Ohnesorge“ aufzustellen und an die Spitze Staatssekretär Nagel als SS-Obersturmführer der Reserve zu stellen. Nach dem Krieg sollte die ganze Forschungsanstalt in das Wirtschaftsimperium Himmlers übergehen.

Verständlich im ... R. ...  
Schriftliche ...  
Nr. 06.1 220

DER REICHSPOSTMINISTER

BERLIN W 66. den 6. Juni 1944  
LEIPZIGER STR. 10

Herrn  
Reichsminister und Reichsführer-SS  
Heinrich Himmler

Berlin NW 7

2 Anlagen *in RF 4 u. f.*

Lieber Parteigenosse Himmler!

Sie kennen meine Bestrebungen, mit Hilfe unserer Hochfrequenzwissenschaft und -technik, die seit Jahrzehnten in meiner Verwaltung führend gepflegt wird und dort hervorragende Wissenschaftler und Erfinder hervor gebracht hat, der kämpfenden Truppe Hilfsmittel zu schaffen und vor allem mit unseren eigenen Erfindungen die gleichartigen Bestrebungen auf der Gegenseite zu schlagen.

Einige der hierbei erzielten Ergebnisse habe ich in 2 Berichten zusammengefaßt. Diese Berichte sind von mir an den Führer gesandt worden. Ich überreiche Ihnen hiermit Abschriften dieser 2 Berichte, aus denen Sie die Bedeutung dieser Erfindungen ersehen können mit der Bitte, falls Sie es für angebracht halten, beim Führer für diese Sache einzutreten.

Den Hauptwert müssen wir, glaube ich, allerdings darauf legen, aus der Überfülle von Organisationen und Personen, die sich mit Hochfrequenzfragen der 3 Wehrmachtsteile be fassen, eine zentrale verantwortliche beratende Stelle her auszuheben, für welche nur meine Verwaltung in Frage kommen kann.

Wir würden uns damit dem englischen Vorbild in der Organisation wenigstens nähern, bei welcher die gesamte Hochfrequenzwissenschaft entscheidend beim englischen Generalpostmaster liegt und mit deren Hilfe die Erfolge der Feinde zustande gekommen sind.

Mit herzlichsten Grüßen und  
Heil Hitler!  
bin ich Ihr ergebener

Schreiben von Minister Ohnesorge vom 6. Juni 1944 an den Reichsführer SS Himmler, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde.



Um das Bündnis zu festigen, übermittelte Ohnesorge an Himmler zur Weiterleitung an Hitler die Abhör- und Dechiffrierergebnisse, die aus der funktechnischen Überwachung des Telefonverkehrs zwischen den USA und England gewonnen wurden. So hatte die RPF unter der Leitung von Postrat Dipl. Ing. Vetterlein den Schlüssel des amerikanischen „Bella-A-3-Inverters“ geknackt und am 29. Juli 1943 ein Funkgespräch zwischen Roosevelt und Churchill abgehört, das den Sturz Mussolinis und geplante Kontakte zum italienischen König betraf. Diese Information wurde entscheidend für die Gesamtstrategie der deutschen Kriegsführung in Südeuropa<sup>41</sup>.

Die auf drei Jahre geplante Bauzeit ließ sich wegen der Erschwerisse der Kriegswirtschaft nicht einhalten. Zuerst geriet die Anlieferung von Zement ins Stocken und erhielten die Arbeitsämter Berlin und Teltow die Möglichkeit, Arbeiter der beteiligten Baufirmen anderenorts dienstzuverpflichten. Der Anfang 1940 geplante Einsatz polnischer „Fremdarbeiter“ scheiterte, weil sie wegen der Geheimhaltungsvorschriften nicht auf dem Gelände der RPF untergebracht werden durften. In den Akten finden sich mehrfach Schreiben des Direktors der Reichspostbaudirektion Schreiber an Oberbaurat Schmidt im Ministerium mit Hiobsnachrichten und der Bitte, beim Generalbevollmächtigten für die Bauwirtschaft die Einstufung in die Dringlichkeitsstufe 1a zu erwirken. Im Verlauf des Kriegs weitete sich der Personalausfall auf den gesamten Bereich des Post- und Fernmeldewesens aus, weil Rüstungsminister Fritz Todt und seit Februar 1942 dessen Nachfolger Speer immer wieder Arbeitskräfte für den Bedarf der Rüstungsindustrie abzogen. Selbst das Bündnis mit Himmler verhalf Ohnesorge zu keiner Besserstellung.

Bis Anfang 1941 waren sieben Dienstgebäude und das Wohnhaus des Präsidenten im Rohbau fertiggestellt. Beim Innenausbau kam es zu erheblichen Schwierigkeiten, weil die Genehmigungen immer wieder in der Rangfolgeliste zurückgestuft wurden. Minister Todt erklärte Ohnesorge im März 1941, er sei nur für den „reinen Bauvorgang“, nicht für die „Einrichtung“ zuständig. „Der beste Weg ist immer noch der der Selbsthilfe“. Auch die Fürsprache hoher Militärs, wie des Rüstungsbeauftragten der Luftwaffe Generalfeldmarschall Erhard Milch brachte das Vorhaben nicht voran. Schließlich einigte man sich mit dem Beauftragten des Generalbauinspektors und der Bauüberwachung im Wehrkreis, die Institutsgebäude 2 und 3 vorzuziehen, in denen ausschließlich Wehrmachtsaufträge höchster Dringlichkeit ausgeführt wer-

den sollten. Die „Freistempelung“ erfolgte unter der Bedingung, „in einfachster Form“ und ohne Rücksicht auf die „Schönheit der Arbeit“ zu bauen, ohne daß die Postbauräte sie beachtet hätten. Mitte 1942 waren die beiden, mit einer Restbausumme von 380 RM eingeplanten Institutsgebäude bezugsfertig. Die Sachgebiete Fernsehen und Elektronenoptik konnten nun ihre Forschungen für fernsehgesteuerte Luftaufklärung und Funkmeßtechnik in Kleinmachow durchführen.

Der Präsident der RPF Gerwig suchte weiter nach Auswegen. Am 12. August 1941 reichte er bei den örtlichen Behörden den Antrag ein, außerhalb des Hakeburg-Geländes, jenseits des Teltowkanals auf dem sogenannten Weinberg ein eingeschossiges Gebäude für ein Institut für Röhrentechnik zu genehmigen: „Diesmal waren sich alle zuständigen Stellen einig und lehnten einhellig diesen Antrag ab, da Grünflächen und Teile des unter Landschaftsschutz stehenden Bäketales von den Baulichkeiten mit berührt worden wären. 1942 wird der Antrag nochmals gestellt, diesmal für ein Gelände westlich des Stahnsdorfer Dammes; auch hier wird er abgelehnt.“ (D. Mehlhardt)<sup>42</sup>

Ein Bericht, den Bauleiter Kriwetz im September 1942 über Schadensfälle zusammenstellte, zeigt, daß trotz aller Hemmnisse der Innenausbau der anderen Institutsgebäude vorangekommen sein muß. Hier ist vom Kunststeinbelag der Treppen, von eichenen Eingangstüren, von gefliesten Toiletten, von Waschmaschinen und von elektrischen Schalttafeln die Rede. Offiziell waren die Bauarbeiten freilich eingestellt, so daß der Präsident der RPF auf die sofortige Aufnahme der Institutsgebäude 4 und 5 und des Maschinenhauses in die Dringlichkeitsliste drängte. Schließlich erwirkte Ohnesorge im Herbst 1942 bei der Vorführung kriegswichtiger Geräte und einem „Vortrag“ vor dem „Führer“, an dem Speer teilnahm, die Anordnung, daß die „Fertigstellung der RPF mit aller Dringlichkeit zu fördern“ sei. Speer mußte nun die Weiche für die Genehmigung der restlichen Innenausbauarbeiten und der Fertigstellung der Verbindungsgänge stellen.

Trotzdem gab es neue Verzögerungen. Den Baufirmen wurden von den Arbeitsämtern keine Hilfskräfte zugewiesen. Am 21. November 1942 wandte sich Ohnesorge schriftlich an SS-Gruppenführer Berger, der als Leiter des Postschutzes eine Dienststelle „im Haus“ des Postministeriums besaß, und bat um „Zuweisung“ von 40-50 KZ-Häftlingen. Sie sollten für drei bis vier Monate die Bauhilfsarbeiten übernehmen<sup>43</sup>. Die Frist wurde später verlängert. Von Januar 1943 bis Kriegsende war dann eine Gruppe von Häftlingen des KZ Sachsenhausen auf dem Gelände

Berlin W 66, den 21. November 1942

Min/St/V b 6044-3

RECHEN- R. P. F. A. REWEK 40
NR. 12942

Sofort!

Reinsicht: 2/11/42  
Dergl.: 2/11/42  
Hilfsf.:  
30.11.42

An  
Herrn SS-Gruppenführer  
und Generalleutnant der  
Waffen-SS Berger

in Hause.

Zuweisung von KZ-Häftlingen  
als Bau-Hilfsarbeiter für das  
Bauvorhaben Forschungsanstalt der  
DFP in Klein-Machnow.

Verf. Bell 19.11

Sehr geehrter Herr General-  
leutnant Berger!

Bei einer Vorführung kriegs-  
wichtiger Apparate, die in der  
Forschungsanstalt der (DFP) ent-  
wickelt worden sind, hat der Führer  
angeordnet, daß die entsprechenden  
Arbeiten mit aller Dringlichkeit  
zu fördern und hierzu die restlichen  
4 Institutsgebäude der Forschungs-  
anstalt auf dem Gelände in Klein-  
Machnow fertigzustellen sind. Auf  
meinen Antrag hat der Generalbevoll-  
mächtigte für die Regelung der Bau-  
wirtschaft die Fertigstellung des  
Bauvorhabens unter der Kenn-Nr.

III H p 4 in die Wehrkreisrangfolge-  
listen aufgenommen. Die Durchführung der  
Bauarbeiten wird jedoch dadurch sehr er-  
schwert, daß den beteiligten Baufirmen

nicht

nicht genügend Bau-Hilfskräfte zur Verfügung  
stehen und durch das Arbeitsamt auch nicht  
zugewiesen werden können. Diesem Mangel an  
Hilfskräften könnte durch den Einsatz von  
KZ-Häftlingen als Bau-Hilfsarbeitern auf der  
Baustelle begegnet werden. Ich bitte Sie  
dehalb um Ihre Vermittlung zur Zuweisung  
von 40-50 KZ-Häftlingen auf etwa 3-4 Monate.  
Die Einzelheiten des Einsatzes der Häft-  
linge werden am zweckmäßigsten von der zu-  
ständigen Stelle des Reichsführers SS unmit-  
telbar mit der Bauleitung der Forschungs-  
anstalt der DFP in Klein-Machnow (Fern-  
sprecher 85 1250) geregelt werden.

Da der Einsatz der Kräfte zugunsten  
eines Bauvorhabens von besonderer Kriegs-  
wichtigkeit und von großer Dringlichkeit er-  
folgen soll, wäre ich Ihnen für eine baldige  
zusagende Antwort besonders dankbar.

Heil Hitler!

Min

St

V b

N.D.A. - Sofort!

SS

Techn.B.B. (Bx11) 1/11/42

Bauleitung Forschungs-  
anstalt Klein-Machnow  
21.11.42

Techn.B.B. (Bx11) 1/11/42

Schreiben von Minister Ohnesorge vom 21. November 1942 an  
SS-Gruppenführer Berger, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde.

tätig. Im Frühjahr 1943 konnten die Sachgebiete Meßtechnik, Emp-  
fangstechnik und Akustik ihre Arbeit in Kleinmachnow aufnehmen und  
vier Wohngebäude an die Nutzer übergeben werden.

Die Unterkunftsräume für die Häftlinge und die Wachmannschaft,  
neun Männer des SS-Postschutzes und zwei Unterführer, befanden sich  
im Kellergeschoß von Haus 4. Hier wurden, vermutlich wegen der  
strengen Bewachung, auch Fliesen, Glasplatten, Mosaik und Geheim-  
akten eingelagert. Bauleiter Kriwetz notierte am 6. Juli 1943, die Arbeit  
an einer Netzersatzanlage (Diesel-Aggregat) sei „einmal durch Qua-  
rantäne-Verhängung über KZ-Hilfskräfte (Fleckfieber) unterbrochen“  
worden<sup>44</sup>. Aus Haus 4 wurde bei Kriegsende Forschungsmaterial in die  
sogenannte Alpenfestung abtransportiert, das Gebäude selbst wurde

gesprengt. Aus den Akten ist weiter zu ersehen, daß in den Werkstätten der RPF französische Kriegsgefangene arbeiteten. Eine SS-Wache holte sie täglich aus ihrem Lager am Bahnhof Albrechtshof (Dreilinden) ab und brachte sie zurück.

Erstaunlicherweise kam es zu keinem Fliegerangriff auf die RPF. Aber die Sprengbomben, die 1943 und 1944 in der Nähe explodierten, führten zu Glasbruch, Schäden der Türen und erheblichen Rissen in den Decken und Wänden. Die letzten Baumaßnahmen galten der Tarnung und dem Luftschutz. Sandflächen und Erdaushub wurden mit Humus überzogen und mit Gras besät, Dächer und Straßen „dunkel gespritzt“, ein großer Feuerlöschteich wurde angelegt, der später als Freibad diente. Bald stellte sich heraus, daß die in den Kellergeschossen eingerichteten und vor den Fenstern mit einer 1 m starken Betonmauer abgesicherten Luftschutzräume den Vorschriften nicht genügten. Sie boten keinen ausreichenden Schutz. Die Belegschaft begab sich in den unterirdischen Versorgungstunnel zwischen den Häusern 1 und 6. Da aber die Gefahr bestand, daß ein Heißwasserrohr platzt und eine Katastrophe auslöst, mußte eine andere Lösung gefunden werden: der Bau eines etwa 114 m langen und gekrümmten „Stollens“ 12 m unter dem Seebergplateau. Die Planungsunterlagen sprechen von einer Abstützung durch 1,20 m breite und 2 m hohe Holzrahmen „dicht an dicht“, deren Rundhölzer man im Gelände schlagen könne, von zwei Eingängen in der Nähe von Haus 1, einem Notausgang aus Betonringen mit Steigeisen und von einer Zu- und Abluftanlage mit Ventilatoren<sup>45</sup>. Ob und wie weit der Plan zur Ausführung gelangte, ist dem Verfasser nicht bekannt.

## 11. Denkmalwert des Architektur-Ensembles

Auf die Forschungsanstalt treffen alle Merkmale eines städtebaulichen Ensembles zu. Die Anpassung der Neubauten an das Geländeprofil und den dichten Baumbestand des Seebergs war zunächst aus Gründen der Geheimhaltung und der Deckung gegen Fliegersicht geboten. Sie stimmte zugleich überein mit dem reformerischen Ideal der „Naturhaftigkeit“ neuen Bauens, aber auch mit der nazistischen „Blut-und-Boden“-Romantik. Die einmalige, lockere und elegante Ordnung, die Walther Schmidt fand, geht über eine rein funktionalistische Lösung hinaus. Sie nutzte beste Traditionen städtebaulicher Reformprogramme vor der Nazi-Zeit (Stuttgarter Schule, „Zehner-Ring“ in Berlin, Heinrich Tessenow, Bauhaus), die Schönheit des Raums in der Einheit von Zweck, Bauform und Landschaft zu inszenieren - freilich im Dienst der Aufrüstung des NS- Regimes. Die Anerkennung architektonischer Leistungen läßt sich aus dieser politischen Vernetzung nicht herauslösen, die oft gegen persönliche Intentionen wirksam war.

Gegliedert ist das Ensemble durch zwei Straßen, die A-Straße über den Seeberg und die B-Straße entlang der nördlichen Ebene. Zwei Haupttore dienen als Zufahrten aus dem Westen und Osten, ursprünglich verbunden mit Pfortnerhäusern, zudem existierte ein Nord-Tor. Statt der anfangs geplanten 12 wurden nur sieben Dienstgebäude ausgeführt, bei sechs die Längen von 80 auf 60 m verkürzt und die Höhen vermindert. Auf das große Verwaltungsgebäude im Zentrum und eine Kraftfahrzeughalle am Osttor, im Grundriß halbrund und 120 m lang, die sich um einen Wagenwaschplatz zieht, wurde ganz verzichtet. Am westlichen Rand befinden sich außerhalb der jetzigen Abgrenzung drei eingeschossige Doppel-Wohnhäuser. Nicht erhalten hat sich das Wohnhaus des Präsidenten der RPF. Das Bauern- und das Gärtnerhaus in der Nähe der östlichen Einfahrt stammen noch aus Hakes Zeit und gehörten ursprünglich samt dem Gelände um den Spandauer Teich zum Grundstück des Reichspostministers, der eine Bitte der RPF nach Einrichtung einer eigenen Gärtnerei sogar abschlug. Mit der Übereignung an die SED wurde das östliche Gebiet dem Parteischulgelände zugeordnet, so daß sich der Grenzzaun heute direkt an der Zufahrt zur Hakeburg entlangzieht.



*Blick in den Verbindungsgang zwischen den sechs Institutsgebäuden, Foto: Hubert Faensen.*



*Nördlicher Kopfbau von Haus 2 der Forschungsanstalt mit festungsartigem Gitterfenster, Foto: Hubert Faensen.*



*Südlicher Kopfbau (Querriegel) von Haus 2 der Forschungsanstalt mit Mosaiktafel, Foto: Hubert Faensen.*

Die sechs langgestreckten Institutsbauten gehen strahlenförmig im Viertelkreis vom Seeberg aus und werden von Westen nach Osten nummeriert. An beiden Querseiten befinden sich Kopfbauten. Die südlichen sind als Querriegel in den Hang hinein gebaut und an der Giebel- bzw. Eingangsseite 1 1/2-geschossig ausgeführt, so daß man von der A-Straße in ein oberes Geschoß gelangt, von dem die repräsentative Haupttreppe hinab und nicht hinauf führt. Zwischen den Bauten breiten sich in der Ebene trapezförmig fünf große Gartenanlagen aus. Die Erdgeschosse sind nochmals direkt durch einen langen Gang verbunden, der unter einem begrünten Terrassendach verläuft, in einem Tunnelgeschoß Leitungstrassen enthält und im Südwesten in einem Wintergarten endet. Hier kann man unter dem Straßenniveau von einem Gebäude ins andere kommen. Der Verbindungsgang ist eine Stahlbetonkonstruktion, die zugleich den Hang abstützt. An der Nordseite öffnet sich eine Natursteinmauer durch halbrunde, fünfgeteilte Fenster zu den Gartenanlagen. Von der B-Straße in der Ebene erreicht man die rückseitigen, nördlichen Kopfbauten an den Gebäudeenden mit einem Nebentreppenhaus. Die Anlage sollte nach dem Krieg gegen Osten hin durch drei weitere Gebäude ergänzt werden. 1943 stellte man hier eine Wirtschaftsbaracke auf.

Vergleiche in der Überschaubarkeit, Großzügigkeit und im Naturbezug des Ensembles bieten sich an zu den „Reichswerken Hermann Göring“ samt Siedlungen in Salzgitter, zu den Heinkel-Werken Oranienburg (beider Architekt Herbert Rimpl, Industrieanlagen Salzgitter Ernst Sagebiel) und zum „Luftgaukommando Dresden“ (Wilhelm Kreis). Auch architektonische Ähnlichkeiten sind nicht zu übersehen: Der sachlichen Rationalität technischer Nutzbauten werden Würdeformeln der NS-Architektur versatzstückartig hinzugefügt, sozusagen als „Gesten einer aggressiven Wirtschaftsmacht“.

Die Neue Hakeburg, der ehemalige Wohnsitz des Ministers, korrespondiert nicht nur topographisch und historisch, sondern auch ästhetisch mit dem NS-Ensemble. Der von Minister Ohnesorge 1937-38 mit der Gestaltung der Repräsentationsräume beauftragte Ministerialrat Georg Werner war der unmittelbare Vorgesetzte von W. Schmidt, vermutlich an der Planung beteiligt und bis zuletzt in die künstlerische Oberleitung der RPF-Bauten einbezogen. Die Türeinfassungen aus Muschelkalkstein finden sich in gleicher Form im Erdgeschoß der Hakeburg und an der südlichen Eingangszone der Institutsbauten. Aber auch Ähnlichkeiten im äußeren Erscheinungsbild dürften nicht zufällig sein: Die robusten Natursteinblenden und festungsartigen Fensterformen

greifen die Idee des Wehrbaues auf, die Bodo Ebhardt am Wohnschloß zum Ausdruck bringen wollte. Eine Stilverwandtschaft besteht im Eklektizismus bzw. Historismus der wilhelminischen und der Nazizeit.

Die Institutsbauten sind 60 m lang und 16 m breit, weisen Keller-, Erd-, Ober- und ein niedriges Dachgeschoß auf und werden durch ein sattelförmiges, ursprünglich vorkragendes Pfettendach abgeschlossen. Das Tragwerk aus Stahlbeton bleibt in der roten Ziegelausfachung bzw. Klinker-Verblendung sichtbar, mit Ausnahme der Kopfbauten, wo Muschelkalkstein die Betonstreifen ersetzt. Die Räume im Längstrakt gehen zu beiden Seiten von dem zentral verlaufenden Flur ab, in den Kopfbauten gruppieren sie sich um das Treppenhaus. Die „steinsichtige“ Materialbehandlung, die Statik, die archaisierende Verblockung der Kopfbauten und deren Tür- und Fensterformen verweisen auf Erhabenheit und Beständigkeit. Trotz der kriegsbedingten Schwierigkeiten ist nichts von der Sparsamkeit zu bemerken, die Speer ab 1943 bei Neubauten forderte. Bei der Qualität und Lebensdauer der eingesetzten Materialien ist man eher an eine Hitler-Rede von 1938 erinnert: „... wir bauen für die Zukunft. Daher muß groß, solide und dauerhaft gebaut werden“. Stahlbeton mit Natursteinverkleidung - das sollten auch in Kleinmachnow „Bauten für die Ewigkeit“, für das „tausendjährige Reich“ werden.

Von Walther Schmidt (1899 - 1992) wissen wir wenig. Nach dem Krieg war er als Stadtbaurat in Augsburg und Herausgeber der Zeitschrift „Bauen und Wohnen“ tätig. Vor der RPF entwarf er einige Amtsbauten der Reichspost, u.a. in München, Ismaning und Berchtesgaden. Da er dem Neuen Bauen verpflichtet war, könnte man annehmen, er habe seine architektonische Konzeption unter dem NS-Regime zu verwirklichen versucht, zumal er 1939 bei der Behörde Speer wegen „antifaschistischer Haltung und übler Hetze“ denunziert wurde (Bericht von Rudolf Wolters). Aber die Riege um A. Speer, R. Wolters, H. Rimpl usw. protegierte und engagierte für Rüstungsbauten gern Mitarbeiter, die früher in Projekten der verfemten Moderne tätig gewesen waren, nachdem man antifaschistische Zeitfiguren wie Walter Gropius, Mies van der Rohe, Bruno Taut diffamiert und vertrieben hatte. Der Rüstungsbau war einerseits politische „Nische“ bzw. Zuflucht, um beruflich zu überleben, andererseits Experimentierfeld im Dienst des NS-Regimes, unter Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen. Gerade dieser ambivalente Charakter macht das Kleinmachnower Objekt architekturhistorisch und künstlerisch besonders interessant und wichtig. Die Herkunft und der hervorragende Rang, den ehemalige NS-Architekten beim Wiederauf-



bau nach dem Krieg einnehmen, zeigen, daß sich eine scharfe Trennung zur Moderne ohnehin nicht ziehen läßt<sup>46</sup>.

Bei der Interpretation der NS-Architektur haben sich die „Modi“ als kunstgeschichtliche Grundbegriffe durchgesetzt: Die Stilformen richteten sich nach Bauaufgaben, Zwecken und Benutzern. Klassizistische oder archaisierende Formen dienten der Repräsentation von Partei und Staat, bodenständige „Landschaftsformen“ dem Wohnungs- und Schulungsbau und funktionalistische, vom Neuen Bauen übernommene Formen dem technisch-industriellen und wissenschaftlichen Betrieb. Hitler meinte, man dürfe eine Fabrik nicht ausführen wie die Reichskanzlei, trotz der grundsätzlichen Ablehnung der Moderne konnte er sich „für einen Industriebau in Glas und Stahl ... geradezu begeistern“ (Speer). In der Baupraxis wurde das Miteinander und Ineinander der drei „Modi“ erprobt. Man kombinierte die verschiedenen Sprachebenen als Medium politischer Propaganda. So ist der Eklektizismus zu erklären, auch in Kleinmachnow.

Wie bei den Göring-„Reichswerken“ in Salzgitter und beim „Luftgaukommando“ Dresden verbindet sich bei den Institutsgebäuden in Kleinmachnow der Funktionalismus technischer bzw. militärischer Rüstungsbauten mit NS- Würdeformeln. Die Fassaden der Längstrakte mit ihrer sichtbaren Konstruktion und ihrer dichten, uniformen Reihung der Fenster wirken offen, sachlich und kühl. Sie demonstrieren die von den Nationalsozialisten propagierte „Schönheit der Technik“. Dagegen symbolisieren die archaisierenden, kantigen Kopfbauten die Aura des wissenschaftlichen Geheimnisträgers. Sie verbergen, welche Aktivitäten sich im Inneren abspielen. Die alltägliche Arbeits- und Forschungsstätte sollte zugleich monumentaler „Tempel“, sollte Arkanum sein. Die Verblockung zum 20 m breiten Querriegel, die Vorherrschaft der Wand über die Öffnung, die tief in die Mauerstärke einschneidenden, bunker- und gitterförmigen Fenster erwecken den Eindruck der Verschllossenheit.

Die Giebel- bzw. Schauseiten der Querriegel wirken in unterschiedlicher Art abweisend, trutzig, wehrhaft. Im Norden kontrastiert ein System kleiner, quadratischer Fenster zur ungegliederten Wandfläche und suggeriert eine imposante Höhe. Die horizontale Fensterreihe oben und die drei vertikalen Reihen über dem Eingang gleichen militärischen Marschkolonnen. Im Süden ist die mittlere Eingangszone von mächtigen Wandpfeilern eingerahmt und sattelförmig überdacht. Sie bleibt fensterlos und übernimmt das Hoheitsmotiv der Nische. Der flach abschließende Eingang befindet sich in einem Rahmen aus Muschelkalkstein. Zu beachten sind die festungsförmig durchfensterten Seitenwände.

Man fühlt sich an die romanisierenden NS-Ordensburgen Sonthofen (Hermann Giesler) und Vogelsang (Clemens Klotz) erinnert.

Das Nebentreppenhaus im Norden ist nüchtern und zweckmäßig. Wer dagegen im Süden von der A- und Hauptstraße aus ins Innere gelangt, wird hier düster und pathetisch in einer repräsentativen Halle empfangen. Die zweigeschossigen, dreiläufigen Treppenhäuser bilden den architektonischen Höhepunkt. Das verbliebene Material zeigt die Kostbarkeit der Ausstattung: Sollnhofer Schiefer in den Treppenhäusern und Gängen, Travertinbelag im Entree, dekorative Treppengeländer, doppelflügelige Holzkassettentüren.

Die Technik der Stahlbetonskelett-Konstruktion mit Ziegelausfachung bzw. Klinkerblenden ist in der Nazi-Architektur selten, wenn nicht einmalig. Bauten des italienischen Faschismus, mit dem Ohne-sorge besonders sympathisierte, könnten Vorbild gewesen sein. Ohne-sorge besuchte Italien offiziell freilich erst im Oktober 1941. Die gemeinsamen öffentlichen Auftritte mit dem „Duce“ Benito Mussolini - für einen Postminister außergewöhnlich - fanden in zahlreichen Fotos für Propagandaschriften der Reichspost ihren Niederschlag.

Gegenüber von den sechs Institutsgebäuden, etwas östlich vom Geländezentrum liegt der 80 m lange Techniktrakt. Er vereint das Heizhaus mit zwei Geschossen Werkstätten und einer Großgarage, die über eine Rampe zu erreichen ist. In Nähe des Schornsteins befindet sich - original erhalten - ein halbrunder, in zwei Zonen stark durchfensterter Treppenhausvorbau, ein graziöses Schauobjekt. Er steht optisch im Gegensatz zu der Reihe Drillingsfenster und zur schlichten Sichtmauerwerksfassade (Stahlbeton mit Klinkerverkleidung) des Längstrakts. Während der DDR-Zeit wurde das Gebäude im Osten erweitert. Zur Autarkie des Ensembles tragen das eigene Heizwerk, das seit Kriegsende auch die Hakeburg versorgt, ein Generator und eine eigene Wasserversorgung aus vier Tiefbrunnen bei.

Die drei eingeschossigen Doppelwohnhäuser im Westen des Geländes halten sich an den in der NS-Architektur üblichen „Modus“ des „Heimatstils“. Sie zeigen einfache, behagliche Formen. So ungemütlich man werden konnte, zuhause durfte man es sich gemütlich machen. Rote Klinker als Baumaterial entsprechen der regionalen Bauweise und zitieren zugleich die Konstruktion der Institutsbauten. Ein besonderes Gepräge erhalten die Wohnhäuser durch die vorgezogenen Eingänge mit seitlichen Rundfenstern sowie durch die Fledermausgiebel.

Über den Eingängen der fünf Institutsbauten, die den Krieg überstanden haben, sind 1,5 mal 2 m große Marmormosaiktafeln von Carl Crodel angebracht. Sie wurden 1940/41 ausgeführt und zeigen symbolische Darstellungen der Elemente: Die Luft, Die lebenden Wesen, Das Wasser, Das Gestein, Das Feuer. Die Türeinfassungen aus Muschelkalkstein finden sich in gleicher Form im Erdgeschoß der Hakeburg.

Das zentrale Bildwerk ist nicht vollendet worden, eine 11 m hohe und etwa 4 m starke „Bildsäule“ von Max Hoene (München), von dem das Petermann-Denkmal in Gotha und das Schönewolf-Denkmal in Istanbul stammen. Zum Thema, wie „der Mensch sich der Naturkräfte bemächtigt und seinen höheren Zwecken dienstbar macht“, sollten sich ringsum 46 „überlebensgroße“ Figuren mit einer Reliefhöhe von 20 cm gruppieren. Eine Inschrift „die sich zwischen das plastische Figurenwerk und den Erdboden einschiebt“, sollte den „Grundgedanken“ erläutern. Der Auftrag vom Frühjahr 1939 sah die Anfertigung von vier Modellen in den Maßstäben 1:200, 1:10, 1:3 und 1:1 vor, die Mitarbeit von eigener Hand, eine Arbeitszeit von drei Jahren, ein Honorar von 35.000 RM und eine „Gesamtabgeltung“ für Auslagen in Höhe von 15.000 RM. Statt des ursprünglich vorgesehenen „Hartgesteins“ - Porphyr oder Granit - mußte dann Muschelkalk genügen.

Das Vorhaben genoß die besondere Protektion von Ohnesorge, der den 60-jährigen Künstler im Mai 1944 vor der Einberufung zum Heeresdienst zu retten versuchte: Ohne Hoene könne die zum größten Teil bereits errichtete Säule nicht vollendet werden. Allerdings riskierte Ohnesorge mit seiner Intervention nicht viel. Sein Schreiben richtete sich nicht an eine entscheidende Instanz der Partei oder Wehrmacht, sondern an den Landesleiter der Reichskammer der bildenden Künste beim Landeskulturwalter Gau München Oberbayern, der vermutlich in dieser Sache ohne jeden Einfluß war. 25 Einzelblöcke des unvollendeten Werks mit roh herausgearbeiteten, heroischen Reliefdarstellungen und Runen-Schriftzüge haben sich erhalten<sup>47</sup>.



*Mosaiktafel „Das Wasser“  
von Carl Crodel über  
Südeingang zu Haus 3,  
Foto: Hubert Faensen.*

## 12. Die Idee mit dem Spielkasino

Bis heute ist unklar, warum die sowjetischen Truppen im Sommer 1945 das Hakeburg-Gelände rasch wieder räumten. Für eine Kaserne wäre es ideal gewesen. Vermutlich war die endgültige Grenzziehung zum amerikanischen Sektor noch nicht festgelegt. Kleinmachnow befindet sich wie Zehlendorf auf der nördlichen Seite des Teltowkanals, mit der sowjetischen Besatzungszone war es durch zwei Behelfsbrücken verbunden, und so befürchteten die Sowjets wohl, daß es West-Berlin zugeordnet werden könne.

Beim Wiederaufbau Berlins nach Kriegsende 1945 unterstellte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) die Post zunächst dem neu gebildeten Magistrat. Seine „Abteilung für Post- und Fernmeldewesen“ umfaßte auch Überbleibsel des Postministeriums sowie der Forschungsanstalt und arbeitete im nur wenig beschädigten Gebäude der früheren Reichspostdirektion Berlin-Charlottenburg. Die West-Alliierten bestätigten diese Verwaltungskonstruktion und verfügten am 17. Oktober, daß der Oberbürgermeister bis zu einer endgültigen Neuorganisation der Deutschen Reichspost verfassungsmäßig die Stellung eines „Delegierten“ des zukünftigen Staats einnehmen solle. Für das Hakeburg-Gelände meldeten sich zwei Herren, die Magistratspost Berlin und - gestützt auf die Provinzialverwaltung der Mark Brandenburg - das Gemeindeamt Kleinmachnow.

Die Magistratspost verfaßte nach Besichtigungen am 30. Juli und 2. August 1945 ein Übernahme-Protokoll, das sich auf den Wohnsitz des ehemaligen Ministers Ohnesorge beschränkt - eine ähnliche Notiz zur RPF hat sich nicht erhalten. Das Grundstück habe „während der letzten Kampftage schwere Schäden erlitten“. Pfortner- und Gärtnerhaus seien so gut wie unbewohnbar, im Park und im Gemüsegarten seien zahlreiche Bombenrichter sowie umgestürzte und zerfetzte Bäume anzutreffen. „Im Gärtnerhaus und auf dem Wege zur Burg liegen noch je ein großer Blindgänger. Weiter liegt noch ein großer Stapel Artilleriemunition gegenüber dem Pfortnerhaus.“ Gewehrmunition, Maschinengewehrurte und weitere Granaten wären über das ganze Grundstück verstreut und würden, soweit nicht explosionsverdächtig, von den Arbeitern zusammengesucht.

Die Hakeburg selbst war bei Kriegsende nicht stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Bericht der Post vermerkt Granateinschläge im Turm und erhebliche Fensterschäden. Das Gebäude sei „sofort für andere Zwecke wieder bewohnbar“. Im weiteren Text kündigte sich der Konflikt mit der Gemeinde an. Die „auf das Vornehmste ausgestattete“ Dienstwohnung Ohnesorges sei beschädigt und geplündert worden, zunächst durch die Rote Armee, dann durch die Ortsbevölkerung. Der Rest der Möbel sei von dem Bürgermeister von Kleinmachnow abgeholt worden. Der Bürgermeister habe sich „kurz nach dem Zusammenbruch in den Besitz des Grundstücks gesetzt“, eine Bewachung organisiert und Frauen zur Gartenarbeit eingesetzt. Auf die zu erwartenden „Erträgnisse“ aus dem Gemüse- und Obstgarten (etwa 15.000 qm mit mehr als 100 Bäumen) lege er großen Wert. Man habe ihn nun „unterrichtet“, daß die Magistratspost als Rechtsnachfolgerin des Reichspostministeriums das Gelände beanspruche und durch ihr eigenes, dort ansässiges Personal - Pförtner und Gärtner und deren Frauen - bewirtschaften lasse. Der Bericht schließt mit der Bemerkung, für das kommende Jahr sei ein „dauernder Zuschuß an Gemüse für die hiesige Küche“ zu erwarten<sup>49</sup>.

Am 6. August forderte die Magistratspost vom Bürgermeister nochmals schriftlich ihre Rechte ein, verlangte eine Liste der beschlagnahmten „Möbel und Ausstattungsgegenstände“ und teilte mit, sie benötige diese dringend für eigene Zwecke. Sie hatte sogar Erfolg; denn ein Aktenvermerk vom 5. August spricht davon, daß für das Verladen der Möbel vier Kraftwagen eingesetzt waren. „Alle beteiligten Kräfte waren angehalten, sich nicht von den Wagen zu entfernen. Bei Nachforschungen ist erst bekannt geworden, daß die Transportteilnehmer sich aus dem Garten Fallobst geholt haben sollen. Nicht zu beweisen ist, daß unsere Leute wie die Vandalen gehaust haben. Nachzuweisen ist jedoch, daß die Russen täglich ihren Bedarf, und zwar rücksichtslos, vornehmen“. Ganz ohne Reibung ging also der Eigentumswechsel der beweglichen Sachen nicht ab. Zum eigentlichen Konflikt kam es erst bei der Immobilie.

Im September 1945 stellte der Chef der Magistratspost, Stadtrat Kehler, das Wohnschloß, die Gärtnerei und den Park pachtweise dem Berliner Hauptamt für Sozialwesen zur Verfügung, um ein Altersheim einzurichten. Am 30. Oktober schrieb das Sozialamt zurück, es habe Verhandlungen mit der Gemeinde Kleinmachnow aufgenommen. Am gleichen Tag faßte das Präsidium der Provinzialverwaltung Branden-

burg den Beschluß, in der Hakeburg ein Spiel-Kasino zu eröffnen, unterzeichnet u. a. von dem späteren Ministerpräsidenten des Landes Dr. Karl Steinhoff, dem späteren Politbüromitglied der SED Heinrich Rau und dem späteren Innenminister Bernhard Bechler. Kurz vorher hatte mit Unterstützung des Kleinmachnower KPD-Bürgermeisters Hans Casagranda die erst am 19.10. in Berlin-Friedenau gegründete Berliner Kasino-Club GmbH um eine Konzession ersucht. Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverwaltung müssen sich von dem Spielbetrieb goldene Berge versprochen haben.

Der Präsidiums-Beschluß nennt folgende Bedingungen:

„a) Die ortsansässige Bevölkerung ist zum Besuch des Spielkasinos nicht zugelassen. Der Landrat des Kreises Teltow kann Ausnahmen bewilligen.

b) Als Spiele sind zugelassen Roulette, Trente-et-quarante, Ecarte' und Baccarat.

c) Das Unternehmen hat monatlich im voraus 25.000 RM an den Kreis Teltow zu zahlen und außerdem von dem monatlichen Reingewinn im voraus  $66 \frac{2}{3}\%$  mindestens im Verhältnis 1:3 an den Kreis Teltow und die Provinzialverwaltung.

d) Das Unternehmen untersteht der polizeilichen Aufsicht des Landrats, der auch die Spielordnung genehmigt.

e) Den Beauftragten der Provinzialverwaltung sind zu jeder Zeit der verlangte Einblick in den Betrieb zu gewähren und die gewünschten Auskünfte zu erteilen, sowie die Geschäftsbücher zur Einsicht vorzulegen.“

Kreis und Provinzialverwaltung wollten sich die Steuern teilen, von einem Anteil der Gemeinde ist nicht die Rede.

Parallel liefen Verhandlungen zur Nutzung der ehemaligen Forschungsanstalt. Ihre Gebäude waren trotz der Kriegseinwirkungen noch zu etwa 80 Prozent instand. Am 8. November 1945 schickte der in Kleinmachnow ansässige TU-Professor Georg Müller ein Schreiben an Bürgermeister Casagranda, er habe „im Auftrag der Reichspost“ der Reichsbahn zu Haus 5 verholten. Hier sei eine Verkehrsakademie mit Internat eingerichtet worden. In das Haus 1 werde das „Berliner Technische Büro“ der Automobilindustrie einziehen, in das Haus 6 er selbst mit seinem Institut für Verkehr und Städtebau und mit weiteren Forschungsinstituten der TU Charlottenburg. Den Gewerkschaften sei vor-

geschlagen worden, im Haus 2 ein „Haus der Erfinder“ einzurichten. Das Endziel sei, auf dem Seeberg eine „Sammelstätte der wissenschaftlichen Forschung zu schaffen“<sup>50</sup>.

Die Zeitung „Der Berliner“ brachte in ihrer Ausgabe vom 24. November 1945 einen Artikel unter der sensationellen Aufmachung „Ein Schloß wird Spielkasino“, „Millionen-Umsätze erwartet“, „Einsatz 2-2.000 Mark“. Bis zu eine Million Mark sollten in der Hakeburg monatlich umgesetzt werden, 4.000 Chips seien in Auftrag gegeben. Die hohen Steuererträge, ungefähr sechs Millionen Mark jährlich, sollten dem Land und dem Kreis „für Aufbauzwecke“ zufließen. Kein Wunder, daß sich das Gemeindeamt benachteiligt fühlte und Aktivitäten zu seinen Gunsten entfaltete.

## 13. Die Tricks des Bürgermeisters

Der stellv. Bürgermeister von Kleinmachnow diktierte am 30. November 1945 ein Protokoll, nach dem der Direktor und Geschäftsführer des Kasino-Clubs Berlin-Friedenau, Otto Beyers, den notariell beglaubigten Gesellschaftsvertrag vom 19. Oktober 1945 mit einem Stammkapital von einer Millionen RM und den Genehmigungsbeschuß der Provinzialverwaltung vorgelegt habe. Er habe auch zugesichert, mit Aufnahme des Betriebs im Januar 1946 direkt an die Gemeinde eine monatliche Abgabe von mindestens 10.000 RM zu zahlen, „unbeschadet der Ansprüche der Gemeinde gegen die Provinzialverwaltung und den Kreis“. Zur Behebung der Verkehrsschwierigkeiten sollten täglich ab 12 Uhr mittags drei Omnibusse zwischen S-Bahnhof Zehlendorf und Hakeburg einen Pendelverkehr durchführen. Der Berliner Magistrat sollte in einem Abkommen auf die Einrichtung eines Altersheims verzichten.

Der Leiter der Gemeindekasse Siebenpfeiffer verfaßte am 8. Dezember für den Bürgermeister eine Notiz über ein Gespräch mit KPD-Landrat Meschkat: „Der Unterzeichnete brachte in geeigneter Weise zum Ausdruck, daß die Gemeindeverwaltung über den für sie vorgesehenen finanziellen Anteil nicht ganz zufrieden wäre. Der Herr Landrat erklärte, daß die Gemeinde monatlich fest RM 10.000 erhalten würde und darüber hinaus monatlich 50.000, von denen allerdings die Hälfte den Opfern des Faschismus zufließen würde.“ Man teilte daß Fell des Bären, ehe man ihn erlegt hatte. In dem gleichen Aktenvermerk ist zu lesen, „daß die russische Kommandantur ihre Genehmigung zur Eröffnung noch nicht gegeben hat“ und trotz weiterer Anstrengungen der Provinzialverwaltung „vorerst mit einem Zustandekommen des Projekts nicht gerechnet werden kann“.

Der Kasino-Club muß an dem Verfügungsrecht der Gemeinde und der Provinzialverwaltung gezweifelt haben. Er wandte sich nämlich am 10. November 1945 parallel an die Magistratspost in Berlin-Charlottenburg und bat, die Hakeburg entweder kaufen oder pachten zu können. Die Provinzialverwaltung und - was geprahlt war - die SMAD hätten die Konzession zur Eröffnung des Spielbetriebs bereits erteilt. Die



Abteilung Post und Fernmeldewesen des Magistrats lehnte am 17. November den Antrag mit Hinweis auf das geplante Altersheim ab.

Bald stellte sich heraus, daß eine ganz andere Instanz zuständig war. Ende Juli 1945 hatte die SMAD im schwer beschädigten Gebäude des ehemaligen Ministeriums in der Leipziger- und Mauerstraße die Zentralverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen in der sowjetischen Besatzungszone (ZVPF) gegründet, die sich für kurze Zeit die Magistratspost unterstellte und eine „Verwaltung des Sonderbeauftragten für die Abwicklung des Reichspostministeriums, des Reichspostzentrums und der Reichspostforschungsanstalt“ unterhielt. Zuständigkeits halber wurde am 12. Dezember die Oberpostdirektion (OPD) Potsdam, zuvor Abteilung für Post- und Fernmeldewesen in der Brandenburger Provinzialregierung, mit der Verwaltung des Besitzes auf dem Seeberg beauftragt. Am 16. Januar 1946 verfaßten die Potsdamer einen ausführlichen Bericht zum Zustand der Gebäude und zum Personalbestand. Hier heißt es, die Hakeburg habe unter den Kampfhandlungen stark gelitten. „Von dem Mobiliar - vom Fußboden bis zu den Beleuchtungskörpern - ist nichts mehr vorhanden“. Die OPD Potsdam setzte einen eigenen Verwalter ein, führte am 18. Januar 1946 eine Unterredung mit Direktor Beyers, gab die Verhandlungen mit dem Kasino-Club aber bald an die ZVPF in Berlin ab<sup>51</sup>.

Bürgermeister Casagrande ließ sich durch den neuen Gegner nicht schrecken. Vermutlich ermutigte ihn die politische Unterstützung vom Kreis und vom Land zu einem Handstreich: Anfang Dezember 1945 erschien er mit einem russischen Major beim Pförtner der Hakeburg Gericke und ließ mitteilen, das Grundstück sei sowjetischer Besitz und der Zutritt ohne Genehmigung verboten. Unter Berufung auf Befehl Nr. 124 des Obersten Chefs der SMAD über die Beschlagnahme von Nazi-Besitz, übernahm er am 12. Januar 1946 das gesamte Gelände in die treuhänderische Verwaltung der Gemeinde. Als „Treuhänder“ bzw. Verwalter bestellte er den Gemeindevertreter- und KP-Vorsitzenden von Kleinmachnow Hermann Borkamp, bis dahin Mitarbeiter der Forschungsanstalt. Borkamp tritt in den Akten schon Ende 1945 in Erscheinung, weil er beim Landrat die Auslichtung des Waldbestandes durch das betreuende Postamt Zehlendorf beanstandete und ein strenges Rodungsverbot forderte.

Die ZVPF in Berlin protestierte am 16. Januar 1946 gegen die „unzulässigen Eingriffe in Postvermögen“ und teilte mit, ihr Verwalter sei angewiesen, den Anordnungen von Borkamp nicht Folge zu leisten.

Zunächst prüfte sie den Plan, in der Hakeburg ein Erholungsheim für Postangehörige einzurichten. Sie entwickelte sogar erste Vorstellungen zu Bauaufgaben und Kosten. Auf eine stärkere Unterteilung der Geschosse, d. h., die Gewinnung von Einzelzimmern müsse man verzichten. Etwa 100 Betten könne man auch in den wiederhergestellten alten, großen Räumen unterbringen. Das Dach lasse sich durch die auf dem Gelände in ausreichender Menge lagernden Dachschiefer instandsetzen. Als Kosten für die Renovierung und neue Ausstattung müsse man mit einem Betrag von 130.000 RM rechnen. Schon einen Tag nach dieser Überlegung kam die ZVPF jedoch zu der Entscheidung, daß wegen der Nachkriegs-Misere die nötigen Bauarbeiten und Anschaffungen nicht möglich seien. Die Hakeburg sei für zwei Jahre an den Casino-Club zu vermieten und dieser zur Instandsetzung der Gebäude zu verpflichten. Am 23. Februar 1946 wurde Direktor Beyers aufgefordert, nach Vereinbarung eines Termins zum Vertragsabschluß in die Mauerstraße zu kommen, samt „Personalausweis und Auszug aus dem Handelsregister“.

Was hat sich dann hinter den Kulissen abgespielt? Was hat Bürgermeister Casagrande wann von dem Plan der Post erfahren? Wir wissen aus den Akten nur, daß er es war, der am 6. Februar 1946 unter Bezug auf SMAD-Befehl 124 für die Gemeinde „als Treuhänderin“ mit dem Direktor und Geschäftsführer des Berliner Kasino-Club Beyers einen Pachtvertrag abschloß. Der Vertrag bezog sich auf „die Hakeburg nebst Burghof und anschließenden Parkgelände bis zum See“ und sollte vom Tag der Unterzeichnung an für die Dauer von fünf Jahren gelten. Die Zustimmung des Landrats sollte nachträglich eingeholt werden. Der Pachtpreis betrug jährlich 80.000 RM. Die Instandsetzungsarbeiten sollten zu Lasten des Pächters gehen. Das Gelände um den Zufahrtsweg vom Zehlendorfer Damm zum Burghof wollte die Gemeinde auf eigene Kosten als öffentlichen „Kurpark“ einrichten und auch pflegen.

Der Bürgermeister beauftragte sogleich Handwerker und besorgte Material, um die Räume der Hakeburg wiederherzustellen - mit Rechnungen an das Gemeindeamt. Außerdem ließ er einen Teil der von ihm beschlagnahmten und dann dem Zugriff der Magistratspost entzogenen Möbel zurückbringen. Im März/April suchten das Amt und ein Grundstücksmakler im Ort ein „möbliertes Haus“, d. h., Wohnraum für Direktor Beyers und seine Mitarbeiter. Die Genehmigung der SMAD zu der Spielbank ließ allerdings noch immer auf sich warten.

Der Konflikt mit der Post eskalierte. Den von ihr besoldeten Pförtner Gericke drohte der Bürgermeister mit Verhaftung, wenn er seine Anordnungen nicht folge und die Handwerker und Bauaufträge des Gemeindeamts behindere. Den Gemüse- und Obstgarten ließ er wieder von Arbeitskräften der Gemeinde bewirtschaften. Am 19. März 1946 schrieb er der ZVPF, der „Luxussitz“ des früheren Reichpostministers Ohnesorge könne nicht als Vermögen der Reichspost und die Zentralverwaltung nicht als Rechtsnachfolgerin betrachtet werden, zumal sie sich seit zehn Monaten nicht um den Schutz und die Erhaltung der Hakeburg gekümmert habe. Die Sequestrierung nach Befehl 124 sei rechtmäßig. Im übrigen erfolge die Eröffnung der Spielbank im vollen Einverständnis mit der SMAD.

Das Gegenteil war der Fall: Generalmajor Sharow von der SMAD Potsdam untersagte am 8. April 1946 „aus politischen Gründen“ den Spielbetrieb. Das Verbot kam fernmündlich zum Landrat des Kreises Teltow, und zwar mit der Bedingung, den Bürgermeister umgehend zu benachrichtigen. Die schriftliche Benachrichtigung durch den Kreis erfolgte freilich erst am 23. April. Unbeeindruckt wandte sich Casagrande am 3. Mai „mit kommunistischen Gruß“ und der Bitte an Sharow, die von der Provinzialverwaltung bereits ausgesprochene Konzession des Spiel-Kasinos zu billigen. Die „gesamte Einwohnerschaft der Gemeinde Kleinmachnow und darüber hinaus der Nachbargemeinden“ so betonte er, wäre dem Herrn Generalmajor zu großem Dank verpflichtet, wenn er ihr die „Gelegenheit geben würde, eine finanzielle Grundlage zu schaffen, so ähnlich, wie sie Berlin durch die Pferderennbahn hat“.

Das Gemeindeamt vermietete die Gebäude inzwischen oder nutzte sie für sich. Der Kleinmachnower Bürger Georg Walter berichtete, er sei Ende 1945 und Anfang 1946 in einem der Häuser der ehemaligen Forschungsanstalt als Neulehrer ausgebildet worden. Aus einem Schreiben des Bürgermeisters vom 5. Juni 1946 geht hervor, daß hier auch „Tanzabende“ stattfanden und zu „Beschwerden der Bevölkerung und des Herrn Schulrats“ führten. Mit dem kommunalen Frauenausschuß veranstaltete das Gemeindeamt am 30. März 1946 in der Hakeburg einen „Gesellschaftsabend“. Das Motto hieß: „Wohltätigkeitsfest zugunsten der notleidenden Umsiedler, Alten und Kinder“. Der Vertreter des Oberlandrats in Bernau berichtete seinem Chef in einer Aktennotiz vom 3. April, daß man „nach langen, dunklen Jahren wieder einmal Frauen mit glänzenden Augen in guter Toilette“ sah, Musik, Tanz und Gesang

den Abend und die Nacht verschönten, beschwerte sich zugleich aber auch, daß er bei seinem schmalen Monatsgehalt von 288 RM für Essen und Trinken 140 RM zahlen mußte, und bat, ihn und sein Portemonnaie nicht mehr für solche offiziellen Aufträge in Anspruch zu nehmen. Zum Schluß sei er noch „mit einem mordsmäßigen Hunger nach Hause“ gefahren. Er könne sich bei seinem Gehalt „derartige Scherze nicht erlauben“<sup>52</sup>.

Die Bilanz des Abends war auch für die Veranstalter unbefriedigend. Bei der Abrechnung kam es zu „Unterschleifen“. Der Vertreter der Gemeindekasse bzw. Finanzabteilung Siebenpfeiffer notierte am 24. April für seinen Bürgermeister: „Die Abrechnung kann in der üblichen vorschriftsmäßigen Form nicht erfolgen, da insbesondere die Einnahmen infolge Fehlens eines entsprechenden Systems nicht nachkontrolliert werden können“. Leider sei versäumt worden, einwandfreie Belege für die verkauften Spirituosen, Kaffeeportionen, Suppen, Speisen, usw. herzustellen. Bei besserer Kontrolle wäre ein größerer Betrag für soziale Zwecke herauszuwirtschaften gewesen. Casagrande sah sich trotzdem genötigt, dem Vertreter des Oberlandrats seine Auslagen zu erstatten.

Zugleich mehrten sich empörte Pressestimmen. In ihrer Ausgabe vom 20. April 1946 fragte die „Märkische Volksstimme“ in Potsdam, „ob den Umsiedlern und Notleidenden nicht auf eine andere Art geholfen werden kann“. Die „zuständigen Stellen“ sollten überlegen, ob aus der Hakeburg eine „Spielhölle“ oder etwas gemacht werde, „was der werktätigen Bevölkerung dient“, z.B. eine Erholungsstätte für Opfer des Faschismus. „Der Morgen“ in Berlin erklärte in seiner Ausgabe vom 7. Mai, die Provinzialbehörde genehmige, was der Berliner Magistrat „aus wohlwogenen Gründen“ ablehne. Das Spielcasino sei nicht für die Kundschaft vom flachen Land bestimmt, sondern für die „Sumpfb Blüten“ der Großstadt, die ihre „dicke Marie ... auf den Tisch knallen“.

## 14. Vergeblicher Kampf der Postverwaltung

Die sich seit Ende Januar 1946 wiederholenden Proteste der Zentralverwaltung für Post und Fernmeldewesen beim Teltower Landrat und beim Präsidenten der Provinzialverwaltung blieben nicht ohne Erfolg. Als der Anmietung durch den Casino-Club zugestimmt worden war, zeigten die Kreis- und Landesbehörden in der Eigentumsfrage Entgegenkommen. Die OPD Potsdam berichtete am 10. April der ZVPF über ein Gespräch mit Vizepräsident Bechler: Nach dem „Vortrag des Bürgermeisters“ habe die Regierung annehmen müssen, daß die Hakeburg „herrenloses Gut“ sei; wenn sie aber einwandfrei als Eigentum der Post ausgewiesen werde, dürfe die Gemeinde hier keine Rechte geltend machen. Am 12. April erhielt der Bürgermeister von Landrat Meschkat die offizielle Anweisung, das Gelände der ehemaligen Forschungsanstalt in die Hände der ZVPF zurückzugeben. Casagrande ignorierte das. Der Grund ist aus einer Aktennotiz vom 29. April 1946 ersichtlich, nämlich die Befürchtung, die Rückgabe der Institutsgebäude könne zur Preisgabe auch der als Spielbank vorgesehenen Burg führen.

Nachdem sich im April 1946 die Provinzialverwaltung Brandenburg zugunsten der Post eingeschaltet und Landrat Meschkat die Rückgabe des Geländes der ehemaligen RPF verfügt hatte, versuchte Bürgermeister Casagrande durch hinhaltende Verhandlungen Zeit zu gewinnen. Was er nicht wissen konnte: Die Berliner Kasino-Club GmbH war eine Briefkastenfirma. Das Schreiben vom 23. Februar 1946, das die ZVPF verfaßt hatte, um Direktor Beyers zum Abschluß des Mietvertrags in die Mauerstraße zu bitten, brachte es an den Tag. Damit es ohne Verzug in die Hände des Empfängers gelange, suchte ein Mitarbeiter der ZVPF die Geschäftsführung des Clubs unter der im Briefkopf angegebenen Adresse in Berlin-Friedenau auf. Das Ergebnis seines Besuchs geht aus der Aktennotiz vom 25. Februar hervor: „In der einstöckigen Villa Niedstraße 18 befindet sich der Berliner Kasino-Club nicht. Ich wurde vielmehr nach Niedstr. 27 verwiesen, wo im 4. Geschoß ein Herr Beyers wohnt. ... An der Wohnungstür befinden sich 4 Namensschilder.“ Der daraufhin befragte Leiter des Postamts Friedenau teilte mit, der Kasino-

Club sei als Firma überhaupt nicht bekannt, Herr Beyers wohne erst seit kurzer Zeit als Untermieter in der Niedstr. 27 und Postsachen habe er selten erhalten.

Blicken wir zurück auf einige weitere, frühere Ereignisse: „Treuhänder“ Borkamp hatte eigene Pläne realisiert. Er beschaffte sich Baumaterial und ließ Haus 5 und 6 der ehemaligen Forschungsanstalt so weit instandsetzen, daß er sie als Schulungsstätte an die Reichsbahn vermieten konnte. Vermutlich wurde er sogar deren Angestellter. Vertreter der Post durften das Grundstück nur nach Prüfung ihrer Ausweise betreten, „weil der Pfortner fremden Personen den Zutritt nicht erlauben darf“. So heißt es in ihrem Bericht vom 20. März 1946, aus dem auch hervorgeht, daß die Reichsbahn in Lang- und Kursen bis zu 100 Teilnehmer schulte und die Physikalisch-Technische Reichsanstalt Interesse an den anderen Gebäuden bekundete.

Ende März 1946 wurde noch eine ganz andere Weiche gestellt: Das ZK der KPD - Alfred Oelßner (Vater) - ließ die Zentralverwaltung der Post wissen, man beabsichtige, das gesamte Gelände für die Einrichtung einer Parteischule anzumieten. Die Post entwarf im April zwei Mietverträge für die Dauer von zwei Jahren, einen mit einer Mietsumme von jährlich 82.000 RM für die Hakeburg, einen anderen mit 360.000 RM für das Grundstück der ehemaligen Forschungsanstalt. Oelßner zögerte die Verhandlungen jedoch mit Bedenken zur Miethöhe hinaus, weil sich eine einfachere und preiswertere Lösung anbot. Vorerst mußte er freilich noch den Widerstand von zwei Parteimitgliedern brechen, Bürgermeister Casagrande und Landrat Meschkat, die nach wie vor das Projekt der Spielbank verfolgten.

In einem Aktenvermerk der ZVPF vom 1. April ist zu lesen: „Gesprächsweise erwähnte der Bürgermeister, der der KPD angehört, daß nach seiner Auffassung es sehr wohl möglich sein müsse, der KPD klar zu machen, daß die Verwendung der Hakeburg wie er sie vorgesehen habe, mehr im öffentlichen Interesse läge, als die Errichtung einer Parteischule, für die das Gebäude der Hakeburg denkbar unzweckmäßig sei.“ Ein Aktenvermerk der ZVPF vom 11. April hält eine Äußerung des Landrats von Teltow und KPD-Mitglieds Meschkat fest: „Er habe von der Parteizentrale der Kommunistischen Partei den Mietvertragsentwurf über die Hakeburg und die ehemalige Forschungsanstalt der DRP zur Begutachtung erhalten. Er werde sich dahin äußern, daß die Grundstücke sich für die Kommunistische Partei, insbesondere auch für eine Parteischule, nicht eignen, und daß er schon aus diesem Grunde von

An die

Zentralverwaltung für das  
Post- und Fernmeldewesen,  
z.Hd. des Herrn Forster,  
B e r l i n W. 66

Sekr. Ca./Schr.

1. Juni 1946

Betr.: Grundbesitz der früheren DRP in Kleinmachnow -  
Ihr Telegramm vom 31. Mai 1946.

Im Besitze Ihres an mich gerichteten Telegramms vom 31. Mai d.J. gestatte ich mir, den Inhalt desselben dahingehend richtigzustellen, daß ich den Vorwurf, mein Schreiben vom 18.5. sei ein Verschleppungsmannöver, zurückweise.

Es muß als eine ganz natürliche Entwicklung betrachtet werden, daß nach den Erlebnissen der letzten Jahre der frühere Grundbesitz der Deutschen Reichspost, der während der Nazizeit ausschließlich für Kriegszwecke und Luxusitze in Anspruch genommen worden ist und daher in der Gemeinde Kleinmachnow bei breiten Volksschichten ein öffentliches Ärgernis erregt hat, für die örtlichen öffentlichen Bedürfnisse Verwendung finden soll.

In pflichtgetreuer Wahrnehmung der öffentlichen Interessen habe ich mich als Bürgermeister von Kleinmachnow dieserhalb nicht nur an den Herrn Landrat des Kreises Teltow, sondern darüber hinaus an die Provinzialverwaltung und an die russische Administration gewandt.

Zu meiner Befriedigung kann ich Ihnen nun mitteilen, daß am 23. Mai die Übergabe der Hakeburg einschl. Park und Forschungsanstalt an die Gemeinde Kleinmachnow in meinem Amtszimmer stattgefunden hat. Die Übergabe wurde zwischen

der russischen Kommandantur als Vertreter  
der Administration, für die anwesend waren  
die Herren

1. Gardehauptmann Bischukow,
2. Gardeleutnant Antipof

einerseits und der Gemeinde Kleinmachnow, vertreten durch den Unterzeichneten andererseits vollzogen.

Für die Übergabe der Hakeburg einschl. Park und Forschungsanstalt wurden Protokolle in 4 Exemplaren, 2 in deutscher und 2 in russischer Sprache ausgefertigt. Zwei Ausfertigungen erhielt die russische Administration, zwei Ausfertigungen sind für die Gemeinde Kleinmachnow bestimmt.

Es ist selbstverständlich, daß die Gebäude der Forschungsanstalt auf Grund unseres ehrlichen Aufbauwillens so eingesetzt und in Anspruch genommen werden, wie es die Erfordernisse der Öffentlichkeit und die Zeitumstände verlangen.

2. Zum Vorgang.

D.B.

Schreiben des Kleinmachnower Bürgermeisters Casagrande  
vom 1. Juni 1946 an die Zentralverwaltung für Post- und Fernmeldewesen,  
Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark.

dem Mietvertrag abrate. Er habe ein besseres Grundstück für die Parteizentrale. Die Provinzialverwaltung möchte das Grundstück an das Spielkasino vermietet sehen und auf dem Gelände der Forschungsanstalt ein Provinzialkrankenhaus errichten“<sup>53</sup>.

Was die Eigentumsfrage angeht, setzte sich die Post zunächst durch. Am 11. Mai meldete die OPD Potsdam der ZVPF telegrafisch: „Hakeburg restlos von postfremden Personen geräumt.“ Der Kasino-Club zog unter Mitnahme zahlreicher Möbel aus. Casagranda zeigte seinen „Treuhand“ und Parteigenossen Borkamp wegen Veruntreuung an, so daß dieser in Untersuchungshaft kam. Direktor Beyers erklärte mit Schreiben vom 20. Mai, er betrachte den Pachtvertrag mit dem Gemeindeamt als erloschen und habe den überreichten Scheck in Höhe von 20.000 RM bei der Bank sperren lassen.

Dem Bürgermeister blieb keine andere Wahl, als mit einen erneuten Handstreich die verfahrenere Situation zu klären. Es gelang ihm - vermutlich nach einem gewaltigen Umtrunk - am 23. Mai 1946 einen Gardehauptmann und einen Gardeleutnant der Kreiskommandantur Teltow (mit Sitz in Mahlow) zu bewegen, mit ihm ein deutsch-russisches Dokument zu unterzeichnen, das der Gemeinde sowohl die Baulichkeiten der Forschungsanstalt als auch die Hakeburg zuerkannte: „Die Gebäude werden übergeben zur Verfügung der Gemeinde Kleinmachnow“. Noch am gleichen Tag informierte Casagranda triumphierend Landrat Meschkat und ordnete an, Hausmeister und Gärtner der Hakeburg in den Dienst der Gemeinde zu nehmen, im Weigerungsfall zu entlassen, sowie Haus 1 der RPF zum Krankenhaus umzubauen. Am 1. Juni teilte er der ZVPF mit, daß „der frühere Grundbesitz der Deutschen Reichspost, der während der Nazizeit ausschließlich für Kriegszwecke in Anspruch genommen worden ist und daher in der Gemeinde Kleinmachnow bei breiten Volksschichten ein öffentliches Ärgernis erregt hat, für die örtlichen, öffentlichen Bedürfnisse Verwendung finden soll“<sup>54</sup>.



## 15. Übereignung an die SED und Umbau

Der Teltower Bezirks-Kommandant Major Kosnezow löste den gordischen Knoten, der durch das voreilige Protokoll seiner beiden Gardeoffiziere noch besonders verwickelt worden war. Am 6. Juni 1946 wurde von ihm das ganze Gelände auf dem Seeberg der eben gegründeten SED übereignet. In der Übergabe-Akte heißt es u. a.: „Die unterzeichneten Vertreter der SED nehmen die Übereignung an. Das Gericht wird angewiesen, die Umschreibung im Grundbuch vorzunehmen“. Auch Bürgermeister Casagrande mußte seine Unterschrift unter das Dokument setzen und damit seine Idee mit dem Spielcasino endgültig und offiziell begraben. Er mußte einen von der SED eingesetzten Verwalter - Max Kallies, „Immobilien-Zentrale Süd-West“ - akzeptieren und eine ständige Tag- und Nachtwache organisieren, damit kein „Unbefugter“ das Gelände betreten konnte<sup>55</sup>.

Im Parteiapparat reagierte man auf die Übereignung nicht ohne Skrupel. In einer Stellungnahme der Wirtschaftsabteilung vom 20. Juni 1946 für Bruno Leuschner wird betont, die Forschungsanstalt nebst Hakeburg sei als Sondervermögen der Post zu behandeln, das nicht einfach zugunsten der Partei enteignet werden könne. Im Hinblick auf die künftige Einheit Deutschlands dürfe man in der Ostzone keinen Präzedenzfall schaffen. Gen. Smolka von der Zentralen Kommission für Sequestrierung werde ohnehin nicht zustimmen. Und was entscheidend war: Die Übereignung war von dem örtlichen Militär-Kommandanten, nicht aber von der SMAD vorgenommen worden. Major Koznezow berief sich in der Übergabe-Akte auf seinen eigenen Befehl Nr. 170 vom 25. Mai 1946 und nicht auf den einschlägigen Befehl 124 der SMAD vom 30. Oktober 1945 zur Sequestrierung von Nazi-Vermögen.

Die Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung taktierte vorsichtig: Am 26. Juni 1946 teilte sie der ZVPF mit, sie behalte sich die Entscheidung bis zum Abschluß einer Überprüfung vor. Man habe freilich zwischen den Anstalten zu unterscheiden, die „für den eigentlichen Postbetrieb benötigt werden“, und „Vermögenswerten“, die „als Luxusausgaben des früheren Reichspostministers angesehen werden

müssen“ . „Es erscheint uns daher fraglich, ob die Besitzungen der ehemaligen Deutschen Reichspost in der Hakeburg ... der Postbehörde wieder zurückgegeben werden müssen“ . Trotzdem versuchte die ZVPF weiter ihr Glück, jetzt direkt bei der SMAD. Die OPD Potsdam teilte der ZVPF am 9. August mit, durch die offizielle Eigentumsübertragung sei ihr „jegliche Eingriffsmöglichkeit genommen“ . Zur Zeit entlohne die Post vier Arbeitskräfte der Hakeburg, die jedoch nicht für sie, sondern für den neuen Eigentümer tätig seien. Am 14. September kündigten die Postler von sich aus und ließen sich von der SED einstellen. Dem Gesuch der OPD um Entlastung von der Grundstücksverwaltung wurde erst im Dezember stattgegeben, erst jetzt gab die ZVPF ihren Besitz endgültig preis<sup>56</sup>.

In der SED überwog der Vorteil die Bedenken. Das Protokoll einer Besprechung am 28. März 1947 im Landesverband Brandenburg der SED begründet die Übereignung als Ausgleich für den Verlust des Parteivermögens der KPD/SPD durch Nazi-Beschlagnahmen. Die Rückgabebansprüche der Post wurden zurückgewiesen, die Ansprüche der SED durch immer neue Beurkundungen bekräftigt. Am 15. Juli 1948 stellte die Landesregierung Brandenburg eine Enteignungsurkunde aus, die von Ministerpräsident Steinhoff und Innenminister Bechler unterzeichnet war. Sie bezog sich auf die Beschlagnahme nach Befehl 124 und verlieh dieser durch Bezugnahme auf den neuen Befehl 64 der SMAD vom 17. April 1948 Rechtskraft. Eine Stellungnahme des Amtes für Rechtsschutz des Vermögens der DDR, unterschrieben von dessen Leiter Prof. Supranowitz, sollte die Rechtsauffassung der Staatspartei bestätigen. Verfügungen der Landesregierung Brandenburg vom 14. April 1949 und des Ministers des Inneren der DDR vom 24. Mai 1974 führten zu erneuten Vermerken im Grundbuch.

Nachdem am 9. September 1946 die Wirtschaftsorganisation der SED, die Fundament GmbH im Grundbuch eingetragen worden war, meldete sich beim Bürgermeister umgehend die Parteihochschule Karl Marx, die sich damals in Liebenwalde befand: Es gäbe „verschiedene Fragen mit der Gemeindeverwaltung Kleinmachnow zu klären“ . Im Briefkopf ist die Bauleitung angeführt, die Unterschrift stammt aber vom Direktor.

In Ost- und Westdeutschland mußte man nach dem Krieg sparsam wirtschaften. Theater, Museen, Sportstadien, Regierungsbauten, Kasernen der Nazi-Zeit wurden einfach übernommen. Selbst der SED fehlten die Mittel für einen völligen Neubau der Parteihochschule. So kon-

zentrierte sich die Bauleitung auf eine funktionelle und neutrale Umgestaltung der Innenräume. Der Fachmann, den die SED verpflichtete, kam aus der Bauhaustradition: Selman Selmanagic, ein gebürtiger Bosnier, 1942-1945 Filmarchitekt in Babelsberg, Mitglied einer kommunistischen Widerstandsgruppe und nach dem Krieg gemeinsam mit H. Scharoun im Kollektiv für die Stadtplanung beim Magistrat von Berlin tätig. An der Ausgestaltung durch die Deutschen Werkstätten Hellerau wurde allerdings nicht gespart. Auf zwei Millionen Reichsmark beliefen sich die ersten Kosten, die das Zentralsekretariat der SED - Vorläufer des Politbüros - zu genehmigen hatte. Nach der Nazi-Vergangenheit durfte man möglichst nicht fragen, auch später nicht.

In Haus 1 und 2 fanden Internatsräume mit etwa 300 Betten, in Haus 3 zahlreiche Seminarräume, Bibliothek, Lehrmittelkabinett sowie Arzt- und Krankenstation Platz. Der wiederhergestellte Kopfbau des am Kriegsende zerstörten Hauses 4 diente als Post, Telefonzentrale, Buchhaltung und Wache. In Haus 5 lagen auf der Ebene der A-Straße die Zimmer der Direktion, in den anderen Geschossen Unterrichtsräume und Räume der Lehrer. Im Obergeschoß von Haus 6 wurden Küchenrakt und Speisesaal untergebracht, im Untergeschoß ein Großlabor in den „Großen Lektionssaal“ für etwa 450 Hörer umgewandelt. Die von der Forschungsanstalt nicht genutzten Dachgeschosse wurden restlos ausgebaut. Für die Erhaltung und Rekonstruktionen der Gebäude stellte die SED kontinuierlich Millionen an Mark und besondere Kapazitäten an Arbeitskraft und Material zur Verfügung. Wolfgang Leonhard, der bis Frühjahr 1949 in Kleinmachnow als Dozent tätig war, schildert begeistert seine ersten Eindrücke von dem „riesigen Gebäudekomplex“ mit „hunderterten von modern eingerichteten Wohnzimmern für je zwei bis drei Studenten“. Die strenge Abgrenzung zwischen den beiden Grundstücken blieb erhalten, nur wurde der Grenzverlauf im Ostteil wesentlich verändert, diesmal zugunsten der Lehranstalt, die nun auch über das Gelände am Spandauer Teich und über die Gärtnerei verfügen konnte. Der Umfang erhöhte sich auf etwa 270.000 qm.

## 16. Politisch-ideologisches Zentrum der DDR

Im Dezember 1947 erfolgte der Umzug der Parteihochschule (PHS) Karl Marx von Liebenwalde nach Kleinmachnow. Als gleichberechtigte Direktoren waren kurz vorher Rudolf Lindau, früher KPD, und Paul Lenzer, früher SPD, berufen worden. Am 10. Januar 1948 fand die feierliche Eröffnung statt, zu der alle Mitglieder der Führungsspitze erschienen, u.a. Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Anton Ackermann, der für die ideologische Arbeit zuständig und eigentlicher Chef der PHS war. Es handelte sich um einen der letzten gemeinsamen Auftritte des noch paritätisch mit je sieben Funktionären der ehemaligen KPD und SPD besetzten Zentralsekretariats. Pieck hielt am Mittag eine Dankesrede an die Versammlung der Bauarbeiter und würdigte namentlich auch Selmanagic und den Generaldirektor der Deutschen Werkstätten. Grotewohl wies in seiner Festansprache auf die neue, systematische Qualität der Funktionärsschulung hin, ging auf das Verhältnis von Persönlichkeit und gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeit sowie den „Kampf gegen den amerikanischen Monopolkapitalismus“ ein und erklärte die Parteihochschule zur „Waffenschmiede des Sozialismus“<sup>57</sup>.

Die Hakeburg entwickelte sich zum ideologischen Zentrum der DDR. Wer im Osten Deutschlands politische Karriere machen wollte, mußte in Kleinmachnow studiert haben. Höheren Wert besaßen nur die Lehrgänge an der Hochschule der KPdSU in Moskau. Wer in der Funktionärshierarchie Spitzenrang einnahm, mußte sich regelmäßig zu Vorträgen und Lektionen einfinden. Die Karl-Marx-Hochschule wurde zu einer Art Teststrecke für die ideologische Arbeit. Hier wurde für den sich verschärfenden kalten Krieg der politische Kurs festgelegt, die Selbstdarstellung der Partei kultiviert, die Parteidisziplin eingeübt. Hier fanden maßgebliche Auswertungen von Tagungen und Beschlüssen der KPdSU und der SED, von Reden Stalins und deutscher Parteigrößen statt. Hier sprach mancher manches aus, was er der Öffentlichkeit vorenthielt. Gehaltssätze und Stipendien wurden auf höchster Ebene, d. h., durch das Zentralsekretariat der SED beschlossen. Den meisten Mitgliedern des Lehrkörpers wies man in Kleinmachnow eigene Häuser und Wohnungen zu, zum Teil solche, die nach SMAD-Befehl 124 kurz vorher enteignet worden waren.



*Mitglieder des Zentralsekretariats der SED besuchen zur Eröffnungsfeier am 10. Januar 1948 die Parteihochschule Karl Marx, siehe W. Leonhard, Spurensuche, S. 219.*

Akademisch erhielt die Parteihochschule den Status einer Universität mit Fakultäten, Lehrstühlen, Prüfungsordnung, ab 1953 auch Promotions- und Habilitationsrecht. Sogar ein „Archiv nationalsozialistischen Schrifttums“ wurde angeschlossen. Der vom Zentralsekretariat bzw. Politbüro zur bestätigende Lehrplan sollte „durch das intensive Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin“ sowie der Partei- und Regierungsbeschlüsse „führende Partei- und Staatsfunktionäre“ heranbilden. Allerdings waren etwa ein Viertel aller Lehrgangsteilnehmer KPD-Funktionäre aus den Westzonen, die unter anderen Namen studierten, z. B. Hermann Weber - heute führender SPD-Historiker - unter dem Decknamen „Wunderlich“. Die Studenten kamen in den Genuß außergewöhnlicher Verpflegungssätze und Stipendien. An die Familien wurden der Beitrag der Miete, feste Sätze für die Ehefrau und die Kinder sowie ein Anteil des Gehalts gezahlt. Ab 1952 erhielten verheiratete Teilnehmer 800 M, ledige 600 M monatlich. Freilich wurden die Privilegien durch weitgehende Preisgabe akademischer Freiheiten erkaufte. Der Lehrbetrieb beruhte auf militärischer Disziplin. Nicht ohne Grund sprach man von „Parteisoldaten“ der SED. Das gesamte Gelände wurde gegen den Wohnort hermetisch abgeschirmt und kontrolliert.

Am 25. Oktober 1948 beschloß das Zentralsekretariat, ein Forschungsinstitut mit den Abteilungen Philosophie und Politische Ökonomie anzugliedern. Es sollte über einen getrennten Etat - vorläufig 1.000.000 M jährlich - und etwa 50 Angestellte verfügen. Die Abteilungsleiter waren den Dekanen und die wissenschaftlichen Mitarbeiter den Hauptlehrern der Parteihochschule gleichgestellt. Der Beschluß sah zwar vor, die Schul-Einrichtungen zu benutzen, stellte aber die Mittel zur Verfügung, um eigens eine Bibliothekarin, einen Archivar, zwei Übersetzer und sogar zwei Chauffeure einzustellen.

Die führenden Lehrkräfte der Parteihochschule waren alte KPD-Funktionäre, während der Nazizeit in sowjetischer Emigration oder in Haft, so Direktor Lindau Gründungsmitglied des Spartakusbundes und der KPD, 1934 in die Sowjetunion geflüchtet und dort mit Vorarbeiten für eine „Geschichte der KPD“ beauftragt. Die Fakultät „Grundfragen des Marxismus-Leninismus“ wurde von Frida Rubiner geleitet, die Philosophische Fakultät von Victor Stern, beide viele Jahre in Moskau und anderswo für die Komitern tätig. Der Fakultät für Politische Ökonomie stand Alfred Lemnitz vor, der Geschichtsfakultät Erich Paterna, ehemals Schuldirektor und Schulreformer. Beide waren zuletzt

8. Gebäude für die Partei- schule des Landesver- bandes Brandenburg:	Das ZS. befürwortet die Übergabe der ehemaligen Schule in Königswusterhausen an den Landesverband Brandenburg als Landesparteihschule.
9. Lehrgang für Hoch- schul-Dozenten vom <u>15. Juni - 2. Okt. 1948:</u>	a) Den Kurssteilnehmern am Dozenten- Lehrgang wird eine zusätzliche Ver- pfllegung im Ausmaße wie bei den Assistenten der Parteihschule gewährt. b) An diejenigen Kurssteilnehmer, die während des Lehrgangs kein Gehalt beziehen, erfolgt eine Zahlung in Höhe des Gehalts für Assistenten der Parteihschule von 700.-- bis 800.-- Mk. monatlich.

*Pilch*

*A. Güterwohl*

Auszug aus einem Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED vom 10. Juni 1948, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (Stiftung Parteien).

im Zuchthaus Brandenburg inhaftiert. Nur Direktor Lenzer war früher SPD-Mitglied. Wie Wolfgang Leonhard berichtet, mußte er sich darauf beschränken, die Kulturveranstaltungen der PHS zu organisieren.

Die Lehrgänge waren zunächst auf sechs bis neun Monate und auf ein und zwei Jahre festgelegt. Ab 1953 richtete man zusätzlich Dreijahreslehrgänge ein. Parallel liefen kürzere Spezialkurse, 1948 z. B. für Journalisten, Dozenten der Landesparteischulen, die Mitarbeiter einzelner Abteilungen des Zentralsekretariats. 1950 begann ein systematischer Fernunterricht. Die Gesamtkapazität für Interne schwankte zwischen 300 und 450 Studenten. Der Lehrkörper bestand aus den fest angestellten Professoren, Dozenten und Assistenten der vier Fakultäten, wurde aber durch Spitzenfunktionäre, SED-Universitätslehrer und ausländische Gäste, vor allem aus der Sowjetunion ergänzt. Sie übernahmen etwa ein Drittel aller Vorlesungen. Wolfgang Leonhard hat seine Eindrücke als Geschichtsdozent im Jahr 1948 eindrucksvoll geschildert. Während er - wohl im Hinblick auf Liebenwalde - noch meinte, der Lehrkörper sei groß genug gewesen, um die Lehrveranstaltungen gut vorzubereiten, beklagten sich die Direktoren schon im März 1948 in einer Vorlage für das Zentralsekretariat, die Erweiterung des Lehrbetriebs in Kleinmachnow bedinge, daß fachliche Schwächen und „Erschöpfungszustände“ der Lehrkräfte zutage treten.

Regelmäßig erschienen die beiden Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl und Generalsekretär Walter Ulbricht. Am 16. April 1948 hielt Ulbricht ein fünfstündiges Referat über den Kurswechsel, der das gesellschaftliche Leben der Ostzone verändern sollte: Bildung eines eigenen Staats, Zweiteilung Berlins, Führungsrolle der SED als Staatspartei, Entmachtung von CDU und LDP. Wenige Tage darauf sprach Oberst Tulpanow, politischer Berater der SMAD, über die Volksdemokratie als Übergang zur Diktatur des Proletariats. Mit der Preisgabe der Theorie eines besonderen deutschen Wegs zum Sozialismus mußte die PHS im Herbst das Studium der Geschichte der KPdSU vorbereiten. Der damalige Kaderchef Franz Dahlem erläuterte die neuen Formen des Klassenkampfes. Albert Norden, Kurt Hager (Deckname Felix Albin) und Max Reimann wurden für die Ausbildung der Journalisten eingesetzt, die den neuen Kurs zu popularisieren hatten. Das an den Universitäten und Hochschulen neu eingeführte Examensfach „Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus“ setzte Dozenten voraus, die an der PHS ihren ideologischen Schliff erhielten. Auf der Liste der Lehrkräfte des ersten Kurses stehen u. a. die Namen Anton Ackermann, Fred Oelbner,

Paul Wandel, Hermann Duncker, Kurt Meusel, Victor Stern, Alfred Lemnitz, Jürgen Kuczynski, Klaus Zweiling, auf der Liste der Teilnehmer u. a. Eva Altmann, Wolfgang Harich, Georg Klaus, Hermann Ley, Leo Kofler, Greta Kuckhoff, Mathias Klein.

Lange bevor 1951 der offizielle Kampf gegen den sogenannten Formalismus begann, führte Ulbricht in Kleinmachnow den ersten Schlag. Auf einer Tagung mit Künstlern und Schriftstellern am 2. September 1948 hielt er bei einer abendlichen Diskussion das Schlußwort: Die Genossen Schriftsteller seien hinter der Zeit zurückgeblieben. An aktueller Thematik erscheine KZ- und Emigrationsliteratur, aber die Beschäftigung mit der Bodenreform oder der Produktionssteigerung in den Betrieben fehle. Volkstümliche Unterhaltung werde in KdF-Manier bestritten, weil es keine neuen Theaterstücke gäbe. Die „übergroße Mehrheit“ der Kunstschaffenden, selbst der Genossen seien „Formalisten oder Expressionisten oder sonstwas“. „Aber als Partei haben wir einen ganz bestimmten Standpunkt, den des Realismus ...“ Sodann folgt eine Polemik gegen die Aufführung von Sartres „Fliegen“ und gegen „afrikanisch-amerikanische Jazzmusik“. Publizieren ließ Ulbricht seine Rede nicht. In dem am 7. 9. 1948 vom „Neuen Deutschland“ veröffentlichten Aufruf der Tagungsteilnehmer entschwindet das Formalismus-Problem in einem verwaschenen Bekenntnis zum Zweijahresplan, zur „Bildung eines neuen Menschen“, zum Streben nach „Themen der Zeit“ und „gültigen“ Ausdrucksformen, „lebensnah und überzeugend“. „Noch ist der große Aufbauroman nicht geschrieben ...“ heißt es; und noch wollte die SED-Spitze keinen offenen Kulturkampf riskieren<sup>58</sup>.



## 17. Streng kontrollierter Lehrbetrieb

Am 12. September 1950 setzte das Politbüro der SED Hanna Wolf als Direktorin der Parteihochschule ein. Der personelle Wechsel charakterisierte den Übergang zu einem bürokratisch-diktatorischen Stalinismus. Vorbild waren die Partei- und Antifa-Schulen der sowjetischen Genossen. Der Kontrolle des Lehrbetriebs dienten in jeder Gruppe (Klasse) „Studienorganisatoren“. Diese hatten die Anordnungen der Schulleitung durchzusetzen und täglich die Abwesenheit oder Verspätung von Lehrgangsteilnehmern zu melden. Selbst die Lehrbücher wurden von ihnen ausgehändigt. Für die individuelle Überprüfung nutzte man „Pflichtkonsultationen“. Das Hakeburg-Gelände wurde streng isoliert und bewacht. Keiner durfte es ohne Genehmigung der Leitung verlassen. Der Schulausweis erhielt den Rang des Parteimitgliedbuchs. Wer ihn verbummelte, wurde bestraft. „Schulfremde Personen“ durften nur auf einmaligen Passierschein Einlaß erhalten. Verstöße gegen die Schul- und Hausordnung hatten strenge Disziplinar- und Partei- strafen zur Folge.

Folgende Lehrstühle wurden eingerichtet: Geschichte der KPdSU, Parteaufbau, Dialektischer und Historischer Materialismus, Politische Ökonomie, Geschichte, Sprache und Literatur. Jeder Lehrstuhl setzte sich aus einem Leiter, zwei Stellvertretern und 12 Dozenten zusammen. Die Vergütung entsprach den Gehältern an den Universitäten. Seit Februar 1953 bestand Promotions- und Habilitationsrecht für Philosophie und Geschichte (Dr. phil.), Wirtschaftswissenschaften (Dr. rer. oec.) sowie Staats- und Rechtslehre (Dr. rer. pol.). Die Teilnehmer des Dreijahreslehrgangs schlossen mit dem Staatsexamen ab. Grundformen des Unterrichts waren Lektionen, Seminare und „organisiertes Selbststudium“.

Auf Politbüro-Beschluß vom 20. Mai 1952 wurde ein Wissenschaftlicher Rat gebildet, dem außer den Direktoren und Lehrstuhlinhabern folgende Parteigrößen angehörten: W. Ulbricht, F. Oelßner, A. Ackermann, P. Verner, O. Winzer, P. Wandel und auch R. Herrstadt und W. Zaisser, die das Politbüro zwei Jahre später wegen „partei-feindlicher, fraktioneller Tätigkeit“ aus der SED ausschloß.

Als „Organ der Direktion, der Parteileitung und des Gewerkschaftskomitees der Parteihochschule“ erschien die Monatsschrift „Theorie und Praxis“, die erste Nummer am 1. Mai 1952, gedruckt im Verlag Märkische Volksstimme Potsdam. Hier wurden die Reden und Lektionen der Spitzenfunktionäre, Beschlüsse und Stellungnahmen der Leitung und der Lehrstühle, aber auch Berichte der Studenten abgedruckt, etwa unter Titeln wie: „Seminare wissenschaftlicher und kämpferischer durchführen!“, „So habe ich mein Referat vorbereitet“, „Studium der Biographie des Genossen Stalin - eine mächtige Waffe für die Erziehung standhafter, treuer und geschulter Parteikader“. Kritik und Selbstkritik nach vorgeschriebenen Ritus bestimmten den Ton. Wer Zweifel an den Parteibeschlüssen

äußerte, wurde der mangelnden Parteilichkeit, des Pessimismus, der Kapitulation vor dem Klassenfeind, der kleinbürgerlichen Empfindsamkeit bezichtigt.

Ein Artikel der Parteischulzeitschrift vom Mai 1953 berichtet über die Aufstellung des Gedenksteins für Karl Marx, der noch heute steht und eine bronzene Bildnisplakette trägt. Anlaß war der 135. Geburtstag des Namenspatrons am 5. Mai. Interessant ist, daß der Künstler Otto Maerker, der in Kleinmachnow wohnte und auch Porträtbüsten von Wilhelm Pieck, Victor Stern und Wolfgang Joho schuf, mit keinem Wort erwähnt wird. Der Standort liegt nahe dem der „Bildsäule“, an der bis Kriegsende im Auftrag des Reichspostministers Max Hoene arbeitete.



*Gedenkstein der SED-Parteihochschule für Karl Marx mit Bildnisplakette von Otto Maerker,  
Foto: Hubert Faensen.*

Am 17. und 18. Juni 1953 schickte die Direktion Lehrkräfte und ausgewählte Parteischüler an Brennpunkte des Aufstandes gegen das SED-Regime, etwa in das Stahl- und Walzwerk Brandenburg, auch nach Velten, Teltow, Ludwigsfelde und Kleinmachnow. Der Vorsitzende des Rats des Bezirks Potsdam Stadler dankte der Schulleitung schriftlich für die „hervorragende Rolle“ bei der „Niederschlagung der Versuche der faschistischer Agenten und Provokateure“. Die in der Zeitschrift „Theorie und Praxis“ publizierten „Erlebnisberichte“ zeigen Verständnis für „vorübergehend irregeleitete Arbeiter“, aber „unerbittlichen Haß“, „höchste Wachsamkeit und Kampfbereitschaft“ gegenüber „Diversanten“ und „Banditen“. Aus einem Bericht über eine Diskussion mit Arbeitern im VEB Autoreparaturwerk und Kokillenguß Kleinmachnow geht hervor, daß hier die Arbeit für acht Stunden niedergelegt und nur unter erheblichen Druck wieder aufgenommen wurde. In Auswertung der Ereignisse wurde allen Lehrern und Lehrgangsteilnehmern die Durchfahrt durch die Westsektoren von Berlin streng untersagt.

Infolge der Verschärfung der Berliner Situation siedelte die Parteihochschule im Dezember 1954 um in den Baukomplex der Bezirksparteischule Berlin Rungestraße. Das Hakeburg-Gelände blieb Schulungsstätte, wurde sogar „Parteischulkombinat“. Ab September 1955 etablierte sich hier die Parteischule der Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder, benannt nach dem polnischen Arbeiterführer und Journalisten Julian Marchlewski. 1956 begann der Lehrbetrieb mit Einjahreslehrgängen für Kader im „Bezirksmaßstab“. Allerdings nahm schon 1955 eine Zentrale Kreisparteienschule die Arbeit auf, die ab 1. Januar 1960 zur Sonderschule der Bezirksleitung Potsdam erhoben und für kürzere Lehrgänge von Funktionären „der verschiedenen Ebenen“ bestimmt wurde, z. B. Genossen aus Industrie, Gesundheitswesen, MTS, FdJ. An beiden Bezirksschulen waren insgesamt etwa 60 Lehrkräfte tätig<sup>59</sup>.

Die fünf Lehrstühle der Bezirksparteischule entsprachen denen der PHS. Die Themenpläne für die Einjahreslehrgänge wurden von den Lehrstuhlleitern mit den Lehrern und Assistenten auf Grundlage der Direktiven des ZK ausgearbeitet und den Büros der beiden Bezirksleitungen zur Bestätigung vorgelegt. Der Quartalsarbeitsplan - August bis Dezember 1956 - forderte, „noch besser als bisher die Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei in der Unterrichtsarbeit wissenschaftlich zu begründen“. Dazu gehörten auch Fragen der Bündnispolitik und des Verhältnisses zur SPD. Die Arbeitsordnung legte die Organisation des Unterrichts genau fest: Lektionen, Konsultationen,

Übungen, Seminare und Zeiten für das Selbststudium. Jedes Seminar hatte mit einem Schlußwort des Lehrers zu enden, „das nicht länger als 45 Minuten dauern soll“. Die Seminargruppen bzw. Klassen umfaßten etwa 25 Teilnehmer. Die Prüfungsergebnisse wurden mit den Zensuren 1-5 benotet. Um die Verbindung zur Parteipraxis zu gewährleisten, sollten die beiden Bezirksleitungen „Abendvorträge durch bekannte Persönlichkeiten“ organisieren.

Der Lehrbetrieb auf der Hakeburg folgte genau jedem politischen Kurs und Kurswechsel. Und bei jeder Krise kriselte es auch im Lehrkörper. Die Bezirksparteischule der SED erwies sich als besonders anfällig, so daß es zu Konflikten mit der Bezirksleitung, mit dem ZK, aber auch mit den benachbarten, parteitreueren Schulen kam. Die „Entstalinisierung“, der Ungarn-Aufstand und die Kritik an Ulbricht lösten 1956 tiefgreifende Irritationen aus. In Parteiversammlungen wurde gefragt, warum das ZK keine Selbstkritik übe, warum echter Meinungsstreit unterdrückt werde, warum die Presse nicht offen über Ereignisse berichte, warum die noch in Kleinmachnow wohnende Hanna Wolf „sich durch Arbeiter Parteikohlen in ihren Keller schaffen“ lasse. Die meisten Genossen könnten nicht einsehen, warum sie nicht durch die Westsektoren fahren dürften. Karrierismus habe die bisherigen Diskussionen bestimmt, nicht persönliche Überzeugung. Die Spitze habe sich von der Wirklichkeit losgelöst. Die Linie der Partei werde ohne die Mitwirkung der Mitglieder festgelegt<sup>60</sup>.

Die Bezirksleitung reagierte prompt: „Es zeigt sich, daß die Hetze des Feindes gegen einzelne führende Genossen und gegen den Parteiapparat bei einer Reihe von Parteimitgliedern auf fruchtbaren Boden gefallen ist“. Jede weitere „Fehler-Diskussion“ wurde unterdrückt, das Ersuchen der Parteischule um „kameradschaftliche“ Aussprache abgelehnt und der Lehrkörper nach dem Ritus der Kritik und Selbstkritik streng gesiebt. Die „Komplexüberprüfung“ zog sich hin bis 1959. Im Ergebnis kam es zu Ablösungen und Strafversetzungen, sogar des Schulleiters W. Womacka. Andererseits wurde die Schulordnung für die Lehrgangsteilnehmer nochmals verschärft: erhöhte Pflicht zur Wachsamkeit gegenüber dem „Klassenfeind“, erweiterte Kompetenzen der Klassenlehrer, keinerlei Entfernung von dem 8-20 Uhr stattfindenden Unterricht und aus dem Gelände, im Monat einen Wochenendurlaub, Familienbesuche nur mit Sondergenehmigung, keine Fotos, „Übergabe“ betriebsfremder Personen an den Betriebsschutz, usw. Wer die Westsektoren betrat, war sofort der Schulleitung anzuzeigen.

Am 13. Juni 1960 schrieb ein Ehemann, Mitglied des Büros der SED-Kreisleitung Luckenwalde, einen empörten Brief an den Parteisekretär der Bezirksparteischule: Er habe seine Frau zu deren 29. Geburtstag besuchen wollen, sei aber vom Pförtner gehindert worden. Ein zweiter Pförtner habe gesagt, die Genehmigung müsse der „Kaiser von China“ erteilen, gemeint gewesen sei der Schuldirektor. Tatsächlich habe die Situation an die Chinesische Mauer erinnert. Selbst die Zoll- und Paßkontrollen an der DDR-Grenze seien nicht so kompliziert. Die Bezirksparteischule sei schließlich kein Kloster. Man möge diesen Brief an der Wandzeitung veröffentlichen, um die Meinung anderer Genossen zu hören<sup>61</sup>.

## 18. Der Joliot-Curie-Klub in der Hakeburg

Nach dem Mauerbau im August 1961 wuchs bei Angehörigen der Kleinmachnower Intelligenz die Unzufriedenheit. Der gewohnte, kulturelle Kontakt zu Berlin war unterbrochen. Besonders betroffen waren die „Berlin-Fahrer“, die entweder ihre Wohnung wechseln oder mit dem Auto täglich mehr als zwei, mit dem „Sputnik“ mehr als fünf Stunden zwischen Wohn- und Arbeitsort pendeln mußten. Das Politbüro erkannte die prekäre Situation und plante - im ideologischen Zusammenhang mit der Kampagne 1962 zur nationalen Frage und im organisatorischen Rahmen des Kulturbunds - die Einrichtung eines „Intelligenz-Klubs“. Als Vorbild diente der Klub, den Manfred von Ardenne in einer Villa auf dem Weißen Hirsch in Dresden gegründet hatte und der durch Vorträge zu riskanten Themen, freimütige Diskussionen und eine anspruchsvolle und preiswerte Küche von sich reden machte. Für die Kleinmachnower Intelligenz wurde die Hakeburg von der Partei freigemacht und dort eine eigene Gastronomie eröffnet<sup>62</sup>.

Auf der Gründungsveransaltung des Klubs am 17. März 1962 referierten Vertreter des Kulturbunds, musizierten und rezitierten bekannte DDR-Künstler. Bald darauf wurde freilich der Name Frederic Joliot-Curie verliehen. In den Klubrat ließen sich Schriftsteller, Künstler, Lehrer, Ärzte, aber auch Ingenieure und Naturwissenschaftler aus örtlichen Institutionen und Betrieben wählen. Die ersten Veranstaltungen sind mit Namen wie Prof. Herrman Klare, später Präsident der Akademie der Wissenschaften, Frank Beyer, Walter Kaufmann, Herbert Köfer, Harald Kretschmar, Kurt-Hermann Kühn, Wilhelm Neef und Herbert Otto verbunden.

Schon am 6. März sprach Horst Sindermann, später Mitglied des Politbüros, zum heiklen Westberlin-Problem. Die politischen Umstände, auf die sich die Diskussion bezog, erscheinen heute absurd. Der Berliner Senat unter Willy Brandt, der unmittelbar nach dem Mauerbau jede Verhandlung mit der DDR-Behörde ablehnte und Passierscheinstellen verbot, mußte sich vorwerfen lassen, familiäre und freundschaftliche Kontakte zu stören.

Nach Ablauf eines Jahres weist die Statistik insgesamt 309 Mitglieder und 20 276 Besucher auf, davon die knappe Hälfte zu 127 Klubveranstaltungen. Von Anfang an erschien regelmäßig monatlich ein Programmheft, das politische, literarische und wissenschaftliche Vortrags- und Diskussionsabende, Filme, Konzerte, Schriftstellerlesungen und Kunstausstellungen, auch Modenschauen und Tanzabende ankündigte. Im allgemeinen war das Klima humorlos. Trotzdem kam es zu komischen Situationen. Im September 1962 erscheint in den öffentlichen Mitteilungen eine Notiz, daß die Veranstaltung zu Hermann Hesses Roman „Der Steppenwolf“ ersetzt werde durch ein Gespräch mit Gerald Götting, Vorsitzenden der CDU und Stellvertretenden Vorsitzender des Staatsrats.

Der VI. Parteitag der SED im Januar 1963 bewegte prominente Genossen wie Fernsehintendant Heinrich Adameck und Kurt Seibt in den Klub, um die unmögliche Frage zu erläutern, wie sich durch Literatur eine Steigerung der Arbeitsproduktivität erreichen lasse. 1963 widmete der Klubrat besondere Aufmerksamkeit der Reihe „Junge Leute lesen Lyrik“. Einige Prominente gaben ihr Debüt als Kleinmachnower Bürger: im November 1963 las Christa Wolf aus ihrer Erzählung „Der geteilte Himmel“, im Februar 1964 sprach Heinz-Florian Oertel über die Olympiade in Innsbruck.

Das HOG-Restaurant richtete zunächst nur einen „Sonntagsmittagstisch“ ein, der mit durchschnittlich 36 Gästen nicht den erwarteten Zuspruch fand. Seit Anfang 1963 wurde außer Montag täglich von 12 bis 24 Uhr geöffnet. Die Preise lesen sich wie ein Märchen. Das Gedeck 1 mit Spargelsuppe, Rinderroulade und Kompott kostete 4,90 Mark, Kaviar mit Butter und Toast 7,30 M, Kalbsteak mit Champignon 4,45 M, Krebsfleisch 3,25 M, Beelitzer Landschinken auf dem Holzbrett 2,10 M, Rahmgefrorenes mit Früchten 1,50 M und Ochschwanzsuppe Madeira 0,85 M. Einen „sowjetischen Cognac“ erhielt man für 1,48 M, einen Weinbrand Edel schon für 0,97 M, eine große Flasche Radeberger für 1,60 M, eine Tasse Kaffee für 0,94 M. Noch heute schwärmen die Besucher von der Gastronomie, die auch für private Feierlichkeiten zur Verfügung stand.

Eine über die Region hinausgehende Bedeutung wie der Dresdner Ardenne-Klub erreichte der Joliot-Curie-Klub während seiner Tätigkeit auf der Hakeburg nicht. Unter Aufsicht der benachbarten Parteischule, deren Direktor im Klubrat saß, wurde streng auf den erlaubten Rahmen geachtet. Von Festivitäten und Kunstausstellungen abgesehen,

verliefen die Veranstaltungen zunächst brav, steif und provinziell. Erst allmählich entdeckten Berliner Schriftsteller und Künstler, daß man in Kleinmachnow ein offenes Wort riskieren konnte. Dabei kam es zu Vorfällen, die das Mißfallen des Politbüros erregten. Wolf Biermann sang im überfüllten Saal aufmüpfige Lieder, freilich bei gemessenen Applaus, weil die Gäste eigens ausgewählt waren. Manfred Krug trat mit einer Jazz-Band auf. Harald Hauser bezieht sich in einer Eintragung im Gästebuch im Oktober 1965 auf einen früheren Besuch der Hakeburg während eines Parteilehrgangs 1948 und auf eine aktuelle „Debatte über Risiko“. Renate Holland-Moritz und Lothar Kusche entbieten ebendort der „Autonomen Republik Kleinmachnow“ ihren Gruß, Günter Kunert proklamiert seine „Riesenseinskraft“.

Das Interesse der SED am Wohlbefinden des Klubs erlahmte durch solche Vorfälle. Dagegen nahm das Interesse, die Hakeburg für die Partei als Gästehaus zurückzugewinnen, überhand. Im Herbst 1967 wurde dem Intelligenz-Klub das Haus an der Philipp-Müller-Allee (Zehlehdorfer Damm) 45 zugewiesen, nach dessen Rekonstruktion er dort schon Silvester feiern und im Februar 1968 offiziell eröffnen konnte. Die gewachsene Entfernung zur Parteischule dürfte ihm gut bekommen sein.

Das Gästehaus diente fortan der Bezirksschule des ZK, wurde aber auch als eine Art Pension Mitarbeitern volkseigener technischer Betriebe im Raum Teltow-Stahnsdorf-Kleinmachnow zur Verfügung gestellt. Außerdem fanden exklusive Tagungen statt. Z.B. traf sich hier im November 1974 die Arbeitsgruppe Aus-, Weiter- und Fortbildung der Gesellschaft für Allgemeinmedizin. Ein Teilnehmer berichtet, die Gruppe sei von livrierten Dienern empfangen und behandelt worden wie das Diplomatische Korps. Der Empfangsabend an einer Hufeisentafel mit einem Quadratmeter Eßfläche pro Person - Hauptgericht Spanferkel - habe mit seinem feudalen Flair allen den Atem verschlagen.



## 19. Widersprüche zwischen Ideologie und Realität

In den siebziger Jahren tauchen in den Einschätzungen der Bezirksparteischule durch die Potsdamer Parteileitung erneut Klagen auf: der Lehrkörper sei überaltert und den Anforderungen „gesundheitlich und geistig nicht mehr gewachsen“; er scheue sich vor Engagement im eigenen Wohngebiet; viele Kinder der Lehrer seien renitent oder republikflüchtig; die Lehrgangsteilnehmer wollten keine hauptamtlichen Parteifunktionen übernehmen, vielmehr weiter in ihren alten Betrieben arbeiten; aus den westlichen Medien würden kritiklos Argumente übernommen; das Verhältnis beider deutscher Staaten erfahre eine „versöhnlerische“ Interpretation. Wieder sah sich die Bezirksleitung zu „Erziehungsmaßnahmen“ gezwungen.

In den Akten überliefert ist eine Aufstellung früherer Parteirügen, die man den betreffender Lehrern bei den „Ausprachen“ unter die Nase reiben konnte. Die Begründungen lesen sich zuweilen rührend und zugleich grotesk: „fahrlässiger Umgang mit Parteidokument“, „bei Ernteeinsatz zwei Eier aus dem Stall gestohlen“, „Verletzung der Wachsamkeit“, „Überheblichkeit“, „falsche Einschätzung der Lage im Kreis“, „Durchfahren der Westsektoren“, „parteischädigendes Verhalten: Eheprobleme“, „Benutzung KFZ unter Alkoholeinfluß“. Verwarnungen waren wegen der Zugehörigkeit zu Kirchen ausgesprochen worden<sup>63</sup>.

1973/1974 richtete das ZK zusätzlich zu dem regionalen „Parteischulkombinat“ eine zentrale Sonderschule ein. An ihr studierten Mitarbeiter der ZK-Abteilungen, Auslandskader, Diplomaten, aber auch Funktionäre der ausländischen Bruderparteien. Die Gesamtkapazität der Schulungsstätte belief sich etwa auf 450 interne und 250 externe Plätze. Mit dem Einzug der Sonderschule wurden die Aula im Sockelgeschoß und die Küchen- und Speiseräume im Obergeschoß von Haus 6 rekonstruiert.

Überhaupt widmete die Parteiführung von Anfang an große Aufmerksamkeit der Erhaltung der Bausubstanz und der Versorgung der Lehrer und Studenten. Sie sorgte für eine bevorzugte Belieferung mit Konsumgütern und für günstige Sonderpreise. Sportanlagen, eigene ärztliche Ambulanz, Post, Buchhandlung, Bäckerei, Schuhmacherei,

Tischlerei erleichterten die Probleme des Alltags. Materielle Privilegien sollten die militant-disziplinäre und ideologische Bevormundung erträglich machen.

1978/1979 wurde das regionale „Parteischulkombinat“ Julian Marchlewski nach Potsdam-Waldstadt umquartiert. Das ZK benötigte die gesamte Kapazität für die Erweiterung der Sonderschule. Voraus ging 1977 ein Neubau: Das bei Kriegsende zerstörte Haus 4 wurde fünfgeschossig ohne Keller völlig neu rekonstruiert, wobei der südliche Kopfbau im Kern erhalten blieb, freilich ohne das Mosaik. Aus Anlaß des 60. Jahrestages der Gründung der KPD Mitte 1978 erhielt die Sonderschule den Namen Karl Liebknecht und wurde unter diesem Namen sogar in das Grundbuch eingetragen. Die Büste des Arbeiterführers fand im Foyer von Haus 5, der Direktion Aufstellung. Wie böse Zungen behaupten, spielte bei der Umbenennung eine Rolle, daß man in der Volksbildung der DDR die Hilfsschulen als Sonderschulen bezeichnete.

Schwerpunkt der Lehre wurden die Weiterbildung leitender Kader für Agitation, Propaganda und Kultur, die Qualifizierung von Parteischullehrern sowie das Ausländerstudium. Der Vermittlung russischer Sprachkenntnisse diente eine eigene, neue Abteilung mit einer Kapazität von 70 Plätzen. Der Stellenplan der Parteischule Karl Liebknecht sah 52 Lehrkräfte und 136 technische Mitarbeiter vor, davon 56 für Küche und Versorgung, 20 Mann Wachpersonal, einen Arzt und 6 Kraftfahrer. Ein Beschluß des Sekretariats des ZK vom 8. Juli 1987 vermerkt, daß seit 1978 auf 638 Sechs-Monate- und Kurz-Lehrgängen sowie in einem Einjahreslehrgang 109.042 Parteisekretäre auf Kreisebene, Parteischulehrer und Abteilungsleiter auf Bezirksebene mit der „wachsenden Führungsrolle der Partei und den sich daraus ergebenden höheren Anforderungen“ vertraut gemacht wurden. Hauptanliegen bestehe in der Unterrichtung von Strategie und Taktik. 112 Absolventen hätten ein gesellschaftswissenschaftliches Diplom erworben. In 433 Kurzlehrgängen seien 100.799 Kader des Partei- und Staatsapparats, auch der Massenorganisationen und Botschaften, in den Grundfragen des Marxismus-Leninismus fortgebildet worden. Als „internationalistische Hilfe“ habe die Parteischule 2040 Genossen aus 31 Ländern Lateinamerikas, besonders Chile und Nikaragua, die Erfahrungen der SED vermittelt. Der gleiche Beschluß sieht für 25 Millionen Mark eine Rekonstruktion der Küchen- und Versorgungsanlagen vor. Für 15 Millionen Mark sollten die Internatsgebäude erneuert werden.

ZK und Bezirksleitung Potsdam ließen 1979 auch die Hakeburg erneut rekonstruieren und völlig neu einrichten, so daß sie ab März 1980 als Gästehaus für Prominente dienen konnte. Hier wohnten die Mitglieder des Politbüros und hohe Staats- und Parteigäste wie Michael Gorbatschow, wenn sie in Kleinmachnow und im Bezirk Potsdam zu tun hatten.

Eine ausführliche Darstellung der DDR-Zeit würde zu weit führen. Die Widersprüche zwischen Parteiideologie und Realität, zwischen öffentlicher Lehre und persönlicher Überzeugung bewirkten eine merkwürdige Schizophrenie, auf die Wolfgang Leonhard in seinem Buch „Spurensuche“ eingeht. Sie betrifft schon die Übernahme des Baukomplexes durch die SED: Der Innenarchitekt Selman Selmanagic kam aus der Bauhastradition und konzentrierte sich auf die neuen Funktionswerte. Die Bedeutungswerte wurden neutralisiert. Das im Plattenbau neu errichtete Haus 4 paßte sich dem Bestand an. Es gab auch keinerlei schriftliche Hinweise zur jüngsten Geschichte, keine historische Vermittlung. Man sollte die Nazi-Vergangenheit des Orts möglichst nicht befragen. Als ein Lehrer der Bezirksparteischule ein Mahnmal für die KZ-Häftlinge einrichten wollte, die in der ehemaligen Forschungsanstalt der Reichspost arbeiten mußten, wurde er von der Schulleitung streng verwarnt<sup>64</sup>.

Auswechselbare Spruchbänder und Plakate verwiesen auf die „neue Zeit“. In den achtziger Jahren ließ die Karl-Liebknecht-Sonderschule die Mosaik von Carl Crodel über den Hauseingängen mit bunten Porträts von „Arbeiterführern“ verhängen, die leicht wieder entfernt werden konnten. Merkwürdig, daß sich die SED an ihrer zentralen Schulungsstätte nur durch kurzlebige Manifeste dokumentierte. Im quellenkritischen Sinn hinterließ sie „Überreste“, aber keine - zum Zweck der historischen Information geschaffenen - „Traditionen“. Das einzig wirkliche Denkmal ist die Bildnisplakette am Gedenkstein für Karl Marx, die Otto Maerker 1953 schuf, ohne dafür im Parteiorgan Dank zu ernten.

Das Hakeburg-Gelände schottete sich als Parteischule gegen den Ort ab wie als Nazi-Ministerresidenz und Forschungsanstalt. Die Öffentlichkeit blieb nach wie vor ausgeschlossen. Wie auf Karten der Nazi-Zeit ist auch auf den meisten Stadtplänen der DDR-Zeit die Bebauung nicht eingetragen. Ein von Rudolf Sternberg gezeichneter Plan Kleinmachnows zeigt in der Ausgabe vom Dezember 1946 noch sechs langgestreckte Institutsgebäude, in allen späteren Editionen fehlen sie.

## 20. Was nun?

Die unsichere Situation nach der Wende ähnelte der nach Kriegsende. Die erste Nutzungskonzeption sah eine Modernisierung und den Neubau von 20.000 qm „Bürofläche“ vor. Wegen der ungeklärten Eigentumsverhältnisse folgten jedoch keine Eingriffe. Der „Runde Tisch“ wollte das ganze Gelände der Gemeinde übereignen. Diesmal erhob die Kommission zur Überprüfung der Parteivermögen Einspruch, mit mehr Erfolg als 1945/1946 die Zentralverwaltung der Post. Im Herbst 1995 erfolgte die Rückübertragung an Telekom als Rechtsnachfolgerin der Forschungsanstalt. Sie will die unter Denkmalschutz stehende Hakeburg - jetzt ein attraktives Hotel - unangetastet lassen. Aber sie erwägt - nach dem Stand Mai/Juni 1996 - das Ensemble aus der Nazi-Zeit abzureißen, das heute als „Bit-Center“ einem Hotelkomplex, einer Waldorf-Schule, Medien- und Gewerbetrieben, Behörden, Rechtsanwälten und Unternehmensberatern Raum bietet. An seiner Stelle soll ein modernes, überregionales Verwaltungszentrum für etwa 2000 Mitarbeiter entstehen. Der Gang, der parallel zur A-Straße in den Seeberg hinein gebaut ist und die sechs Häuser verbindet, soll durch eine riesige Tiefgarage ersetzt werden<sup>65</sup>.

Das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz hat während einer Fachtagung im November 1993 einstimmig einen Appell verabschiedet, „die gebauten Zeugnisse der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft als Objekte der Denkmalpflege zu thematisieren und öffentlicher Aufmerksamkeit zu empfehlen“<sup>66</sup>. Das Unterschutzstellungsverfahren, das der Landeskonservator Brandenburg eingeleitet hat, entspricht dieser Intention. Die Einbeziehung des Hakeburg-Geländes in das Landschaftsschutzgebiet Parforceheide dient dem Schutz des Parkbestandes. Vor Telekom steht die Frage: Was nun? Die historische Aufarbeitung von Nazi-Architektur ist ein heikles und schwieriges Thema. Wenn noch eine Umnutzung durch die SED erfolgte, wächst die Ratlosigkeit. Durch die undifferenzierte, pauschale Gleichsetzung von zwei totalitären Systemen wird sie vergrößert. Aber die lästigen Seiten der Geschichte lassen sich nicht abstreifen oder verdrängen, weder aus Angst vor unbequemen Fragen noch wegen der Interessen kapital-

kräftiger Investoren. Zu überlegen ist, wie das Ensemble für neue Nutzer saniert und wie durch Vermittlung von Geschichtskennntnissen eine produktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit angeregt werden kann<sup>67</sup>.

Wer die Bauwerke heute besichtigt, wird nach ihren Bedeutungs- und Funktionswerten fragen. Nur die schriftlichen Quellen zeigen die Veränderung in Symbolik und Gebrauch. Wenn wir die einzelnen Ereignisse verfolgen, tut sich die interessante Fallstudie eines Funktionswandels auf. In lokalen Begebenheiten widerspiegeln sich nationale Zusammenhänge, in privaten Interessen und bürokratischen Entscheidungen politische Machtstrukturen. „Geschichten von unten“, Geschichte des Alltags und der Alltagskultur kreuzt sich mit Herrschaftsgeschichte. Das Menschlich-Allzumenschlich spielt unter allen Umständen eine Rolle und reizt zum Vergleichen auch mit heutigen Tagen und Situationen. Der Blick in die Geschichte ist immer hilfreich: Wer mehr weiß, sieht mehr!



## Quellen, Literatur und Anmerkungen:

Wertvolle Hinweise verdanke ich Diplomarchivar Ulrich Roeske, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (früher Potsdam) und Dr. Joachim Kundler, Museum für Post und Kommunikation Berlin.

### 1. Quellen:

Das Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (früher Potsdam) verwahrt unter den Akten des Reichspostministeriums auch die der Hakeburg und der Forschungsanstalt der Deutschen Reichspost (RPF). Da die Schriftstücke in der Regel nicht seitenmäßig nummeriert sind und sich die Ordner bzw. Bände inhaltlich überschneiden, würde der Apparat durch ausführliche Bezeichnungen unmäßig aufgebläht. Ich beziehe mich auf R. 47. 01, laufende Nummern 22983-22999 (Haushalt, Personal, Ausweichorte, Barackenbau), 23004-23010 (Erfindungen, Patente, allgemeine Verwaltung), 23045 (Hakeburg 1937-1938 und Anhang 1946), 24705 (Briefe der Patentabteilung der RPF), 25894 (RPF Kleinmachnow Dez. 1937 - Jan. 1943), 25896/25897 (Grundstückserwerbe 1939-1943 der RPF und RPF Kleinmachnow Herbst 1936 - Februar 1938) sowie R. 47. 05 (Kriegsjahre).

Weitere Unterlagen besitzt die Aktei der Deutschen Post AG, Direktion Potsdam, und zwar unter: OPD Potsdam, Signaturen B 23-28 (B 6041, B 6045, B 6101). Sie betreffen Ankaufsverhandlungen Hakeburg, Grundstückserwerbung RPF, Grundbuchabschriften, Katasterunterlagen, Dienstwohnungen in der Hakeburg (Wohnungsmiete Ohnesorge), Umbau Hakeburg, Steuern und Abgaben Hakeburg, Grundstücksverwaltung, Überlassungsabkommen mit dem Reichswasserstraßenamt wegen des neuen Schleusenbaues, Luftschutzbunker, Künstler- und Handwerkeraufträge, Gartenbedarf, Schriftwechsel bis 1946, Affäre Spielkasino und Übernahme der Postgrundstücke in das Eigentum der Fundament-GmbH (SED).

Die Position Ohnesorges im NS-Staat, besonders sein Verhältnis zur SS, geht hervor aus Akten des Bundesarchivs Abt. Reich (ehemals Berlin Document Center-BDS): Akte Partei-Kanzlei (PK/258), Akte SS (780-876, speziell Obergruppenführer Berger), Akte Postschutz (259), Akte RPM.

Eine Kopie des von Ohnesorge unterzeichneten Dokuments über die Aufgaben der RPF vom 12. Januar 1937 liegt im Landesarchiv Berlin unter Sta Rep. 90. Wichtige, ergänzende Hinweise zur Erteilung der Baugenehmigung der RPF finden sich im Bundesarchiv, Akten des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt, 4606, Nr. 2147.

Quellen zur Siedlungsgeschichte 1919-1944 von Kleinmachnow befinden sich im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, Rep. 2a Reg. Potsdam, Abt. 1 laufende Nummern 40821-40825.

Im Archiv der Gemeinde Kleinmachnow liegen einige Pläne und Briefe zu Umbauten in der Hakeburg.

Das Kreisarchiv des Landkreises Potsdam-Mittelmark in der Stadt Brandenburg bewahrt unter der Signatur 51.28/8 Kopien von Verträgen und Briefen zur Einrichtung des Spielkasinos und zur Beschlagnahme durch die SMAD auf. Unter S. 51.28/17 findet sich Korrespondenz zum Wohltätigkeitsfest auf der Hakeburg am 30. März 1946. Unter S. 51, 28/44 sind Akten der Gemeinde Kleinmachnow und des Landrats des Kreises Teltow zur Enteignung der Hakeburg, auch die Korrespondenz mit der Zentralverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands abgelegt.

Die Angaben zur Parteihochschule Karl Marx beruhen auf den Akten der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde unter folgenden Signaturen: NY 4036-434, 459 (Wilhelm Pieck, Reden, Jan.-Mai 1948, Sept.-Okt. 1952), NY 4072-68, 74 (Franz Dahlem, Lektionen, Okt. 1948, Aug.-Dez. 1952), NY 4090-134 (Otto Grotewohl, Rede zur Eröffnung der Parteihochschule am 10.1.1948), NY 4182-322 (Walter Ulbricht, Rede-Manuskripte, Protokolle über Diskussionen 1948), DY 30/IV 2/2.1/135-263 (besonders 160: Übersiedlung der Parteihochschule Karl Marx nach Kleinmachnow, Kurse und Lehraufgaben in Protokollen der Sitzungen



des Zentralsekretariats der SED 1946-1949), DY 30/J IV/2/2/377, Vorlage: DY 30/J IV/2/2/A/369 (Umzug Parteihochschule nach Berlin im Polit-Büro-Beschluß vom 17.08.54).

Im Lesesaal des Bundesarchivs befindet sich die Monatsschrift „Theorie und Praxis, Organ der Direktion, der Parteileitung und des Gewerkschaftskomitees der Parteihochschule Karl Marx beim ZK der SED“, gedruckt Märkische Volksstimme Potsdam, Jahrgang 1952 und 1953.

Die Unterlagen über die Bezirksparteischule und die Sonderschule der SED-Bezirksleitung Potsdam befinden sich im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, und zwar unter Bez. Pdm. Rep. 530: IV/2/9.03-1714, 1856-1858, 1863-1891 (Berichte, Vorlagen, Rundschreiben, Weisungen, Arbeits-, Lehr- und Themenpläne, Schulordnungen, Protokolle Sonderschule u. BPS. 1953-1962), IV A/2/9.01-779-785, 792 (Materialien der Sonderschule 1963-1967), IV B/2/9.02-735 (Einschätzungen zur Kapazitätsauslastung der BPS mit Einjahres- und Sonderlehrgängen 1968-1971), IV B/2/9.03.734 (Protokolle des Wissensch. Beirats der BPS 1969, 1971), IV B/2/9.03-736-37 (Lehrprogramme und Stud. Pläne der Einjahrlehrgänge 1969-1970), IV B/2/9.03-738-39 (Lehrprogramme und Stud. Pläne für Grundlehrgänge 1968-1970), IV B/2/9.03-741 (Lehrprogramme, Stud. Pläne, Leitungsprotokolle 1969-1971), IV B/2/9.03-916 (Analysen der Lehrgänge 1968/69), IV C/2/9.01-756 (Jahreskonzeptionen des Schulleiters 1972-1976), IV C/2/9.01-757 (Gesamteinschätzungen), IV C/2/9.01-758-763 (Unterrichtsprogramme 1972-1976).

## 2. Literatur:

- Bibliographie der Geschichte der Mark Brandenburg, Teil III, bearbeitet von Hans-Joachim Schreckenbach, Böhlau Weimer 1972, S. 443-445 (!).
- Hans Peter Dreier, 600 Jahre brandenburgische Familie von Hake, Keller-Druck-AG, 1994.
- Werner Durth, Deutsche Architekten, DTV-München, 1992.
- Bodo Ebhardt, Der Schloßbau, Berlin-Grunewald, 1914.
- Guido Habers, Empfangsräume des Reichspostministeriums in der Hakeburg, in: Der Baumeister, München 1938/X, S. 305-326, Tafeln 93-102.
- Dietloff von Hake, Kleinmachnow, die Geschichte eines märkischen Rittergutes und seiner Besitzer, Berlin 1934.
- E. Kitzler, Die alte Hakeburg in Kleinmachnow, in: Die Mark, 10. Jahrg. 1913/14.
- Hans Koch, Chronik von Kleinmachnow, Haude & Spener Berlin, 1983, (2) 1990.
- Horst Krüger, Hrsg., Das Ende einer Utopie, Olten u. Freiburg i. Br. 1963 (Berichte von Michael Miller, Hermann Weber, Carola Stern über Eindrücke an der Karl-Marx-Hochschule Hakeburg Kleinmachnow).
- Herbert Lange, Denkmale in Kleinmachnow, hrsg. vom Gemeindeamt Kleinmachnow, 1993.
- Herbert Lange, Spaziergänge in Kleinmachnow (Berlinische Reminiszenzen No 71), Berlin 1995.
- Dieter Mehlhard, 40 Jahre Gemeinde Kleinmachnow 1.4.1960, Kulturspiegel Kleinmachnow, hrsg. vom Rat der Gemeinde.
- Dieter Mehlhard, Kleinmachnow, Geschichte und Entwicklung des Ortes, hrsg. vom Kulturbund Kreis Potsdam-Land, Juli 1954.
- Dieter Mehlhard, Beiträge zu einer Besiedlungsgeschichte Kleinmachnows, Kulturspiegel Kleinmachnow 1960, 6. Jahrgang, Heft 4, S. 145-176.
- Herbert Leclerc, Dr. Ohnesorge und die Deutsche Reichspost, in: Archiv für Deutsche Postgeschichte, 1988/2, S. 120-154.
- Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Reclam-Ausgabe Leipzig 1990, Bd. II, S. 554.
- Wolfgang Leonhard, Spurensuche, Köln 1992, S. 207-237.
- Pniower, Kleinmachnow, Brandenburgia 1918, S. 32.
- Gert R. Überschär, Die Deutsche Reichspost im Zweiten Weltkrieg, in: Deutsche Postgeschichte, Lotz, W. (Hrsg.), Berlin 1989, S. 289-320.

### 3. Anmerkungen:

- 1 Theodor Fontane, Wanderungen durch die Mark, hrsg. von G. Erler und R. Mingau, Bd. 4, Berlin 1994, S. 280ff.
- 2 von Hake, Kleinmachnow, S. 57ff.
- 3 Ebhardt, Der Schloßbau, S. 19f, Lageplan der Hakeburg und Foto des Torhauses S. 13, 15.
- 4 zu Bodo Ebhardt vgl. Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler von der Antike bis zur Gegenwart, V. Thieme (Hrsg.), Bd. 10, Leipzig 1914, S. 309; Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler des XX. Jahrhunderts, H. Vollmer (Hrsg.), Bd. 2, Leipzig, 1955, S. 6; F. Jansa, Deutsche Bildende Künstler, Leipzig, 1912.
- 5 Lange, Spaziergänge in Kleinmachnow, S. 74-84.
- 6 Otto Piper, Burgenkunde, München, 1912, Vorwort zur dritten Auflage und S. 634f. Vgl. auch Auseinandersetzung Heinrich v. Geymüller mit Piper über die Restaurierung der Hohkönigsburg in der Zeitschrift für Geschichte der Architektur I, Artikel G., S. 65-75, und die Erwiderung Pipers, S. 186-188.
- 7 Wie aus einem Vermerk des Reichspostzentralamts (RPZ) vom 2.10.1936 für die Reichspostdirektion (RPD) Berlin-Charlottenburg hervorgeht, waren für die Forschungsanstalt der DRP in Aussicht genommen: 1. ein Grundstück in Dahlem an der Thiel-Allee, 2. die Hakeburg, 3. ein Grundstück am Gut Düppel in Zehlendorf, 4. ein Grundstück zwischen Lichtenrade und Mahlow.

Die RPD wird angehalten, möglichst bald die jetzigen Eigentümer, die genauen Größen und die Bedingungen für den Erwerber festzustellen und dem RPZ mitzuteilen, da dieses bis zum 5.10.1936 dem Reichspostministerium (RPM) Bericht erstatten müsse.

Vgl. Akte der PD Potsdam, B 25 (B 6045).

Die RPD Berlin-Charlottenburg tritt bei der Grundstücksverwaltung mehrfach in Erscheinung. Z. B. sicherte sie die Pflege der Rehe im Park. In einem Brief vom 06.11.1937 erwirkte sie beim Kreisjägermeister die Genehmigung zum Abschluß von Füchsen, Kaninchen und Hähern. Weitere Korrespondenz beschäftigt sich mit der Erhaltung des Forstbestands und der Bekämpfung des Borkenkäfers.

Die im April 1937 eingerichtete „Bauleitung Hakeburg“ - zunächst dem Reichspostzentralamt (RPZ), dann der Reichspostbaudirektion (RPBD) angegliedert und stets im engen Kontakt mit dem Reichspostministerium (RPM) - reichte am 18. Juni eine Beschwerde der

Berliner Gartenarchitektin Herta Hammerbacher, die für die Bepflanzung des neuen Wintergartens sorgte, an das Postamt Zehlendorf weiter. Die weltbekannte Fa. Karl Foerster aus Bornim hatte im Frühjahr die Gärten neu angelegt, und nun verdorrten die jungen Pflanzen, weil sie von den angestellten Gärtnern nicht genügend gewässert wurden.

Am 18. Juni 1938 schrieb die Bauleitung an die RPD wegen eines „großen Fischsterbens“ im Machnower See, dessen nördlicher Teil zum Eigentum der Reichspost gehörte. Der Verursacher wurde gesucht, um ihn zur Kasse zu bitten, aber ohne Erfolg. Im Juli 1939 wiederholte sich die Tragödie. Mit Hilfe des Teltower Landrats konnte der Schuldige diesmal ausfindig gemacht werden:

die Zehlendorfer Spinnstoff-Fabrik, der aus einem gerissenen Behälter 10.000 Liter Schwefelsäure ausgelaufen waren.

Die Beseitigung der ans Ufer geschwemmten toten Fische wurde mit 235 RM veranschlagt. Der Oberfischmeisters der Provinz Brandenburg schätzte in einem Gutachten vom 30. April 1940 den Schaden am Fischbestand auf 360 RM, so daß die Versicherung im August 1940 der Generalpostkasse 595 RM überwies.

Vgl. Aktenvermerke und Schreiben vom 25.8., 19.9.1939, 11.6, 24.8.1940, Blatt 232, 233, 367, 368, Aktei der PD Potsdam B 25 (B 6045).

- 8 Vermerk vom 4.1.1937 in der Aktei der PD Potsdam, B 25 (B 6045), Kaufvertrag vom 18.1.1937 im Bundesarchiv, R. 47.01, 23045.
- 9 Aktei der PD Potsdam, B 25 (B 6045).
- 10 Schreiben des Reichsministers der Luftfahrt vom 12.3.37 an Ohnesorge und dessen Antwort vom 6.4.37, Bundesarchiv R. 47.01, 25897.
- 11 Bundesarchiv R. 47.01, 25897.
- 12 Ausführungen zur Position Ohnesorges im NS-Staat mit ausführlichen Quellenangaben finden sich bei Leclerc, Dr. Ohnesorge und die Deutsche Reichspost, S.120-154, und Überschär, Die Deutsche Reichspost im Zweiten Weltkrieg, S. 289-320.
- 13 Bemerkungen des Rechnungshofs und Aktenvermerke des Reichspostministeriums Frühjahr 1939-1940, Bundesarchiv, R. 47.01, 25895. Vgl. auch Vermerk der RPF vom 13. Juli 1937. „In der Hakeburg besitzen wir keine Dienstzimmer, es ist von uns auch nicht beabsichtigt, Dienststellen dort einzurichten ...“ (23045). In der Besprechung zum Bebauungsplan am 8. Juli 1937 mit PBR Schmidt und dem Leiter der RPF Dr. Bannertz legte Ohnesorge ausdrücklich

fest, daß sein Sitz auf dem Hakeburg-Gelände eingezäunt wird und die RPF keinen Zugang zum See erhält, vgl. Bundesarchiv 25897 und Aktei PD Potsdam B. 27.

14 Archiv der Gemeinde Kleinmachnow.

15 (Entwurf) Grundblatt des posteigenen Grundstücks Kleinmachnow Hakeburg/ Zehlendorfer Damm Nr. 185 mit Lageplan, Band 6, Blatt 126, Punkt 13 im Bundesarchiv R. 47.01, 23045.

16 Mietvertrag Fleischmann samt Korrespondenz Bundesarchiv R 47.01, 23045 und 25897. Aus der Mitteilung des RPZ vom 20.3.1937 an das RPM geht hervor, daß der Ausbau von zwei Dienstwohnungen im 1. Obergeschoß der Hakeburg mit 40.000 RM und der großen Halle mit 15.000 RM veranschlagt und der Baubeginn für den 22.3. festgesetzt wurde, daß OPBR Werner (RPM) und die Postbauräte Schmidt (RPD) und Maier (RPZ/RPBD) die Bauarbeiten leiteten und zugleich auch mit dem Umbau Pförtnerhaus, dem Neubau Bootshaus sowie der Einfriedung beauftragt waren, vgl. Aktei PD Potsdam B. 27.

17 Bundesarchiv R. 47.01, 23045 und 25897.

Der mit Ohnesorge aneinandergeratene Ebhardt genoß die Sympathie von Albert Speer. Im Juni 1942 nahm dieser sogar die Schirmherrschaft über die „Vereinigung zur Erhaltung deutscher Burgen“ an und lud den Vorsitzenden Ebhardt sowie „einige Herren des Vorstands“ zu einem Essen ein. Wenig später besuchte er Ebhardt an dessen Wohnsitz, auf der von ihm restaurierten Marksburg, und bereiste „mit ihm das Elsaß, wo einige Burgen besucht wurden“. Vgl. Chronik des Rüstungsministers Speer 1941/42 von Dr. Rudolf Wolters, im Bundesarchiv Koblenz R 3/1735.

18 Harbers, Empfangsräume des Reichspostministeriums in der Hakeburg, S. 305-326, Tafel 93-102.

19 Künstlerkorrespondenz 1937/1938 siehe Bundesarchiv R. 47.01, 25895 und Aktei der PD Potsdam.

Nähere Angaben zu den Künstlern siehe Hans Vollmer, Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler des XX. Jahrhunderts, Leipzig 1953f., Saur, Allgemeines Künstlerlexikon, München-Leipzig 1996ff., zu Crodel besonders Lexikon der Kunst, Bd. 2, Leipzig 1989. Mit Ausnahme von Carl Crodel und Hedwig Bollhagen werden sie in den deutschen Kunstzeitschriften der dreißiger Jahre der „Kunst im Dritten Reich“ zugeordnet.

20 Aus einem Aktenvermerk vom 27.2.1939 geht hervor, daß die Ha-

- keburg als Eigentum des Deutschen Reichs direkt dem Reichspostministerium unterstellt und die Verwaltung von der RPD Berlin-Charlottenburg übernommen werden mußte, siehe Akte PD Potsdam B 6045/ B 27 und Aktenvermerk vom 6.7.1938 im Bundesarchiv, R. 47.01, 25895. Gleichzeitig wurde der RPF ihr Grundstück in eigene Verwaltung übertragen.
- 21 Die Kündigung des Mietvertrages Fleischmann durch das Bauverwaltungsbüro des RPM erfolgte am 19.1. per 30.4.1939. Schon in einem internen Aktenvermerk vom März 1939 ist zu lesen, die Hakeburg solle nach Freiwerden der Wohnung Fleischmanns als Amtswohnung des Ministers Verwendung finden. Vgl. Akte PD Potsdam B 6045/ B 27 und Bundesarchiv, 47.01, 25897. Das von Fleischmann 1936 für den Eigenheimbau erworbene Kleinmachnower Grundstück befand sich im Hirschwechsel 8.
- 22 siehe Leclerc S. 121, 148 und Ueberschär S. 291 (Anmerkung 12). Die von Hitler Ohnesorge an seinem 70. Geburtstag gewährte Dotation in Höhe von 250.000 RM zur „Ausgestaltung“ des „ferneren Lebensweges“ soll zur Abfindung der geschiedenen Frau und zum Ankauf des Hauses in Wien verwendet worden sein.
- 23 Schreiben des Chefs der Reichskanzlei Dr. Lammers vom 21.5.1939 an Ohnesorge vgl. Akte PD Potsdam B 6045/ B 27. Mietvertrag Ohnesorge für die Generalpostkasse vom 1.7.1939 vgl. Akte Potsdam B 25.24 Bundesarchiv, Akte SS (Berger) und Leclerc S. 148.
- 24 Bundesarchiv, Akte SS (Berger) und Leclerc S. 148.
- 25 Bundesarchiv R 47.01, 23045 und Akte PD. Potsdam.
- 26 Aktenvermerk vom 3. November 1938, Akte PD Potsdam B. 24.
- 27 Korrespondenz zur Neugestaltung von Park- und Gartenanlagen vgl. Akte PD Potsdam B. 23-25. Rekonstruktion des Spandauer Teichs siehe B. 24, hier auch Genehmigung Ohnesorges vom 6.3.1940 zu den Kosten in Höhe von 11.900 RM.
- 28 Korrespondenz zum Bau und Umbau des Luftschutzbunkers in der Hakeburg u. Bauzeichnung vgl. Akte PD Potsdam B. 24.
- 29 siehe Bundesarchiv sowie Leclerc S. 140-143, Überschär S. 300.
- 30 siehe Bundesarchiv, Akte SS (Berger) und Leclerc S. 148.
- 31 siehe Akte PD Potsdam B. 24.
- 32 siehe Schreiben Ohnesorges an die RPF in Berlin-Tempelhof vom 12.1.1937 Landesarchiv Berlin STA Rep. 90; Manfred von Ardenne, Ein glückliches Leben für Technik und Forschung, Berlin 1972, S. 113ff; Albert Speer, Erinnerungen, Berlin 1969, S. 241.

- 33 Aktenvermerk Werner vom 18. Januar 1938 und Anordnungen Ohnesorges vom 12. März und 16. August 1938 siehe Bundesarchiv, R. 47.01, 25895; ebendort findet sich unter dem 2.3.1938 der Vermerk, daß ein Modell der RPF fertiggestellt worden ist, und am 23.3. der Auftrag für „künstlerische“ Lichtbilder; Schreiben Ohnesorges vom 14.1.1938 an den Finanzminister siehe Signatur 25897.
- 34 Aktenvermerke bzw. Briefentwürfe vom 13. Juli und 23.8.1937 kündigen den Beginn eines langwierigen Streits um die Einfriedung des Park- und Baugeländes am Zehlendorfer und Spandauer Damm an. Gemeinde, Landrat und Potsdamer Regierungspräsident beanstandeten den 360 m langen, 2,20 m hohen und dichten Lattenzaun, weil er im Gegensatz zum Orts- u. Landschaftsbild stehe. Sie forderten, daß er durch eine ortsübliche Einzäunung ersetzt oder 5 m zurückverlegt und durch Buschwerk verborgen werden solle. Zuerst versagte der Landrat die Genehmigung und verlangte den Abriß. Das RPM legte am 11.12. Beschwerde beim Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Potsdam ein, der - unter Einfluß des Landrats und Bürgermeisters - am 28.12.1937 den Widerspruch offiziell ablehnte. Die Bauleute des RPM erwogen Klage vor dem Bezirksverwaltungsgericht, aber der Hausjurist riet ab. Nach Erteilung der Baugenehmigung der RPF durch die Kreisbaupolizei/Landrat Teltow Ende 1938 verlor die Sache dann ihre Bedeutung. Vgl. Bundesarchiv R. 47.01, 25897.
- 35 Korrespondenz zum Genehmigungsverfahren siehe Bundesarchiv, R. 47.01, 25894, 25895, 25897 sowie 4606, 2147.
- 36 Schreiben vom 20.6.1938 an den Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Potsdam, siehe Bundesarchiv R. 2589.
- 37 Auf Grund der Bitte des Staatssekretärs im RPM Dr. Nagel vom 11.4.1938 wandte sich der Staatssekretär im Reichs- und Preußischen Ministerium des Inneren Pfundtner am 19.4.1938 an den Vizepräsidenten des Regierungspräsidiums Potsdam Dr. Honig und er suchte ihn, „im Benehmen mit dem kommissarischen Landrat, Oberregierungsrat Ihnen, dafür Sorge zu tragen, daß die entstandenen Schwierigkeiten möglichst bald beseitigt werden“. Am 9.11. schrieb Nagel an Pfundtner, die Baugenehmigung sei noch immer nicht eingegangen und die Verzögerung habe die „schwersten Hemmnisse für die Entwicklung der Forschungstätigkeit der Deutschen Reichspost ... für Staatsführung und Wehrmacht“ zur Folge. Er sehe sich daher genötigt, „die Bauarbeiten auch ohne Bauschein in Angriff zu

- nehmen“. Das war geprahlt; denn schon am 29.11. teilte Nagel Pfundtner kleinlaut mit, er sei erst jetzt durch ein Telefonat Speers am 26.11. über die wirklichen Kompetenzen aufgeklärt worden. Siehe Bundesarchiv, R. 47.01, 25895.
- 38 Zum Streit um die Kostenbeteiligung am Bau des Zehlendorfer Damms siehe Akte PD Potsdam B. 27.
- 39 Zur Auseinandersetzung um Kriwetz siehe Schreiben und Aktenvermerke vom 9.11. 38, 14.12.38, 31.12.38, 27.1.39, 29.5.41, Bundesarchiv R. 47.01, 25895.
- 40 siehe Bundesarchiv R 4701, 22983-22999, Leclerc S. 144ff
- 41 Zur Zusammenarbeit mit der SS siehe Leclerc S. 140-144, Überschär S. 297-302.
- 42 Mehlhardt, Kleinmachnow - vom Gutsbezirk zur Landgemeinde, Kulturspiegel, S. 204
- 43 Brief Ohnesorges vom 21.11.1942 an SS-Obergruppenführer Berger mit Bitte um Zuweisung von KZ-Häftlingen siehe Bundesarchiv R. 47.01, 25895.
- 44 Aktenvermerk des Bauleiters Kriwetz vom 6.7.1943 über den Einsatz der KZ-Häftlinge siehe Bundesarchiv Potsdam, R. 47.01, 25894.
- 45 Zu den Luftschutzmaßnahmen der RPF in den letzten Kriegsjahren siehe Bundesarchiv R. 47.01, 25894.
- 46 Zum Problem des nationalsozialistischen Erbes in der Architektur siehe die Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz Band 46 und 48, Architektur und Städtebau der 30er/40er Jahre, Konzept und Redaktion Werner Durth und Winfried Nerdinger, Bonn, 1993, 1994. Die NS-Architektur auf dem Kleinmachnower Seeberg ist in den beiden, sonst vorzüglichen Publikationen einer Fachtagung in München vom 26.-28.11. 1993 leider nicht erwähnt. Man könnte fragen, warum. Die Antwort ist einfach: weil sie der Öffentlichkeit und auch der kunsthistorischen Aufarbeitung seit Ihrer Entstehung entzogen war. Sie ist noch heute weithin unbekannt. Das Seeberg-Gelände schottete sich als Nazi-Ministerresidenz und RPF, dann als Parteischule hermetisch ab, als „Geheimnisträger“ hoch eingezäunt und streng bewacht. Es existierte im Ortszentrum von Kleinmachnow wie eine unzugängliche Insel. Eine Karte des Vermessungsamts Berlin-Zehlendorf vom März 1942 zeigt nur die Hakeburg. Analog ist auf den Stadtplänen der DDR-Zeit die Bebauung der RPF nicht eingetragen. Nur ein von Ru-



dolf Sternberg gezeichneter Plan Kleinmachnows in der Ausgabe vom Dezember 1946 gibt am Nordhang 6 langgestreckte Gebäude an. Sie fehlen in allen späteren Editionen. Die Parteischule wurde ebenso verborgen wie die Forschungsanstalt. Erst nach der Wende wurde es möglich, sich mit dem Objekt wissenschaftlich zu befassen. Zu Walther Schmidt siehe die Bemerkungen von Rudolf Wolters, publiziert und kommentiert bei Werner Durth, Deutsche Architekten, Biographische Verflechtungen 1900-1970, DTV-Wissenschaft, München 1992, besonders S.397 und 434. Der Nachlaß Schmidt liegt beim Architekturmuseum der Technischen Universität München und wurde unter der Leitung von W. Nerding für NS-Bauten in Bayern ausgewertet. Nach Aussage des Architekturmuseums enthält er kein Material zu Kleinmachnow.

- 47 Schreiben Hoenes vom 10.3.1939, Besprechung unter Leitung von Werner und Anweisung Schmidt an die RPBD vom 24.3.1939, siehe Bundesarchiv R. 47.01, 25895. Intervention Ohnesorges wegen Freistellung Hoenes im Schreiben vom 18.5.1944, ebendort Nr. 25894.
- 48 Zur Magistratspost siehe Gerd Gnewuch, Der Wiederaufbau der Post in Berlin nach 1945, in: Deutsche Postgeschichte, S. 339-341. Protokolle und Korrespondenz zur Übernahme des Hakeburg-Geländes zuerst durch die Magistratspost und dann durch die Zentralverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen in der sowjetischen Besatzungszone siehe Akte der PD Potsdam B. 24 und Bundesarchiv R. 47.01, Anhang zu Nr. 23045.
- 49 siehe Kreisarchiv des Landkreises Potsdam-Mittelmark Signatur 51.28/8.
- 50 siehe Kreisarchiv des Landkreises Potsdam-Mittelmark Signatur 51.28/44.
- 51 siehe Akte der PD Potsdam B. 24. Im Bericht der OPD Potsdam vom 16.1.1946 ist von der Beschlagnahme des Geländes im Dezember durch den Bürgermeister und die sowjetische Kommandantur keine Rede. Aber mehrfach wird darauf hingewiesen, daß die Häuser restlos ausgeplündert und die technischen Anlagen „von den Russen abgebaut oder gestohlen“ wurden.
- 52 siehe Kreisarchiv des Landkreises Potsdam-Mittelmark Signatur 51.28/17.
- 53 Aktenvermerke vom 1. und 11.4.1946 der ZVPF siehe Bundesarchiv R. 47.01, Anhang zu Nr. 23045. Am 17.4. teilte die ZVPF dem Bürgermeister von Kleinmachnow Casagrande mit, die Hakeburg sei

mit Postmitteln angekauft und 1937 dem Minister als Dienstwohnung zugewiesen worden. Die SMAD habe ihr das gesamte Vermögen der Deutschen Reichspost samt Liegenschaften überlassen, und so sei die Verpachtung an den Berliner Kasino-Club nicht rechtsgültig. Die OPD Potsdam sei beauftragt worden, postfremden Personen den Zutritt zum Grundstück zu versagen. Besonders verwehrte sich die ZVPF gegen die Anordnung des Bürgermeisters, der „Pfortner hätte Befehl nur von Ihnen entgegenzunehmen. Bei Ungehorsam haben Sie mit Verhaftung gedroht“ (Akte PD. Potsdam B. 23).

- 54 Die Übersetzung der Übergabe-Akte vom 23.5.1946 befindet sich im Besitz des Kreisarchivs des Landkreises Potsdam-Mittelmark, Signatur 51.28/44: „Wir endesunterzeichneten Vertreter der Militärkommandantur der Stadt Teltow, Gardehauptmann Bischukow und Gardeleutnant Antipin, andererseits der Bürgermeister von Kleinmachnow Casagrande, haben diese Akte gefertigt über die Übergabe der Gebäude der ehemaligen Reichspostforschungsanstalt einschließlich des Gebäudes der Hakeburg. Die Gebäude sind 80% instandgesetzt, es sind noch kleine Reparaturen erforderlich. Die Gebäude werden übergeben zur Verfügung der Gemeinde Kleinmachnow. Die Akte der Entgegennahme der Übergabe ist richtig gefertigt in 4 Exemplaren. Übergeben haben Gardehauptmann gez. Bischukow, Gardeleutnant, gez. Antipin. Übernommen hat: der Bürgermeister von Kleinmachnow gez. Casagrande“.
- 55 Am 7.6.1946 teilte das Zentralkomitee der SED, Hauptkasse, der ZVPF mit, daß die „Hackelburg in Kleinmachnow, incl. Park, Burg und Forschungsanstalt, auf Grund des Befehls vom 25. Mai 1946 - Nr. 170 - des Militär-Kommandanten des Kreises Teltow“, in den Besitz des Zentralsekretariats der SED übergegangen ist. Somit erledigt sich der von Ihnen vorgeschlagene Vertrag.“ Gemeint war der zunächst erbetene Miet- bzw. Pachtvertrag. Folgende Abschrift des Übergabe-Akts war beigelegt: „Auf Grund des Befehls vom 25. Mai 1946 - Nr. 170 - des Militär-Kommandanten des Kreises Teltow übertrage ich hierdurch das Eigentum an dem Gelände der früheren deutschen Reichspost in Klein-Machnow (Park, Burg und Forschungsanstalt) dem Zentralsekretariat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die unterzeichneten Vertreter der SED nehmen die Übereignung an. Das Gericht wird angewiesen, die Umschreibung im Grundbuch vorzunehmen. Teltow, den 6. Juni 1946. Für

die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands: gez. Rudolf Appelt, Erwin Brillke. gez. Kosnezow Major, Bezirkskommandant des Bezirks Teltow.“ Nicht vermerkt ist in der Abschrift, daß auch Bürgermeister Casagrande seine Unterschrift unter das Dokument setzte (Akte PD. Potsdam B. 23).

- 56 ebendort und Kreisarchiv des Landkreises Potsdam-Mittelmark Signatur 51.28/44.
- 57 Bei der Darstellung der Geschichte der Parteihochschule Karl Marx halte ich mich an die oben angeführten Quellen der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen und an die beiden Publikationen von Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihr Kinder, Bd. II, S. 554, und Spurensuche, S. 207-237. In den Akten des Landesvorstandes Brandenburg der SED haben sich die „Richtlinien“ vom Dezember 1949 zur Auswahl der Teilnehmer an dem Einjahreslehrgang 1950 der Parteihochschule erhalten. Zu den Aufnahmebedingungen gehörten ein- bis zweijährige leitende Funktion im Kreis- oder Landesmaßstab, enge Parteiverbundenheit, „gutes Wissen über die Geschichte der KPdSU (B)“ und ein einwandfreier Gesundheitszustand. Eine Prüfungskommission des Landesvorstandes entschied über die Aufnahme und benötigte vor dem Prüfungsgespräch als schriftliche Unterlagen einen handgeschriebenen Lebenslauf, den ausgefüllten Fragebogen, eine Charakteristik der zuständigen Kaderabteilung und ein Gesundheitszeugnis. Die endgültige Entscheidung über die Aufnahme in den Einjahreslehrgang wurde freilich erst nach Teilnahme an einem Kurzlehrgang der Parteihochschule getroffen. Siehe Brandenburgisches Landeshauptarchiv Rep. 332, L IV/2/903/746.
- 58 siehe Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen Signatur NY 4182-322.
- 59 Bei der Darstellung der Geschichte der beiden Bezirksparteischulen sowie der Sonderschule halte ich mich an die oben angeführten Quellen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs.
- 60 siehe Bericht über die Parteiversammlung der Parteiorganisation Unterricht der Bezirksparteischule am 1.10.1956 vom 30.10., Brandenburgisches Landeshauptarchiv Rep 530, IV/2/903/1857.
- 61 Schreiben vom G. M. vom 13. Juni 1960 siehe Brandenburgisches Landeshauptarchiv Rep. 530, IV/2/903/1858.
- 62 Die Unterlagen, auf denen der Überblick beruht, befinden sich im Besitz des Brandenburgischen Kulturbunds e.V., Potsdam.

- 63 siehe die Aufstellung der Abteilung Parteiorgane der Bezirksleitung Potsdam vom 3.2.1970, Brandenburgisches Landeshauptarchiv Rep. 530, IV/B/2/9.03/735.
- 64 Hinweis von Dr. Kurt Libera, Kleinmachnow/Potsdam.
- 65 siehe Kleinmachnow - „Seeberg“, Städtebauliche Entwicklungsmöglichkeit, deTe Immobilien, Planung und Baumanagement, Berlin, Stand April 1996; Müller, Hildtrud, Telekom plant um die Hakeburg, in: Märkische Allgemeine Zeitung, Potsdamer Landkurier, 4. Mai 1996.
- 66 siehe Anmerkung 46, Architektur und Städtebau der 30er/40er Jahre, Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Band 48, 1993, Bonn 1994, S. 176.
- 67 Ein Vorschlag wäre, in einem der Räume eine ständige Ausstellung zu arrangieren sowie Aufträge für neue, aussagekräftige Bildwerke zu vergeben, als Zeugnis der Kritik der Nazi-Zeit und des Bekenntnisses zur Demokratie.